

Wortprotokoll

43. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

5. März 2020

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden (Seite 6)

Fragestunde:

Beilage 9180/2020: Anfrage der Abg. Schwarz an Landesrat Achleitner (Seite 6)

Beilage 9181/2020: Anfrage der Abg. Mag. Bors an Landesrat Hiegelsberger (Seite 9)

Beilage 9182/2020: Anfrage der Abg. Wall an Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 13)

Beilage 9183/2020: Anfrage des Abg. KO Makor an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 14)

Beilage 9184/2020: Anfrage des Abg. Peter Binder an Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 18)

Beilage 9185/2020: Anfrage des Abg. Mag. Lindner an Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 20)

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung (Seite 23)

Geschäftsanträge:

Beilage 1306/2020: Initiativantrag betreffend keine Kostenabwälzung auf PatientInnen durch die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen

Redner/innen: Abg. Peter Binder (Seite 24)
 Abg. Mag. Dr. Manhal (Seite 25)
 Abg. Dr. Ratt (Seite 26)
 Abg. Schwarz (Seite 27)

Beilage 1307/2020: Initiativantrag betreffend den vorausschauenden Ausbau von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigung

Redner/innen: Abg. KO Makor (Seite 30)
 Abg. Wall (Seite 31)
 Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer (Seite 32)
 Abg. Schwarz (Seite 33)

Beilage 1309/2020: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung durch eine bedingte Zusage des Landes OÖ zur Schad- und Klagloshaltung der LAWOG (Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft für OÖ) im Fall eines etwaigen Nachteils aus der Verwertung von Liegenschaften, die zur Betreuung von Kindern/Jugendlichen im Auftrag der Oö. Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden

Redner/innen: Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 35)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 35)
Abg. Wall (Seite 37)
Abg. Bgm. Oberlehner (Seite 37)

Beilage 1310/2020: Initiativantrag betreffend die Flexibilisierung der Berufsausübung in den Altenpflege- und Betreuungsberufen

Redner/innen: Abg. Wall (Seite 38)
Abg. Tausch (Seite 39)
Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 40)
Abg. Schwarz (Seite 41)

Beilage 1311/2020: Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird

Redner/innen: Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb (Seite 42)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 44)
Abg. ÖkR Ing. Graf (Seite 45)
Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 46)

Beilage 1316/2020: Initiativantrag betreffend Verhinderung der Errichtung von Atommüll-Lagern in Grenzregionen

Redner/innen: Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 46)
Abg. ÖkR Ecker (Seite 47)
Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 49)
Abg. Böker (Seite 49)

Beilage 1317/2020: Initiativantrag betreffend bessere Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigung

Redner/innen: Abg. Bauer (Seite 51)
Abg. Wall (Seite 52)
Abg. Dr. Csar (Seite 52)
Abg. Schwarz (Seite 53)

Aktuelle Stunde über das Thema:

"Oberösterreich als europäische Spitzenregion nachhaltig stärken" - Beilage 8013/2020"

Redner/innen: Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 56)
Abg. Kattnigg, BA (FH) (Seite 57)
Abg. Schaller (Seite 60)
Abg. Schwarz (Seite 62)
Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 65)
Abg. KO Ing. Mahr (Seite 66)

Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 67)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 70)
Abg. Bgm. Oberlehner (Seite 71)
Abg. Kroiß (Seite 73)
Landesrat Kaineder (Seite 74)
Abg. KO Makor (Seite 76)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 77)
Landesrat Achleitner (Seite 80)

Geschäftsantrag zur aktuellen Stunde:

Beilage 1312/2020: Initiativantrag betreffend europäische Klimaschutzmaßnahmen mit erfolgreicher Standortpolitik vereinen

Beilage 1313/2020: Initiativantrag betreffend Oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion erfolgreich fortsetzen

Beilage 1314/2020: Initiativantrag betreffend Oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion in wichtigen Lebensbereichen beschleunigen

Beilage 1315/2020: Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von Ein-Personen-UnternehmerInnen und KleinstunternehmerInnen

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 1312/2020: Initiativantrag betreffend europäische Klimaschutzmaßnahmen mit erfolgreicher Standortpolitik vereinen

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Dr. Kölblinger (Seite 82)

Beilage 1313/2020: Initiativantrag betreffend Oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion erfolgreich fortsetzen

Berichtersteller/in: Abg. KommR Frauscher (Seite 83)

Beilage 1314/2020: Initiativantrag betreffend Oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion in wichtigen Lebensbereichen beschleunigen

Berichtersteller/in: Abg. Schaller (Seite 83)

Redner/innen: Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 83)
Abg. Schaller (Seite 85)
Abg. Mayr (Seite 86)

Beilage 1315/2020: Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von Ein-Personen-UnternehmerInnen und KleinstunternehmerInnen

Berichtersteller/in: Abg. Schwarz (Seite 87)

Beilage 1303/2020: Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Regelung des

Fischereiwesens in Oberösterreich (Oö. Fischereigesetz 2020) erlassen und das Oö. Jagdgesetz geändert wird

Berichterstatter/in: Abg. ÖkR Ecker (Seite 88)

und

Beilage 1311/2020: Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird

Berichterstatter/in: Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb (Seite 88)

Redner/innen: Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 88)
Abg. ÖkR Ecker (Seite 89)
Abg. ÖkR Ing. Graf (Seite 90)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 91)
Landesrat Hiegelsberger (Seite 94)

Beilage 1304/2020: Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz betreffend den Bericht über die Tätigkeit des Oö. Landschaftsentwicklungsfonds 2019

Berichterstatter/in: Abg. Baldinger (Seite 95)

Redner/innen: Abg. Baldinger (Seite 96)
Abg. Bgm. Höckner (Seite 97)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 98)
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 98)

Beilage 1305/2020: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die wettbewerbliche Vergabe von Busverkehrsdiensten in den Linienbündeln „Grieskirchen-Eferding“, „Zentralraum Linz - Steyr“, „Donaukorridor, Stroheim, Aschach - Alkoven - Meixnerkreuzung“, des Stadtverkehrs Braunau am Inn sowie des Ortsverkehrs Bad Schallerbach im Zeitraum 12. Dezember 2021 bis 5. Juli 2031

Berichterstatter/in: Abg. Handlos (Seite 100)

Redner/innen: Abg. Handlos (Seite 100)
Abg. Tiefnig (Seite 100)
Abg. Bgm. Rippl (Seite 101)
Abg. Mayr (Seite 102)

Beilage 1309/2020: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung durch eine bedingte Zusage des Landes OÖ zur Schad- und Klagloshaltung der LAWOG (Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft für OÖ) im Fall eines etwaigen Nachteils aus der Verwertung von Liegenschaften, die zur Betreuung von Kindern/Jugendlichen im Auftrag der Oö. Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden

Berichterstatter/in: Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 103)

Beilage 1310/2020: Initiativantrag betreffend die Flexibilisierung der Berufsausübung in den Altenpflege- und Betreuungsberufen

Berichterstatter/in: Abg. Wall (Seite 103)

Beilage 1316/2020: Initiativantrag betreffend Verhinderung der Errichtung von Atommüll-Lagern in Grenzregionen

Berichtersteller/in: Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 104)

Beilage 1317/2020: Initiativantrag betreffend bessere Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigung

Berichtersteller/in: Abg. Bauer (Seite 104)

Vorsitz: Präsident Stanek
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer
Dritte Präsidentin Weichsler-Hauer

Schriftführer: Erste Schriftführerin Abg. Mag. Dr. Manhal

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Achleitner, Gerstorfer, MBA, Hiegelsberger, Kaineder, KommR Ing. Klinger und Mag. Steinkellner

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Krenn, BA und Abg. Nerat

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer Mag. Dr. Mayr

(Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 43. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und begrüße Sie dazu sehr herzlich, im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und der Oberösterreichischen Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, insbesondere die Schülerinnen und Schüler der Neuen Mittelschule Vöcklabruck mit ihren Pädagoginnen und Pädagogen, die Bediensteten unseres Hauses, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unsere Sitzung via Internet mitverfolgen.

Von der heutigen Sitzung sind entschuldigt die beiden Abgeordneten Nerat und Krenn, beide krankheitsbedingt. Wir wünschen ihnen von dieser Stelle gute Besserung.

Die Amtliche Niederschrift über die 42. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags liegt in der Zeit vom 6. bis 20. März 2020 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich teile mit, dass der Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschuss in seiner Sitzung am 27. Februar 2020 einstimmig beschlossen hat, der gemäß Paragraph 8 in Verbindung mit Paragraph 4 und Paragraph 6 Absatz 2 Ziffer 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes angezeigten leitenden Stellung von Frau Abgeordneter Mag. Dr. Elisabeth Kölblinger als Mitglied des Aufsichtsrates in der Oberösterreichische Landesbank AG zuzustimmen. Diesen Beschluss bringe ich gemäß Paragraph 7 Absatz 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes und gemäß Paragraph 4 Ziffer 6 des Gesetzes über den Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss des Oberösterreichischen Landtags dem Oberösterreichischen Landtag zur Kenntnis.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Weiters teile ich mit, dass in fünf Ausschüssen Wahlen stattgefunden haben, die folgende Ergebnisse erbrachten: Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschuss: Obmann Wolfgang Stanek. Sicherheitsausschuss: Erster Obmann-Stellvertreter Abgeordneter Bürgermeister Peter Oberlehner. Ausschuss für Infrastruktur: Erster Obmann-Stellvertreter Abgeordneter Bürgermeister Peter Oberlehner. Sozialausschuss: Zweite Obfrau-Stellvertreterin Abgeordnete Ulrike Schwarz, zweite Schriftführerin: Abgeordnete Gertraud Scheiblberger. Petitions- und Rechtsbereinigungsausschuss: Zweiter Schriftführer Abgeordneter Bürgermeister Dr. Christian Kolarik.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir auf ihren Plätzen aufgelegt. Ich beginne mit der Anfrage der Abgeordneten Ulrike Schwarz an Herrn Landesrat Markus Achleitner.

Abg. **Schwarz:** Guten Morgen Herr Landesrat! Gegen ein niederösterreichisches Unternehmen laufen Betrugsermittlungen, weil offenbar Eier mit geringer Qualität verarbeitet wurden, ohne dies auszuweisen. Faule Schaleneier sollen aufgeschlagen, pasteurisiert und zu Flüssigware verarbeitet worden sein. Kunden seien Industrie- und Gewerbebetriebe, die daraus Backwaren oder Nudeln herstellen. Hotelbetriebe würden daraus etwa Eierspeise für

das Frühstücksbuffet zubereiten. Werden Sie konkrete Maßnahmen setzen, damit öö. Tourismusleitbetriebe in der Hotellerie bei der Speisenzubereitung verstärkt auf die Verwendung frischer, regionaler und biologischer Eier anstelle industriell verarbeiteter Flüssigware setzen?

Präsident: Herr Landesrat bitte!

Landesrat **Achleitner:** Sehr geehrter Präsident, liebe Mitglieder des hohen Hauses, liebe Zuhörer hier im Saal und zu Hause digital, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Danke für deine Frage, die man auch ein bisschen missverständlich auslegen könnte. Das hast du sicher nicht so gemeint, denn Oberösterreichs Tourismus setzt ja natürlich auf regionale Lebensmittel und hat ja genau deswegen diesen Erfolg, den wir in den letzten Jahren gehabt haben.

Zur Frage konkret: Ich glaube, da muss man zwei Bereiche betrachten, einmal die rechtliche Sicht. Es gibt in Oberösterreich und in Österreich ganz klare Lebensmittelstandards, klare Kontrollen, und alle Firmen sind aufgerufen, sich daran zu halten. Falls in Niederösterreich da etwas anders war, dann wird die Behörde das aufklären und dort auch entsprechend tätig werden. Es gibt eine eigene Hygieneleitlinie des Bundes, wo strenge Kriterien der Speisenzubereitung definiert sind und so weiter, also der gesetzliche Rahmen ist meines Erachtens ganz klar gesetzt und gehört nur eingehalten.

Zur touristischen Sicht: Du weißt als Tourismussprecherin ja gut, dass in der Landestourismusstrategie die Kulinarik ja eine der großen Meilensteine in unserer Strategie ist, und die haben ja dazu geführt, dass Oberösterreich in den letzten fünf Jahren so erfolgreich performt hat. Wir haben alleine 22 Prozent mehr Nächtigungen in diesen fünf Jahren erreichen können und Grund ist, weil unsere oberösterreichischen Betriebe Topqualität bei der Dienstleistung, bei der Infrastruktur, aber vor allem natürlich auch beim gastronomischen Angebot machen.

Es gibt viele Initiativen, die wir gemeinsam machen, wenn ich an das Genussland Oberösterreich denke, wo es um die Vernetzung Erzeuger zu Verarbeiter geht. Und im Oberösterreich Tourismus arbeiten wir ja gerade an einer Kulinarik-Strategie, einer kulinarischen Visitenkarte, wo das auch verankert wird.

Ich habe, aber das hat mit diesem Fall und der Anfrage nichts zu tun gehabt, sondern mit der Kulinarik-Strategie, die wir im Herbst gestartet haben, eines eingebracht bei der Hotellerie, und zwar bei der Klassifizierung, da gibt es die Klassifizierungsrichtlinien. Die werden gerade überarbeitet. Die sind nebenbei in 17 Ländern in Europa ja die Basis für die Hotelklassifizierung, und da ist daran gedacht, dass quasi es eigene Punkte geben wird, wenn man vor allem regionale Produkte verarbeitet. Das hat der Obmann Roider bereits in Wien eingebracht und das soll quasi noch einen zusätzlichen Push quasi in diese Richtung geben.

Zusammenfassend, die oberösterreichischen Gastronomie- und Hotelleriebetriebe setzen auf regionale Produkte und sind genau deswegen so erfolgreich. Ich glaube, man soll da nicht einen Skandal aus Niederösterreich irgendwie mit der oberösterreichischen Tourismuslandschaft in Verbindung bringen.

Präsident: Danke vielmals! Gibt es eine weitere Frage? Bitteschön!

Abg. **Schwarz:** Ja, eine Frage meinerseits noch. Es war ganz klar meine Titulierung, die großen Hotelketten, die nicht so sehr den Bezug zur Region haben. Aber das nur zur

Erklärung, warum ich auf diese Tourismusleitbetriebe in der Hotellerie angesprochen habe, weil es ist ein Unterschied zwischen Gastronomie und Hotellerie.

Es ist angesprochen worden, die Bereitschaft regional zu verarbeiten, frisch zu verarbeiten ist groß. Nicht nur bei den Eiern, sondern auch bei anderen Bereichen gibt es bei den Herkunftszeichen immer Widerstände, Widerstände vor allem von der verarbeitenden Industrie, Lebensmittelindustrie oder Großschlachtereien, und da stemmen sich genau diese dagegen, gegen diese durchlässige Kennzeichnung, die ja ganz wichtig ist, für die Wirte, für die Gastronomie, dass das eben auch gut ankommt. Und was können Sie, was kannst du als Landesrat dazu beitragen, dass genau diese großen verarbeitenden Lebensmittelindustrien und auch die Großschlachtbetriebe diese Herkunftszeichnung auch wirklich durchsetzen, umsetzen, damit eben unsere Gastronomiebetriebe Rechtssicherheit haben?

Präsident: Herr Landesrat bitte!

Landesrat **Achleitner:** Die Gastronomiebetriebe sind ja vor allem selber verantwortlich, welche Produkte sie verwenden, das muss man schon ganz klar sagen.

Abg. **Schwarz:** Aber wenn sie die Herkunftszeichnung nicht haben!

Landesrat **Achleitner:** Nun ja, bei den Eiern beispielsweise gibt es ja diese Herkunftsbezeichnung bereits und ich weiß, dass es Verhandlungen gibt zwischen den Sozialpartnern, dass man eben in diesem Bereich noch mehr tut. Ich glaube, eines ist wichtig, dass der Tourismus, jeder Tourismusbetrieb gut beraten ist, je regionaler desto besser sein Angebot zu gestalten, weil ja das Teil auch seines Produktes letztlich ist. Alles, was das fördert, werde ich auch unterstützen.

Abg. **Schwarz:** Danke!

Präsident: Danke vielmals! Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Frau Abgeordnete Bauer bitte!

Abg. **Bauer:** Sehr geschätzter Herr Landesrat! Du bist ja nicht nur Tourismuslandesrat, sondern auch Wirtschaftslandesrat, und es geht ja bei diesem Eierskandal nicht nur um die Tourismusbetriebe, um die Hotellerie, um die Gastronomie, sondern auch darum, was tust du als Wirtschaftslandesrat im Zuständigkeitsbereich deiner Möglichkeiten, um den Konsumentinnen und Konsumenten bei den verarbeiteten Eierprodukten Qualitätssicherheit zu geben, nämlich jetzt beim Lebensmittelhandel und so weiter?

Präsident: Herr Landesrat bitte!

Landesrat **Achleitner:** Frau Abgeordnete, wie ich schon gesagt habe, es gibt klare Standards, klare Hygienevorschriften.

Abg. **Bauer:** Die da nicht eingehalten worden sind, möglicherweise!

Landesrat **Achleitner:** Genau, man muss ein bisschen aufpassen, ihr bezieht euch nur auf oder wir alle auf Pressemeldungen, die Behörde prüft, die Staatsanwaltschaft prüft, und vorverurteilen dürfen wir auch nicht, auch wenn man sich auf mediale Berichte bezieht, es wird überprüft, und wenn etwas nicht in Ordnung war, dann wird auch sanktioniert. Aber ich möchte schon festhalten, in aller Regel und so weiter halten sich alle Betriebe wirklich daran und man

sollte nicht einen Verdacht, den es gibt, jetzt in einen Generalverdacht für eine ganze Branche ausarten lassen.

Präsident: Danke vielmals Frau Abgeordnete! Frau Abgeordnete Bors bitte!

Abg. **Mag. Bors:** Sehr geehrter Herr Landesrat, ich komme trotzdem zu unserem Du zurück.

Landesrat **Achleitner:** Selbstverständlich!

Abg. **Mag. Bors:** Was kannst du als Wirtschaftslandesrat beitragen, um die Zusammenarbeit zwischen den Tourismusbetrieben, Gastronomie, Gemeinschaftsküchen mit den regionalen, möglichst den biologisch produzierenden bäuerlichen Betrieben zu unterstützen?

Präsident: Bitteschön Herr Landesrat!

Landesrat **Achleitner:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, selbstverständlich unterstützen wir das! Der Kollege Hiegelsberger und ich haben ja gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammer diese Kulinarik-Strategie im Herbst letzten Jahres beauftragt, wo es genau um das Vernetzen und das Zusammenführen geht. Wir orten, dass es breite Zustimmung und breites Bewusstsein auf allen Seiten gibt, das zu fördern, und das tun wir auch, aber nicht erst seit jetzt, sondern eigentlich schon in den letzten Jahren.

Präsident: Danke vielmals! Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Danke vielmals Herr Landesrat!

Damit kommen wir zur nächsten Anfrage von Frau Abgeordneter Bors an Herrn Landesrat Max Hiegelsberger. Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete!

Abg. **Mag. Bors:** Danke! Sehr geehrter Herr Landesrat! Internationale Tierschutzorganisationen haben in einem aktuellen Bericht wieder einmal das enorme Tierleid dokumentiert, dem Kälber durch Langstreckentransporte ausgesetzt sind. Auch ein Kalb aus dem Bezirk Braunau wurde so wie andere in Österreich geborene Kälber über die Sammelstelle Salzburg-Bergheim zur Mast nach Spanien und weiter zur Schlachtung in den Libanon geschickt. Warum haben Sie die vor knapp einem Jahr von den Grünen im Oberösterreichischen Landtag eingebrachten Vorschläge im Initiativantrag „Vermeidung von Kälber-Langstrecken-Transporten“ bis jetzt nicht umgesetzt wie zum Beispiel Förderung der regionalen Mast von Kälbern und Stärkung des Absatzes von Kalbfleisch aus Österreich?

Präsident: Herr Landesrat bitte!

Landesrat **Hiegelsberger:** Geschätzter Herr Präsident, hohes Haus, geschätzte Abgeordnete, liebe Gäste! Es ist gerade durch die starke mediale Präsenz in den letzten Wochen dieses Thema stark im Fokus und es wurde gerade bei einem runden Tisch, der in Wien veranstaltet wurde, auch hier aufgezeigt, dass es eigentlich sehr wenig darum geht, wie wir in Österreich oder Oberösterreich produzieren, wie wir in Oberösterreich die Schlachtung und auch den Transport gestalten, sondern dass es vielmehr darum geht, wo finden denn die Absätze statt und wo sind die Märkte dann für dieses Fleisch vorhanden?

Wir haben eine sehr gute Voraussetzung generell für die Rindfleisch- und für die Kalbfleischproduktion in Oberösterreich. 54 Prozent unserer Fläche ist Grünland, unserer

nutzbaren Flächen, das heißt, hier ist nur über den Wiederkäuermagen auch eine Verwertung dieses Grünlandes möglich.

Zweitens, wir sind damit das Bundesland Nummer eins, wir haben zirka 184.000 Kälber pro Jahr, und damit eine Eigenproduktion von 142 Prozent. Das heißt, wir sind zu einem gewissen Grad auf der einen Seite von Schlachtextporten abhängig und auf der anderen Seite viel stärker aber auch von Zuchtextporten, wo der Tiertransport selbstverständlich auch zukünftig eine Frage sein sollte.

Ja, wir bekennen uns dazu, dass hier Transport und auch Tierschlachtung einem gewissen Standard folgen sollen. Hier braucht es eine europäische Initiative, das heißt, es ist notwendig, dass über die Europäische Union sichergestellt wird, dass Schlachtungen außerhalb der Europäischen Union in einem Format und auch in einer Qualität stattfinden, die dem des europäischen Standards angenähert sind.

Und jetzt kommt ein wesentlicher Faktor. Wir können als exportierendes Land nicht garantieren, in welche Region der Exporteur letztendlich diese Tiere hinverfrachtet, das heißt, die Garantie, wo das dann hingehet, haben unsere Betriebe nicht, es wird einem Aufkäufer hier verkauft. Der wiederum verkauft weiter. Daher können wir nicht sicherstellen, aber wir bekennen uns ganz klar zum Tierwohl und zum Tierschutz und auch zu einer ordnungsgemäßen Schlachtung.

Präsident: Danke, vielmals! Gibt es noch eine Zusatzfrage? Bitteschön!

Abg. Mag. Bors: Ja, die Zusatzfrage passt sehr gut zu diesem letzten Punkt, den Sie da angesprochen haben. Seit vergangenen Herbst genehmigen die Veterinärbehörden mehrerer deutscher Bundesländer keine Langstreckentransporte von Rindern in einzelne GUS-Staaten, weil durch Kontrollbereisungen amtlich festgestellt wurde, dass es nach Usbekistan und Kasachstan derzeit keine tierschutzkonformen Transportrouten gibt, insbesondere auf Grund fehlender oder nicht EU-konformer-Versorgungsstationen. Finden aus Oberösterreich derartige Rindertransporte in Drittstaaten statt? Und wenn ja, wie kann künftig mit Genehmigungen für solche Transporte vor dem Hintergrund der aktuellen Erkenntnisse aus Deutschland umgegangen werden, also nicht Gesamt-EU?

Landesrat Hiegelsberger: Ja, selbstverständlich, wie schon ausgeführt, es finden bei uns permanent Transporte statt, die vor allem aber das Zuchtvieh betreffen. Das heißt, im Zuchtviehbereich sind wir international hoch anerkannt durch unsere Züchtungen. Und wir haben eine Aufteilung, sie gehen permanent in direkte Nachbarländer, es geht nach Vorder- und Zentralasien, nach Nordafrika und sonst noch in weitere kleinere Gebiete dieser Welt. Das heißt, dieses Interesse, auch an qualitativem Nutztvieh, ist aus oberösterreichischer Sicht sehr hoch, und da wird es diese Transporte auch zukünftig brauchen.

Die andere Seite ist, dass von uns auch solche Transporte begleitet werden. Die Koordinierungsstelle begleitet auch diese Transporte. Das heißt, von Österreich weg bis nach Algerien, bis in die Türkei, bis in die Ukraine unter anderem, hier wird kontrolliert, dass unsere Standards beim Zuchtvieh, auch während des Transports, eingehalten werden und dort die Tiere gesund, dazu verpflichten wir uns auch, im Transportland ankommen.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Mag. Bors: Es gibt noch eine weitere, die einen anderen Bereich betrifft. Es gibt mittlerweile einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die Herkunftskennzeichnung, nicht nur für die Lebensmittel selbst, sondern auch für die Hauptbestandteile von Fertiggerichten und Gerichten in Gastronomie und Kantinen. Nur die verarbeitende Industrie und die Großschlachtbetriebe stemmen sich dagegen.

Eine verpflichtende Kennzeichnung würde auch den Absatz von heimischem Kalbfleisch gegenüber Importware stärken und dadurch Kälbertransporte reduzieren. Was unternehmen Sie, damit es endlich zur verpflichtenden Herkunftskennzeichnung für die Hauptbestandteile von Fertiggerichten und von Gerichten von Gastronomie und Kantinen kommt?

Präsident: Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Hiegelsberger: Frau Abgeordnete, auch da gibt es seit den letzten Jahren intensive Bewegung. Es ist ja im April 2019 von der EU festgestellt worden, dass es hier eine garantierte Herkunftskennzeichnung des Ursprungslandes beim Fleisch selbst geben muss.

Seit dieser Zeit ist beim Fleisch dies sichergestellt. Dann gibt es eine weitere Initiative, die auch von der Bundesregierung im neuen Programm, aber auch bei der Bundesregierung alt im Programm enthalten, eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in Großküchen und auch Großgastronomie auch für die verarbeitete Ware. Das heißt, im Jahr 2020 wird das in Umsetzung gehen und im Jahr 2021 hier Rechnung tragen.

Auch angeführt ist der Aufbau eines freiwilligen Programms für die sonstige Gastronomie. Wir haben hier sehr gute Beispiele. Ich möchte erwähnen, dass auch die öffentliche Hand hier einen Auftrag zu erfüllen hat. Den erfüllen wir in bester Manier in Oberösterreich.

Wir haben mit dem LDZ jetzt diese Vereinbarung getroffen. Das heißt, im Jahr 2018 hatten wir 50 Prozent nachweislich nicht eingekauft bei einem regionalen Händler, sondern nachweislich in der Küche von regionalen Lebensmitteln. Im Jahr 2019 53 Prozent, und bis zum Jahr 2021 möchten wir das auf 60 Prozent steigern. Alles das, was wir an den Vorgaben auch von der Bundesbeschaffung und im Bundesvergaberecht tun können, setzen wir hier um. Daher sage ich auch danke beim Landtag. Im Jänner wurde ja auch in diesem Haus ein Beschluss gefasst, dass wir auch hier eine klimarelevante Veränderung der Beschaffungsgrundlagen haben möchten.

Erst dann ist es möglich, dass wir noch intensiv auf regionale Lebensmittel, auch in den öffentlichen Küchen, umsetzen. Einen weiteren Antrag, den ich auch noch erwähnen möchte, es war im Jahr 2017 in diesem Haus, wo es um das Thema Herkunftskennzeichnung ging, und diese auch als Resolution an den Bund gesendet wurde.

Präsident: Danke vielmals, Herr Landesrat! Frau Abgeordnete, gibt es noch weitere Zusatzfragen? Frau Abgeordnete Buchmayr, bitte!

Abg. Mag. Buchmayr: Guten Morgen Herr Landesrat, auch von meiner Seite! Seit letztem Sommer läuft in Salzburg ein Pilotprojekt der Landwirtschaftskammer für die Kälbermast. Ebenfalls seit letztem Sommer gibt es in Kärnten das Projekt Kalbfleisch Rosé von der bäuerlichen Genossenschaft Kärntner Fleisch. Beide Projekte haben zum Ziel, heimisches Kalbsfleisch wirtschaftlich zu erzeugen und zu vermarkten.

Nun meine Frage. Ist es nicht höchst an der Zeit oder wäre es nicht sehr sinnvoll, dass wir auch in Oberösterreich derartige Projekte starten? Denn mehr Kälbermast in Oberösterreich würde ja letztlich die Exporte der Tiere aus dem Ausland natürlich reduzieren.

Präsident: Herr Landesrat, bitte!

Landesrat **Hiegelsberger:** Frau Abgeordnete, ich kann dir zu 100 Prozent Recht geben. Das wäre eigentlich der Schlüssel. Vielleicht ist diese Krise auch ein Anlasspunkt, über diese Bereiche nachzudenken. Wenn wir diese Kälber, die wir in Österreich zur Geburt bringen und aufziehen, auch in Österreich verwerten würden, dann würde es keinen Export von Schlachtkälbern brauchen.

Die Situation ist aber eine deutlich andere. Es gehen die Schlachtzahlen permanent zurück. Im Jahr 2006 hatten wir 87.000 Stück geschlachtete Kälber in Österreich, und im Jahr 2018 55.000. Das heißt, die Preissituation, und daher ist eine intensivere Mast in den landwirtschaftlichen Betrieben in Oberösterreich nicht möglich, geht nicht.

Die Einkommenssituation gibt es einfach nicht her, und du hast auch angesprochen, ein weiterer wichtiger Faktor, bei uns wird aus der Großgastronomie vor allem ja das weiße Fleisch nachgefragt. Und weißes Fleisch ist in dieser Qualität und zu diesen Preisen in Oberösterreich nicht produzierbar.

Nach dem Antrag, der von eurer Fraktion im letzten Sommer gekommen ist, habe ich auch mit der Rinderbörse gesprochen und auch dieses Projekt Roséfleisch, denn wenn wir Mast auch einkommenswirksam für unsere Betriebe erzeugen möchten, dann brauchen wir nicht das weiße Fleisch, sondern die Roséform. Das ist ein Projekt der Rinderbörse.

Das ist natürlich auch bei uns in Umsetzung. Die Frage ist ja nicht, und ich möchte das schon hier unterstreichen, ob die Landwirtschaft das tun möchte, sondern die Frage ist, ob der Absatz, ob der Handel, ob die Gastronomie und die Großküchen bereit sind, dieses Fleisch zu übernehmen. Hier gibt es einen weiteren wichtigen Punkt, weil es ja auch um Transporte geht.

Wir haben in Oberösterreich nach wie vor, jetzt kann man sagen, Gott sei Dank, die größte Dichte an privaten Metzgern entlang der deutschen Grenze. Warum ist das so? Weil viele Familien aus Deutschland sich mit Fleisch- und Wurstwaren in unseren Geschäften eindecken. Das heißt, es muss auch unser Anliegen sein, dass es neben den regionalen Betrieben in der Landwirtschaft auch zukünftig regionale Betriebe für Schlachtung und Verarbeitung gibt.

Denn wir gefährden nämlich unter diesen Preissituationen beide Systeme, nicht nur die Produktion bei den Bauernhöfen, sondern auch die Schlacht- und Zerlegebetriebe. Das heißt, Transport heißt regionale Produktion, heißt aber auch regionale Schlachtung und Verarbeitung.

Abg. **Mag. Buchmayr:** Danke.

Präsident: Danke vielmals! Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Herzlichen Dank, Herr Landesrat!

Wir kommen zur nächsten Anfrage von der Frau Abgeordneten Ulrike Wall an Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer. Frau Abgeordnete, bitte!

Abg. **Wall**: Guten Morgen, sehr geehrte Frau Landesrätin! Bundesminister außer Dienst Herbert Kickl hat 2017 die Task Force Sozialleistungsbetrug ins Leben gerufen, welches als Pilotprojekt in Tirol gestartet und 2019 auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet wurde.

In Tirol wurden laut Medienberichten seit 2017 mehr als 600 Fälle von Sozialmissbrauch aufgedeckt. Der Schaden beträgt mehr als 2,4 Millionen Euro. In Oberösterreich werden solche Fälle seit 2019 durch die Abteilung Sozialleistungsbetrug des Landeskriminalamts bearbeitet. Wie viele Verdachtsfälle wegen Sozialleistungsbetrug wurden vom Sozialressort im Jahr 2019 an das Landeskriminalamt gemeldet?

Präsident: Frau Landesrätin, bitte!

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete! Diese Antwort ist sehr kurz, nämlich Null.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Wall**: Ja. Im Dezember 2019 wurde bekannt, dass eine im Mühlviertel wohnhafte Syrerin zu Unrecht erhöhte Sozialhilfe bezog, Schadenssumme 11.900 Euro. Sie war nur scheinangemeldet und gab auch einen Aufenthalt im Irak nicht bekannt. Welche Maßnahmen treffen Sie im Rahmen Ihrer Zuständigkeit, um die Task Force Solbe in Oberösterreich zu unterstützen beziehungsweise zu nützen?

Präsident: Frau Landesrätin, bitte!

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Der Begriff des Sozialleistungsbetrugs findet sich nicht ausdrücklich im österreichischen Strafgesetzbuch. Ich nehme daher an, dass die Frage so intendiert ist, dass es darum geht, dass jemand betrügerisch oder in betrügerischer Absicht eine Sozialleistung, beispielsweise eben die Sozialhilfe, wie in diesem Beispiel gezeigt, erschleicht.

Damit wird eine Abgrenzung zum klassischen Sozialbetrug vorgenommen, der ja das Vorenthalten von Dienstnehmerbeiträgen oder die organisierte Schwarzarbeit meint, und nach meiner Information ist die von dir genannte Task Force ja auch in beiden Bereichen tätig.

Bezogen auf meinen Zuständigkeitsbereich darf ich zum Thema Sozialleistungsbetrug und Sozialbetrug im Sinne des Landeskriminalamts mitteilen, dass es nach der Auskunft der Abteilung Soziales im Jahr 2019 eben keinen Verdachtsfall gegeben hat, der eine betrügerische Erschleichung von Sozialleistungen durch die Abteilung Soziales an das Landeskriminalamt übermittelt wurde.

Dabei muss man natürlich auch das Rollenverständnis der Abteilung Soziales in den Vordergrund rücken, weil dass die Bezirksverwaltungsbehörden die Vollzugsbehörden sind für die Auszahlung der Sozialhilfe und damit auch die Anträge dort gestellt werden, bearbeitet und geprüft werden, das ist, glaube ich, bekannt. Ob dann und wie viele Verdachtsfälle seitens der Bezirksverwaltungsbehörden an das Landeskriminalamt gemeldet wurden, entzieht sich meiner Kenntnis.

Eine etwaige Anzeigepflicht obliegt den Bezirkshauptleuten, und ich verweise dazu auch auf die diesbezüglichen Regelungen der Dienstbetriebsordnung für die oberösterreichischen Landesbehörden.

Präsident: Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Bitte!

Abg. **Wall:** Ja, das ist der Fall. Wie wir aus dem Unterausschuss im Zusammenhang mit der Sozialhilfenovellierung wissen, sind Sie nicht unbedingt eine Befürworterin von Hausbesuchen durch die zuständigen Beamten bei eventuellem Verdacht auf Meldevergehen, weil es für alle Beteiligten unangenehm ist.

Inwieweit wirken Sie darauf ein, dass seitens der Bezirkshauptmannschaften bei eventuellen Verdachtsfällen die Dienste der Task Force in Anspruch genommen werden und Polizeibeamte die Kontrollen vor Ort machen?

Präsident: Frau Landesrätin, bitte!

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Die Zuständigkeit der Kontrolle obliegt den Bezirksverwaltungsbehörden, und die entscheiden auch, ob sie solche Kontrollen durchführen. Das wird in Oberösterreich unterschiedlich gehandhabt, und mein Einwirken ist in diesem Fall nicht wirksam oder nicht wichtig, weil das die Entscheidungskompetenz der Bezirksverwaltungsbehörden ist.

Abg. **Wall:** Dankeschön.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Frau Landesrätin, damit herzlichen Dank.

Wir kommen zur nächsten Frage von Herrn Klubobmann Christian Makor an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberlander. Herr Klubobmann, bitte!

Abg. KO **Makor:** Danke sehr! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, wie sieht angesichts der tragischen Coronaviruses-Todesfälle in Europa der genaue Pandemieplan für Oberösterreich zum Schutz der Bevölkerung gegen ansteckende Krankheiten wie aktuell eben das Coronavirus, aus?

Präsident: Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann, hohes Haus! Vielen herzlichen Dank für die Frage, die unterstreichen soll, dass wir uns seriös mit diesem Thema auseinandersetzen, und ich möchte mich an dieser Stelle daher zuerst bei all jenen bedanken, die in diesen schwierigen Wochen ganz hervorragend zusammenarbeiten um zum einen die Menschen in diesem Land zu informieren, um ihnen Sicherheit zu geben, aber gleichzeitig wirklich auch in der formalen Struktur verantwortlich sind und auch tätig sind.

Daher gilt mein erster Dank Herrn Landessanitätsdirektor Dr. Georg Palmisano und seinem Team in der Abteilung Gesundheit, den Amtsärzten, den Bezirksverwaltungsbehörden, insbesondere auch dem Roten Kreuz, das mit seiner Nummer 1450 eine hervorragende Information für die Menschen in diesem Land zur Verfügung stellt.

Ja, der Pandemieplan sieht für eine Situation, in der Oberösterreich von einer fortgesetzten und räumlich unbegrenzten Ausbreitung von übertragbaren Krankheiten betroffen ist, verschiedene Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor. Mir ist aber ganz wichtig, heute auch klarzustellen, dass die WHO den Coronavirus noch nicht zur Pandemie erklärt hat.

Es handelt sich bislang um eine Epidemie in den einzelnen Ländern. Das Sinken der Fallzahlen in China zeigt, dass die Ausbreitung des Virus noch gestoppt werden kann, und das sollte auch unser oberstes Ziel sein. Daher ist es auch wichtig, gewisse Maßnahmen zu setzen, wie auch das regelmäßige Händewaschen, wo wir auch gemeinsam mit den Systempartnern daran arbeiten, um eben eine Ausbreitung auch dauerhaft zu verhindern.

Generell wird angestrebt, die Anzahl der jeweiligen zum gleichen Zeitpunkt Erkrankten möglichst niedrig zu halten, wie im Pandemieplan vorgesehen, um die Funktionsfähigkeit aller wichtigen Strukturen für die öffentliche Versorgung nicht zu gefährden.

Die Maßnahmen des Pandemieplans folgen je nach epidemiologischer Lage in einem Stufenplan und umfassen zum Beispiel zum einen die Konzentration der medizinischen Ressourcen auf die Akutversorgung von Patientinnen und Patienten, zum weiteren bei Bedarf auch Maßnahmen zur Erweiterung der Behandlungskapazitäten oder auch, dass Strukturen des Bundesministeriums für Landesverteidigung nach Maßgabe der vorhandenen Verfügbarkeit in Anspruch genommen werden können.

Ganz klar ist, und vorrangiges Ziel ist, die Pandemiesituation so weit wie möglich gar nicht erst entstehen zu lassen. Daher sind die Strukturen und Abläufe des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf die Erfassung und das Management von meldepflichtigen und übertragbaren Krankheiten eingerichtet. Es werden derzeit sowohl in Europa als auch in anderen betroffenen Weltregionen intensive Anstrengungen unternommen, dieses Ziel durch die konsequente Anordnung und Vollziehung antiepidemischer Maßnahmen zu erreichen.

Dies wird durch die Identifikation von Verdachtsfällen und deren Kontaktpersonen und die zeitnahe Abklärung durch diagnostische Maßnahmen sowie die behördliche Absonderung und Verkehrsbeschränkungen realisiert. So ist es auch gelungen, dass bislang die unkontrollierte Ausbreitung der Covid-19 Erkrankungen im österreichischen Bundesgebiet mit den genannten Maßnahmen in allen Fällen verhindert werden konnte.

Wir wissen, dass es bei dieser Erkrankung einen 83prozentigen leichten Verlauf gibt, wo auch eine häusliche Pflege ausreicht. Eine aktuelle Auswertung der Mortalität von Covid-19, publiziert am 28. Februar 2020 im New England Journal of Medicine, liegt bei 1,4 Prozent. Der Anteil an intensivpflichtigen Patientinnen und Patienten lag in dieser Studie bei fünf Prozent der Erkrankten.

In Österreich konnten bislang trotz des Auftretens einzelner Erkrankungsfälle Krankheitsverläufe mit Todesfolge verhindert werden. Es wurde heute auch öffentlich, dass bereits zwei Patientinnen und Patienten wieder entlassen werden konnten, als geheilt. Ich glaube, das zeigt auch die gute Betreuung in österreichischen Krankenhäusern und das gute Zusammenwirken der betroffenen Behörden.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Bitte!

Abg. KO **Makor:** Die Sorgen, insbesondere der Familien, sind natürlich, und darum geht es, durch mögliche Transparenz, und das passiert ja auch sowohl auf Bundesebene als auch in den untergeordneten Distanzen aufzuklären, um zu verstehen, dass man vorbereitet ist auf alle Eventualitäten, die man sich halt denken kann.

Daher meine Zusatzfrage. Italien hat gestern zu einem sehr weitreichenden Mittel gegriffen, nämlich das Sperren der Bildungseinrichtungen, Universitäten und Schulen. Ist in

Oberösterreich vorgesehen, dass man standardisiert bei der Überprüfung, ob es Verdachtsfälle gibt, vorgeht? Sind da alle Schulen auf Linie, was man tun muss?

Präsident: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass sich die Situation in Oberösterreich und Italien anders darstellt. In Italien gibt es bedauerlicherweise auch Todesfälle. In Österreich gibt es bestätigte Verdachtsfälle, Erkrankungen, und wir sehen auch, dass viele davon geheilt werden können.

Das heißt, dass viele auch einen positiven Verlauf nehmen. In Oberösterreich ist es so, dass wir Testungen durchgeführt haben, aber keinen bestätigten Verdachtsfall haben. Das heißt, auch hier ist die Situation Gott sei Dank eine andere. Zur Informationskette möchte ich festlegen, dass diese standardisiert erfolgt.

Ich darf auch hier darlegen, dass nach dem Epidemiegesetz die Bezirksverwaltungsbehörden in diesem Fall zuständig sind. Diese stehen in engem Kontakt mit der Abteilung Gesundheit.

Weiters wurde ein Koordinierungsgremium Covid-19 eingesetzt, welches durch die Direktion Inneres und Kommunales sowie durch die Direktion Gesundheit, Soziales und Gesellschaft geleitet wird. In diesem Gremium erfolgt der institutionalisierte Austausch mit der Apothekerkammer, der Ärztekammer, dem Roten Kreuz, aber auch mit anderen Einrichtungen wie zum Beispiel der Polizei.

Außerdem gibt es auf Bundesebene den staatlichen Krisen- und Katastrophenmanagementkoordinierungsstab. Das heißt, hier wird täglich auch ein Informationsupdate mit den Bundesländern vorgenommen. Man ist in wirklich engem Austausch. Am 28. Februar wurden außerdem zwei Erlässe kundgemacht, ein Erlass des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, zu den Zuständigkeiten und zum Vorgehen nach dem Epidemiegesetz SARS Covid-19 und Kontaktpersonen.

Und zum zweiten ein Erlass des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zum Vollzug des Epidemiegesetzes unter Sicherstellung der einheitlichen Vorgehensweise. Die darin angeführten Maßnahmen gelten für alle Settings, auch für Schulen und Kindergärten.

Allfällige ergänzende Anordnungen können für Schulen durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung festgelegt werden. Das Bundesministerium für Bildung hat ein eigenes Krisenmanagement eingerichtet, um in seinem Verantwortungsbereich auch alle Stakeholder umfassend und laufend über aktuelle Entwicklungen zu informieren.

Die Bildungsdirektion steht in sehr, sehr engem Kontakt mit der Abteilung Gesundheit. Darüber bin ich auch sehr dankbar und möchte an dieser Stelle auch meinen Dank an Bildungsdirektor Dr. Klampfer richten. Darüber hinaus gibt es eine enge Abstimmung mit dem Bildungsministerium und selbstverständlich eben auch mit dem Gesundheitsministerium, sodass eine einheitliche Vorgehensweise nicht nur vorgegeben ist, sondern sich auch in der Umsetzung befindet, und sich die entsprechenden Maßnahmen und Empfehlungen auch öffentlich auf den Homepages wiederfinden.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Bitte!

Abg. KO **Makor:** Ja, bitte. Wenn man auch im Internet ein bisschen recherchiert, wie die unterschiedlichen Bundesländer mit den Gefahrenlagen umgehen, so findet man in Tirol einen schriftlichen und öffentlichen Pandemieplan. Gibt es so etwas auch, der schriftlich und öffentlich ist?

Präsident: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Wir haben einen Pandemieplan. Der besteht seit vielen Jahren und wird auch laufend weiterentwickelt, in Abstimmung mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auch jetzt die Ergebnisse einarbeiten. Wir werden darüber sprechen, ich nehme das gerne mit, in welcher Art und Weise der auf der Homepage ersichtlich sein sollte. Ich bin aber davon überzeugt, dass es wichtig ist, dass er angewendet wird. Das ist das Um und Auf, und er ist folglich allen zuständigen Behörden bekannt. Er ist in der Gesundheitsabteilung entwickelt und bekannt und die Zuständigkeit, die Zusammenarbeit in den Bezirksverwaltungsbehörden funktioniert ausgezeichnet. Wichtig ist, dass er angewendet wird und umgesetzt wird.

Präsident: Danke vielmals! Es gibt noch eine weitere Zusatzfrage, Kollege Peter Binder, bitte!

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Erstens einmal danke für diese umfassenden Informationen. Ärzte sagen jetzt auch in der Öffentlichkeit immer, sie würden sich wünschen, dass diese Aufklärung und diese Information auch in normalen Grippezeiten stärker intensiviert würde, weil die normale Grippe ja genauso einen schlechten und tödlichen Verlauf nehmen könnte. Gibt es da deinerseits Planungen, wie man künftig auch generell in der Grippezeit hier noch besser informiert.

Präsident: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Herr Abgeordneter, wie in vielen Fällen haben wir dasselbe Ziel, nur unterschiedliche Worte. Daher bekenne ich mich dazu, dass die Prävention ganz besonders wichtig ist und ich glaube, du möchtest auch darauf hinaus, dass es notwendig ist, dass man sich impfen lässt. Wir sehen hier gerade bei diesem Thema, dass wir krampfhaft nach einem Impfstoff suchen bei Covid19, dass wir sehen, wie besorgt die Menschen sind. Bei der Grippe würde es einen Impfstoff geben. Es würde helfen, wenn man sich impfen lässt, um eine Krankheit auch zu verhindern. Wir wissen, die Krankheit endet beim Geimpften. Daher ist es wichtig, dass man die Impfmoral in Oberösterreich auch wieder stärkt, aber auch, weil für den niedergelassenen Bereich das Land Oberösterreich nicht zuständig ist. Ich gehe davon aus, dass du daher auch an die Österreichische Gesundheitskasse und an die Sozialversicherung herantreten wirst, um auf dein Anliegen aufmerksam zu machen.

Bei mir ist es bekannt, dass ich das Thema immer wirklich auch unterstütze, und da ist es notwendig, auch in die Prävention zu investieren. Danke!

Präsident: Danke vielmals! Gibt es noch eine weitere Frage? Das ist nicht der Fall. Danke vielmals, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Wir kommen damit zur nächsten Anfrage von Herrn Abgeordneten Peter Binder an Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort!

Abg. Peter **Binder**: Dankeschön, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, vor mehr als zwei Jahren haben wir hier im hohen Haus, darauf hingewiesen, auf die unbefriedigende Situation der Hebammen. Im zuständigen Ausschuss wurde uns dann mitgeteilt, dass du vor fast zwei Jahren eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt hast, die sich mit der Evaluierung aller Gesundheitsberufe unter Einführung eines eigenen Gehaltschemas für Gesundheitsberufe auseinandersetzt, die dann eine befriedigendere Situation der Arbeits- und Gehaltsbedingungen ausarbeiten soll. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen dann auch die Basis für politische Verhandlungen sein.

Welche ersten Ergebnisse konnte die zur nachhaltigen Bekämpfung des Arbeitskräftemangels in der Pflege einberufene Arbeitsgruppe betreffend Arbeitsbedingungen bzw. einem eigenen Gehaltsschema für Gesundheitsberufe in Oberösterreich bis zum heutigen Tag erzielen?

Präsident: Herr Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, lieber Herr Abgeordneter! Die Frage gibt die Möglichkeit, erstens einmal, Danke zu sagen. Anschließend an das, was die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander schon gesagt hat, denn unabhängig von der politischen oder gesellschaftspolitischen Debatte, die auch zurzeit rund um diese Berufe geführt wird, sind es vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Berufe, die Tag für Tag höchst kompetent für unsere Bevölkerung, ob im Gesundheits- oder Pflegebereich, da sind. Daher möchte ich ihnen auch in diesen Zeiten, wo sie besonders gefordert sind, herzlich danken. Man sieht, was Kompetenz und Einsatzbereitschaft ausmachen, und vielleicht ist das auch ein Erfolgsgeheimnis, warum wir in Österreich und insbesondere in Oberösterreich durch diese Herausforderung momentan, ohne es verschreien zu wollen, so gut durchkommen.

Ich möchte aber auch besonders, was die Pflege anbelangt, jene nicht vergessen und denen auch danken, die freiwillig, ehrenamtlich oder aber auch in der Familie Pflegearbeit im wahrsten Sinn des Wortes leisten. Die soll man bei allen Diskussionen über Gehaltschemata nämlich deswegen nicht vergessen, weil sie immer noch den Löwenanteil der Pflege leisten.

Ich darf daher in Erinnerung rufen, dass gerade im eben erst zu Ende gegangenen Jahr 2019 für diese Berufsgruppen in Oberösterreich spürbare Verbesserungen eingetreten sind und umgesetzt wurden. Zum Beispiel mit Jahresbeginn 2019 gab es zusätzlich rund 54 Euro pro Monat für einige Berufsgruppen aus diesem Bereich, und das haben wir gemeinsam beschlossen. Im letzten Jahr bekamen alle, die im öffentlichen Dienstrecht und im öffentlichen Bereich arbeiten, vom ersten Tag an hundert Prozent des Gehalts, bis dahin waren es im ersten Jahr nur 95 Prozent gewesen.

Also man sieht, wir sind gemeinsam bereit, hier ständig Verbesserungen auch zu starten. Was die von dir angesprochenen Beratungen oder auch die Arbeitsgruppe anlangt, darf ich wieder einmal darauf hinweisen, dass auf besonderen Wunsch der betroffenen Gewerkschaften, da dürftest du einige Herrschaften davon kennen, Gespräche mit der Politik gewünscht wurden. Und zwar im massiven Ausmaß. Das war ja auch öffentlich zu lesen, daher hat über mein Ersuchen die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander schon im Juli des vorigen Jahres Gespräche mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen aufgenommen, und es gab dann auch bei mir im November des vorigen Jahres einen großen Termin, und wir haben uns dort einstimmig auf eine Vorgangsweise geeinigt. Vertreten waren die Gewerkschaft öffentlicher Dienst, die GPA, die Union und die Vida. Wir haben erstens vereinbart, zügig zu beraten und zu verhandeln, zweitens Vertraulichkeit der Gespräche zu wahren. Drittens, dass

wir in zwei Arbeitsgruppen uns treffen. Die eine Arbeitsgruppe bearbeitet das Thema Entlohnungssituation und die andere Arbeitsgruppe das Thema Rahmenbedingungen.

Es gibt zahlreiche, laufende Gespräche. Ich werde auch ständig informiert. Man teilt mir mit, dass die Gesprächssituation, das Gesprächsklima ein angenehmes ist. Und dass wir hoffentlich auf eine Einigung in diesem Bereich zugehen, daher verstehe ich, dass es Anfragen im Landtag gibt, die sich wirklich damit beschäftigen. Insbesondere die Gewerkschaften legen zurzeit Wert darauf, dass wir Vertraulichkeit wahren.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Bitteschön!

Abg. Peter **Binder:** Erstens möchte ich mich dem Dank an die Beschäftigten anschließen und kann auch noch etwas anderes aufgreifen von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Wir verfolgen offenbar das gleiche Ziel, haben aber offenbar unterschiedliche Vorstellungen, was das Wort zügig angeht.

Der Rechnungshof hat vor kurzem festgestellt, dass für die Pflege in Zukunft einfach mehr professionelle Arbeitskräfte notwendig sein werden, weil die informelle Pflege, die du angesprochen hast, immer mehr auch in den Hintergrund rücken wird. Bis 2030 brauchen wir geschätzt 76.000 zusätzliche Arbeitskräfte in diesen Berufsgruppen. Und es wäre schon notwendig, dass wir dafür die Ausbildung und für das Interesse von Menschen, die in diesem Beruf wechseln wollen, hier schneller eine Attraktivierung erreichen. Bis wann glaubst du wird es denn hier Ergebnisse geben können, damit wir bis 2030 auch die AbsolventInnen für die Ausbildung bekommen können?

Präsident: Herr Landeshauptmann bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Ich darf darauf hinweisen, dass wir im Land ja schon ganz konkrete Schritte setzen. Zum Beispiel die Frau Landesrätin Gerstorfer mit einem zusätzlichen Pflegeausbildungsangebot im Bereich der Landwirtschaftlichen Schulen. Oder jetzt durch das Bildungsministerium in einer höheren Schule. Das erachte ich für das allerwichtigste, dass wir Bildungsangebote setzen. Dass es daneben aber natürlich auch für wechselbereite Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger auch Unterstützungen gibt. Auch dafür haben wir uns gemeinsam eingesetzt. Es stimmt! Wir brauchen dringend Leute für diesen Beruf. Daher, glaube ich, ist auch ein wirksames Mittel, dass wir über diese Berufe, und über das, was wir bereit sind, für diese Berufe zu tun, versuchen zumindest auf politischer Ebene auch positiv zu reden.

Ich darf hier schon eine Sorge ausdrücken und das auch auf diesem Pult sagen, die zurzeit laufende Debatte einer weiteren Arbeitszeitverkürzung in gewissen Bereichen der Pflege von einer jetzt schon gegebenen 38 Stunden Woche auf eine 35 Stunden Woche und die absolut nicht vorhandene Bereitschaft in diesem Bereich seitens der Gewerkschaft, in irgendeiner anderen Form Verbesserungen zu akzeptieren. Gehaltsverbesserungen oder eingeschränkte Stundenreduktionen, das macht mir wirklich Sorge. Wir haben jetzt bei einer 38 Stunden Woche schon zu wenige Leute. Der Riesenanteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeitet nicht 38 Stunden, sondern Teilzeit. Das heißt, die werden unmittelbar von einer Absenkung der Wochenarbeitszeit gar nicht betroffen sein, nicht einmal theoretisch. Und daher setze ich darauf und rufe ich auch auf, dass alle Beteiligten in diesem Bereich bereit sind, aufeinander zuzugehen. Denn es geht um die, die die Pflege und Betreuung brauchen, und die haben nichts von politischen Debatten und die haben auch nichts von Streiks. (Beifall)

Präsident: Danke! Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Bitte!

Abg. Peter **Binder:** Ich glaube, diese Konsequenz der Gewerkschaften, die jetzt mittlerweile zu Streiks führt, hängt auch damit zusammen, dass sie eben auch in den vergangenen Jahren bei Verhandlungen immer wieder vertröstet wurden. Ich möchte noch einmal auf die vorige Frage zurückkommen. Kannst du uns einen Zeithorizont sagen, bis zu dem es wirklich konkrete Ergebnisse gibt, die die Arbeitsbedingungen und ein neues Gehaltsschema betreffen könnten?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Es kommt darauf an, sehr geehrter Herr Abgeordneter, was du meinst! Nachdem das eine sehr allgemeine Frage ist, habe ich auch die allgemeine Diskussion darüber angesprochen. Die konkreten Verbesserungen, die wir letztes Jahr umgesetzt haben, erwähnt. Und die, die es geben soll, sollen aus den gemeinsam mit der Gewerkschaft eingesetzten Arbeitsgruppen kommen und ich setze darauf, dass wir uns dort auch einigen werden.

Präsident: Danke vielmals! Nächste Zusatzfrage, Frau Abgeordnete Schwarz, bitte!

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Es wurden die Arbeitsbedingungen angesprochen, die wir auch gerade diskutieren, auch bei den Gewerkschafts- oder Kollektivvertragsverhandlungen. Faktum ist, dass auch Teilzeitkräfte davon profitieren, wenn die Grundarbeitszeit weniger wird. Das kostet natürlich, und da bin ich auch teilweise beim Sozialhilfverband, den Ländern und den Gemeinden mehr Geld. Das werden wir auch in die Hand nehmen müssen, weil wir mehr Pflegepersonal brauchen. Wie ist da deine Strategie, dass wir hier gemeinsam zu Lösungen kommen? Damit wir mehr Geld für das, was uns alle wichtig ist, für eine gute Pflege unserer alten Menschen gewährleisten können.

Präsident: Herr Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Was du zuletzt gesagt hast, das unterstreiche ich, und ich gehe davon aus, dass wir das alle gemeinsam wollen. Eine beste Pflege und gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es ist nur schon ein eigenwillig Ding, dass bei diesen Gehaltsverhandlungen diejenigen, die es zahlen, nicht als Verhandlungspartner am Tisch sitzen. Das macht die Situation zusätzlich herausfordernd. Die von dir angesprochene Verbesserung für Teilzeitkräfte würde auch durch eine Gehaltserhöhung erreichbar sein. Die wird aber offensichtlich zurzeit noch kategorisch abgelehnt.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Frage? Das ist nicht der Fall. Bevor wir zur nächsten Frage kommen, darf ich ganz herzlich die Damen und Herren der Akademie der Volkskultur, Volksbildungswerk in unserem Sitzungssaal begrüßen. Ich wünsche ihnen einen interessanten Verlauf dieser Fragestunde. Herzlich willkommen!

Wir kommen zur nächsten Frage von Herrn Abgeordneten Mag. Michael Lindner an Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer. Herr Abgeordneter, bitte!

Abg. **Mag. Lindner:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Oberösterreichische Medien berichteten diese Woche, dass der neue Landes-Personalchef nur einen Kontrahenten hatte und andere sahen keine Chance gegen Stelzers Vertrauten. Es sei demnach nur ein interner Kandidat aus dem Landesbereich zum Hearing für die Position des neuen Landespersonaldirektors angetreten. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie als zuständigen

Personalreferenten, wie kann es sein, dass sich für die Position des Landespersonaldirektors nur ein einziger interner Kandidat bewirbt, der die fachlichen Kriterien erfüllt?

Präsident: Herr Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Kollege! Die Stelle des Leiters der Direktion und Abteilung Personal wurde nach § 8 Objektivierungsgesetz ausgeschrieben. Es gab Publikationen und Insertionen der Ausschreibung am 30. Jänner, am 31. Jänner, am 1. Februar und am 2. Februar und in Summe haben sich sieben Persönlichkeiten für diese Position beworben.

Präsident: Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage, bitte?

Abg. **Mag. Lindner:** Wie viele interne Kandidaten aus dem Landesbereich hätten objektiv die fachlichen Kriterien mitgebracht, um sich für die Position des Personaldirektors zu bewerben?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der von mir angesprochenen gesetzlichen Grundlage hat sich das hohe Haus vor Jahren darauf geeinigt, dass insbesondere bei Leitungspositionen nicht zwischen extern und intern unterschieden werden soll, weil es für sogenannte interne Leute eine Karrieremöglichkeit geben soll, weil aber auch der öffentliche Dienst davon profitiert, wenn sich auch Externe interessieren. Daher bin ich froh, in dieser Woche hatten wir mehrere Personalauswahlen, dass sich sehr viele Persönlichkeiten um die hohen Funktionen im Bereich unserer Mitarbeiterschaft beworben haben. Gleichgültig, ob sie interner oder externer Herkunft sind.

Präsident: Eine weitere Frage noch? Bitte!

Abg. **Mag. Lindner:** Herr Landeshauptmann, wie ernst kann man ein Objektivierungsverfahren nehmen, wenn wiederholt die schon Monate vorher in der Zeitung genannten Kandidaten, wie zum Beispiel auch bei Harnoncourt, letztendlich zum Zug kommen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Frage ist eine ernste Geschichte. Die möchte ich auch mit allem Ernst beantworten. Ich rufe Sie und alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, das Anpatzen der Mitarbeiterschaft unseres Landes einzustellen und insbesondere jene Stelle, die für die Personalobjektivierung und Aufnahme in unserem Land zuständig ist, hier, offensichtlich, weil man sich davon politisches Kleingeld erwartet, in Misskritik zu bringen.

Die Abteilung Personalobjektivierung hat mehrfach, zuletzt Ende vorigen Jahres, den goldenen Best-Recruiters-Award erhalten, der objektiv, das ist ihnen ja wichtig, und öffentlich auszeichnet, dass wir offensichtlich besser als viele, viele andere Großunternehmen objektivierete Personalaufnahme betreiben.

Wohin objektivierete Personalaufnahme führt, das zeigt auch die angesprochene Herausforderung Corona, weil wir so exzellente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, können wir mit aller Ernsthaftigkeit und mit aller Ruhe auch solche Herausforderungen meistern. Daher ist auch dieses Verfahren, wie auch alle anderen Personalaufnahmeverfahren, mustergültig, allen Anforderungen des Gesetzes entsprechend und objektiv abgelaufen. Ich bedanke mich bei allen, insbesondere bei der Leiterin der Personalobjektivierung Frau Dr. Hartl und in dem Fall auch bei der Frau Präsidialdirektorin,

weil dort, wie es auch in der Vergangenheit war, das Verfahren bezüglich des Personaldirektors gelaufen ist.

Präsident: Herr Landeshauptmann, danke vielmals! Gibt es weitere Wortmeldungen, Fragen? Frau Abgeordnete Buchmayr, bitte.

Abg. **Mag. Buchmayr:** Guten Morgen, Herr Landeshauptmann! Unter den aktuell sechs neubesetzten Spitzenfunktionen im Amt der Oberösterreichischen Landesregierung befindet sich gerade einmal eine Frau. Wir kennen alle die Mechanismen und wir wissen auch um die Rahmenbedingungen, warum das so ist. Aber, ich denke, da kann man und muss man was dagegen tun. Welche Strategien oder Konzepte verfolgt das Land Oberösterreich, um den Frauenanteil, vor allem in den Führungspositionen, jetzt einmal primär betrachtet im Amt, zu erhöhen?

Präsident: Herr Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Gestatte, dass ich die Gelegenheit nutze, auch dir zu deinem neuen Widerberufseinstieg, der sich im öffentlichen Dienst offensichtlich abspielt, zu gratulieren! Damit an unserer hohen Schule, der Universität Linz, auch der Frauenanteil wieder entsprechend steigt.

Ich kann für mich als Personalreferent in Anspruch nehmen, und das ist ein gutes Zeichen, dass wir, insbesondere was zum Beispiel die Bezirkshauptmannschaften anlangt, in den letzten Jahren eine gewaltige Steigerung hatten. Bei meinem Amtsantritt hatten wir einen Anteil bei den Bezirkshauptleuten, was Damen betrifft in dieser Position, von 13 Prozent. Mittlerweile liegt dort der Anteil durch die jüngste Bestellung bei 43 Prozent. Der Löwenanteil der Mitarbeiterinnen im Land mit mehr als 50 Prozent ist weiblich. Der Prozess wird weiterfortgehen und auch von mir unterstützt und vorangetrieben.

Präsident: Danke vielmals. Frau Präsidentin Weichsler-Hauer, bitte!

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Danke, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sowohl bei der Harnoncourt Auswahl wie auch beim Personaldirektor sind ja dem Vernehmen nach in letzter Sekunde weibliche Kandidatinnen abgesprungen. Wie erklären Sie sich das?

Präsident: Herr Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Du bist ja, glaube ich, auch in die Agenden des Personalbeirates eingebunden und weißt daher, wie hoch das Gut Datenschutz und wie wichtig der Datenschutz bei Personalbewerbungen ist. Wenn euch und uns daran gelegen ist, dass sich auch weiterhin vor allem auch externe Bewerberinnen und Bewerber um Positionen bemühen, bitte ich um Verständnis, dass zu solch konkreten Angaben aufgrund des Datenschutzes keine Antworten gegeben werden können.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Frage dazu? Das ist nicht der Fall. Herr Landeshauptmann, herzlichen Dank für die Beantwortung.

Ich erkläre hiermit die Fragestunde für geschlossen. Wir kommen zur Behandlung des Eingangs und zur Festlegung der Tagesordnung. Ich ersuche die Frau Schriftführerin den Eingang bekannt zu geben.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Eingang in die 43. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags, Beilage 1302/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz über die Maßnahmen auf dem Gebiet des Weinbaus (Oö. Weinbaugesetz 2020 - Oö. WBG 2020). Diese Beilage wird dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zugewiesen.

Beilage 1306/2020, (Dringlichkeitsantrag) Initiativantrag betreffend keine Kostenabwälzung auf PatientInnen durch die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen. Diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 1307/2020, (Dringlichkeitsantrag) Initiativantrag betreffend den vorausschauenden Ausbau von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigung. Diese Beilage soll gemäß § 25 Absatz 6 Oö. LGO keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 1308/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Heilvorkommen- und Kurortegesetz geändert wird (Oö. HKG-Novelle 2020), diese Beilage wird dem Sozialausschuss zugewiesen.

Beilage 1309/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffen die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung durch eine bedingte Zusage des Landes OÖ zur Schad- und Klagloshaltung der LAWOG (Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft für OÖ) im Fall eines etwaigen Nachteils aus der Verwertung von Liegenschaften, die zur Betreuung von Kindern/Jugendlichen im Auftrag der Oö. Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden. Diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 5 Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Alle nun folgenden Beilagen sollen gemäß § 25 Abs. 6 Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden:

Beilage 1310/2020, Initiativantrag betreffend die Flexibilisierung der Berufsausübung in den Altenpflege- und Betreuungsberufen, Beilage 1311/2020, Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird, Beilage 1312/2020, Initiativantrag betreffend europäische Klimaschutzmaßnahmen mit erfolgreicher Standortpolitik vereinen, Beilage 1313/2020, Initiativantrag betreffend Oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion erfolgreich fortsetzen, Beilage 1314/2020, Initiativantrag betreffend Oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion in wichtigen Lebensbereichen beschleunigen, Beilage 1315/2020, Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von Ein-Personen-UnternehmerInnen und KleinstunternehmerInnen, Beilage 1316/2020, Initiativantrag betreffend Verhinderung der Errichtung von Atommüll-Lagern in Grenzregionen und Beilage 1317/2020, Initiativantrag betreffend bessere Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigung.

Präsident: Ich danke dir. Die von der Frau Schriftführerin verlesenen Beilagen haben wir auf ihren Plätzen aufgelegt, soweit sie in der anschließenden Dringlichkeitsdebatte behandelt werden. Sämtliche Beilagen wurden auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt.

Wie die Frau Schriftführerin bereits angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1306/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1306/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend keine Kostenabwälzung auf

PatientInnen durch die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1306/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Abgeordneter Peter Binder.

Abg. Peter **Binder**: Danke schön Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, werte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Es war einmal. Es war einmal, so beginnen schöne Märchen, die meistens mit einer Geschichte anfangen, einen schaurigen Höhepunkt nehmen und dann am Ende aber doch ein Happy End haben. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: unverständlich.)

Und darum möchte ich eine Geschichte erzählen, wie es einmal war in Österreich. In Österreich lebten oder leben noch immer rund 9 Millionen Versicherte, die sich gemeinsam entschieden haben, für ihre Gesundheitsversorgung vorzusorgen, gemeinsam, solidarisch einen Beitrag zu leisten, damit auch alle eine Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen können, und sie haben das auf eine Art und Weise getan, die es auch ermöglicht hat, dass nach regionalen Gesichtspunkten diese Gesundheitsversorgung gesichert werden konnte, durch eine demokratisch legitimierte Führung, die den Versicherten und der Versichertenstruktur entsprach.

Und dann kam, und das gibt es ja auch immer in solchen Märchen, einen bösen Zauberer, dann kam der schwarz-blaue Zauberer und versprach den Versicherten die große Patientenmilliarde. Alles würde besser werden, wir könnten eine Milliarde Euro zusätzlich für die Gesundheitsversorgung heben, wenn, ja wenn sich doch die Versicherten bereit erklären würden, alle in einem großen Versicherungsmoloch zusammenzukommen, in einer Fusion, die den regionalen Gesichtspunkten halt dann wieder nicht dieses Augenmerk schenken kann, die nicht mehr abbildet, wie die Versichertenstruktur ist, die keine demokratisch legitimierte Führung mehr hat, aber wie gesagt, es gibt diese große Patientenmilliarde, damit wäre alles gut, es würde Milch und Honig fließen im Land der Versicherten in Österreich, wenn wir diese eine Versicherung machen.

Nun, herausgekommen ist Folgendes: Erstens gibt es nicht nur eine Versicherung, sondern es gibt nach wie vor eine Gruppe von Privilegierten, die sich aus dem großen solidarischen System herausnehmen, die nach wie vor selbst bestimmen dürfen, wofür sie zahlen möchten, wen sie solidarisch unterstützen möchten, aber es gibt die große Masse von 7,2 Millionen Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte, die jetzt in der großen, in dieser vom schwarz-blauen Zauberer hervorgehobenen Österreichischen Gesundheitskasse sind und die auch für die Versorgung von Hochrisikogruppen verantwortlich sind.

Und sie machen das natürlich gerne, weil das solidarische System das ja auch so beinhaltet. Aber oh Wunder, die Versprechungen des schwarz-blauen Zauberers haben sich als falsch herausgestellt. Es gibt keine Patientenmilliarde, die wir jetzt in eine bessere Gesundheitsversorgung stecken könnten, sondern, nein, in den nächsten fünf Jahren erwartet die Österreichische Gesundheitskasse ein Defizit von 1,7 Milliarden Euro, das den Versicherten in der Versorgung möglicherweise abgeht.

Und darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es wichtig, dass jetzt der weiße Ritter kommt. Der weiße Ritter in Form des Oberösterreichischen Landtags, der hier ein deutliches Signal absendet an die österreichische Bundesregierung, dass nicht die Versicherten die Leidtragenden dieser falschen Politik und der falschen Versprechungen des schwarz-blauen

Zauberers sein dürfen, sondern die für ein Happy End sorgen, indem wir unseren Antrag hier beschließen und die Resolution an die Bundesregierung auch absenden bzw. die Landesregierung auffordern, dies zu tun. (Beifall)

Nämlich, dass wir dafür eintreten, dass durch die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen, die verursachte finanzielle Schieflage weder zu Selbstbehalten bei den Patientinnen und Patienten noch zu Leistungsverschlechterungen von den Versicherten führt, was natürlich auch bedeutet, dass es zu keinen Beitragserhöhungen bei gleichbleibenden Leistungen kommen darf, weil auch das wäre eine Leistungsverschlechterung.

Ich ersuche Sie, schließen Sie sich uns an, seien wir der weiße Ritter für die Oberösterreichinnen und Oberösterreicher und für die Versicherten in Österreich. Ich bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Elisabeth Manhal.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber lieber Kollege Binder! Charakteristisch für Märchen ist ja, dass sie frei erfunden sind (Beifall) und genau in die Gattung der Märchen fällt daher auch euer Antrag und deine Rede. Du meinstest mythologische Sagen, da ist die Abgrenzung aber eine Andere.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Antrag der SPÖ ist von Selbstbehalten und Leistungsverschlechterungen, von einer großen Verunsicherung die Rede. Lieber Kollege Binder, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPÖ! Was Ihr mit diesem Antrag macht, das ist Verunsicherung, das ist einmal mehr eine parteipolitisch motivierte und die Realität völlig verzehrende Angstmache mit dem alleinigen Ziel, die Kassenfusion zu diskreditieren. Das ist unanständig, und das lehnen wir ab. (Beifall)

Ich möchte mich daher in meiner Wortmeldung nicht mit Märchen beschäftigen, sondern ich möchte wieder zu den Fakten zurückkehren. Wahr ist, die Österreichische Gesundheitskasse ist voll leistungsfähig, und sie sichert die Gesundheitsversorgung von 7,2 Millionen Menschen in ganz Österreich. Die Fusion entwickelt sich planmäßig und entlang des Budgetpfades, wobei zwei Faktoren zusammenkommen: (Zwischenruf Abg. Peter Binder: „Mehr zu zahlen!“)

Nämlich erstens weniger Einnahmen aus Beiträgen und zweitens mehr Ausgaben für Gesundheitsleistungen. Die geplanten Einsparungen wurden von Beginn an für den Zeitraum bis 2024 angestrebt und die momentan kolportierten Zahlen sind keine realistische Prognose, sie stellen nach den alten Gebietskrankenkassenregeln bloße Fortschreibungen der laufenden Gebarung statt, eine Gebarungsvorschau, aber keinesfalls eine realistische Prognose. Das war sie auch in der Vergangenheit nie.

So betrug im Jahr 2018 etwa die Gebarungsvorschau der Krankenversicherung -425 Millionen Euro und das tatsächliche Ergebnis lag dann bei +105 Millionen Euro, also ein Prognosefehler von 530 Millionen Euro. Tatsache ist weiters, dass die Reform der Sozialversicherungsträger eine Vereinfachung und Einsparung in der Struktur sowie gleichzeitig ein Mehr an Leistungen für die Versicherten bringt. Das wurde versprochen, und das wird auch so eingehalten.

Die Harmonisierung und Verbesserung von Leistungen hat schon 2018 begonnen und ist somit längst in Gang gesetzt. Diese sind in den Prognosen auch schon eingerechnet. Es

werden keine Leistungskürzungen vorgenommen, im Gegenteil, die Leistungen der Gebietskrankenkassen werden durch die ÖGK nach oben harmonisiert. Alleine die im Jänner 2020 gefassten Beschlüsse bringen Mehrleistungen für die Versicherten in Höhe von 100 Millionen Euro bis zum Jahr 2024.

Um dem Kassenärztemangel entgegen zu wirken, wurden zum Beispiel bereits längere Öffnungszeiten und mehr Leistungen für die Patienten mit der Ärzteschaft vereinbart und die Kostenzuschüsse für Kinder bei Kur und Erholung angehoben. Soviel zum Thema Leistungsverschlechterungen, und zu den Selbstbehalten sei noch erwähnt, dass ein Beschluss der Selbstverwaltung über neue oder höhere Selbstbehalte laut Gesetz die Zustimmung des Sozialministers braucht. Entsprechend dem Regierungsprogramm hat dieser beim Runden Tisch vor wenigen Tagen verbindlich öffentlich zugesagt, und am Dienstag im Gesundheitsausschuss nochmals bekräftigt, dass es zu keinen neuen oder höheren Selbstbehalten im ASVG-Bereich kommen wird.

Vor diesem Hintergrund, im Sinne der Patientinnen und Patienten und im Sinne der Aufrechterhaltung des so wichtigen Vertrauens in unser funktionierendes Gesundheitssystem bitte ich die weißen Ritter der SPÖ zur Sachlichkeit zurückzukehren, dieses Thema eignet sich wirklich denkbar schlecht für parteipolitische Spielchen. Der Dringlichkeit werden wir die Zustimmung nicht erteilen. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ratt. Bitte schön.

Abg. **Dr. Ratt:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und im Internet!

Die Märchenstunde hat begonnen, ich gestehe zu, dass der Herr Kollege Binder ein guter Märchenerzähler ist, allerdings, wie die Frau Kollegin Manhal gesagt hat, das sind reine Märchen und ich möchte einleitend sagen, dass wir Freiheitliche natürlich bereit sind, uns mit den Fakten auseinander zu setzen, und weil dies hier eine zugestandenermaßen komplexe Materie ist, die wie die Kollegin gesagt hat, auch jetzt gerade im Gesundheitsausschuss im Parlament beraten wurde, sind wir gerne bereit, euren Antrag auch im Unterausschuss Gesundheit weiter zu diskutieren.

Aber eines möchte ich schon sagen, dieser Antrag ist eine planlose, polemische Schlechtredei des Gesundheitssystems. Und dieses Anpatzen, wie es der Herr Landeshauptmann heute formuliert hat, haben sich die zahlreichen Stakeholder und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Gesundheitssystem nicht verdient. (Beifall)

Und das Märchen, das die blau-schwarze/türkise Regierung zuständig war für die Sozialversicherungsreform, da darf ich erinnern, das ist ja wirklich sehr interessant, der Herr Bundesminister Stöger, ich glaube mich zu erinnern, das ist ein gestandener Sozialdemokrat, sogar aus Oberösterreich, der hat seinerzeit im Bundesministerium eine Studie in Auftrag gegeben, die glaube ich, zwischen 500.000 und 600.000 Euro gekostet hat, mit dem Ziel, alle Stakeholder einzuladen mit ihren Stellungnahmen, um eine solche Reform durchzuführen, und in dieser Stunde, lieber Herr Märchenerzähler Kollege Binder, sind genau diese Beträge aufgelistet, die dann zu der sogenannten Patientenmilliarde führen, indem man diese Ersparnisbeträge auf einen gewissen Zeitraum aufrechnet, Herr Kollege. (Zwischenruf Abg. Peter Binder: „Das ist ein Märchen! Nein, nein, nein!“ Beifall.)

Bitte nachzulesen, ich gestehe zu, diese Studie ist ein paar Ordner dick, aber man sollte sie auch lesen (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Sinnerfassend lesen!“ Zwischenruf von rechts: „Der Stöger selbst hat sie eh nicht gelesen!“) und wenn man sie auf Englisch nicht versteht, das wurde nämlich über die London School of Economics gemacht, da habe ich auch meine eigenen Gedanken dazu, sind ein paar Ordner, die Originalstudie ist in Englisch geschrieben, also bitte zu lesen. Das möchte ich heute auch einmal sagen.

Und dann kommt die Arbeiterkammer, die rote Arbeiterkammer daher und will uns das Märchen erzählen, dass die Fusionskosten bis 500 Millionen Euro ausmachen werden. (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Das hat der Wurzer selbst gesagt!“) Ja, der Wurzer. (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Das ist der Chef!“) Wir haben insgesamt 46 Millionen Euro aufgewendet, das sind die Fakten, und die Frau Kollegin hat ausgeführt, dass wir selbstverständlich weiterhin investieren in die Erhöhung der Leistungen und dass geplant und akkordiert ist, dass der Leistungskatalog vereinheitlicht wird von der Gebietskrankenkasse, was eine absolute Notwendigkeit ist, weil eben niemand versteht, warum man bundesländerweit unterschiedliche Leistungen bekommen soll, und es ist die freiheitliche Position und es ist auch die ÖVP-Position, dass wir diese Leistungsnivellierung nach oben hin vornehmen, das heißt, dass alle den höheren Tarif bekommen und nicht den niedrigeren Tarif, meine lieben Freunde!

Und wenn die Sozialdemokraten eben verschmupft sind oder beleidigt sind, weil sie an Macht und Einfluss verlieren, so können wir nichts dafür. Meine lieben Freunde, wenn wir im Antrag schreiben, nicht wir, die Sozialdemokraten (Heiterkeit), dass eine durch die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen verursachte finanzielle Schieflage in der Krankenkasse hier vorliegt, dann ist zu sagen, die Österreichische Gesundheitskasse hat Rücklagen von 1,37 Milliarden Euro, ja, das ist schon ein bisschen was (Zwischenruf Abg. Schaller: „Da greifen wir hin?!“) und da wissen wir, 520 Millionen Euro sind für die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse hier reserviert, und hier können wir auch die Projekte im Land Oberösterreich durchführen, sodass wir insbesondere den Bereich der niedergelassenen Ärzte stärken und dass wir hier unser Versorgungssystem aufrecht erhalten, so wie es sich gehört, wie es in der Konvention der Vereinten Nationen ist, dass wir die bestmögliche Versorgung für jeden Staatsbürger hier sicherstellen. (Beifall. Präsident: „Herr Kollege Ratt, darf ich darauf hinweisen, dass das rote Licht schon länger leuchtet!“)

Das rote Licht leuchtet, daher sind wir bereit über die Fixausgaben, die nicht mehr kommen, nämlich dass wir die Vorsteuerberichtigung nicht mehr geltend machen können, aber die verbleibt ja beim Bund, das ist ein Nullsummenspiel, dass wir allein die Pauschalvergütungen für die Allgemeine Unfallversicherungsanstalten mit jährlich rund 200 Millionen Euro, wenn man die hochrechnet, sind wir allein bei einer Milliarde Euro, das machen wir gerne im Unterausschuss. Wir lehnen die Dringlichkeit ab, aber diskutieren gerne im Unterausschuss. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz. Bitte schön.

Abg. **Schwarz:** Wir hätten ihn jetzt noch ein bisschen reden lassen sollen, dann wäre er dafür gewesen, für den Antrag, wenn er so weitergetan hätte.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsmitglieder! Es hilft alles nichts, wenn man Märchen erzählt oder wenn man darauf hinweist, wer die Warnenden waren. Und viele Warnungen sind eingetroffen, bestätigt, nicht von einer Gewerkschaft oder von irgendwem anderen, sondern ganz klar bestätigt vom Chef der Gesundheitskasse Österreich, Herrn Mag. Wurzer. Also das sind Fakten, auf die sich er beruft

und auf diese Fakten möchte ich jetzt einfach auch noch gerne diesen ganzen Antrag reduzieren. Wenn man es nämlich genau sinnerfassend liest, dann kommt man darauf, dass eigentlich nur vorbeugend etwas gemacht wird, damit man sagt, okay, das ist jetzt gemacht worden und jetzt schauen wir, dass wir dieses System erhalten können.

Zum Hinweis, wir haben das Ziel einer Harmonisierung der Leistungen. Jeder, der etwas einzahlt, bekommt auch gleich viel heraus. Bei den Gebietskrankenkassen haben wir vor der Harmonisierung schon 90 Prozent harmonisierte Leistungen gehabt. Herr Kollege Ratt, du weißt es ganz genau, die Anteile waren eigentlich relativ klar, die Honorare der Ärzte haben sich unterschieden, aber die Leistungen waren für Alle bis zu 90 Prozent gleich, ein paar Sachen hat es noch zum Anpassen gegeben.

Wo wir ein Problem haben in der Zukunft ist: Jede sinnvolle Entlastung der Lohnnebenkosten wirkt sich natürlich auf die Einnahmen der Gesundheitskasse am meisten aus, weil die meisten Versicherten sind einfach dort, und das muss man einfach auch mitdenken, wenn wir jetzt immer reden, wir wollen die Menschen entlasten oder wir wollen die Betriebe entlasten.

Auch der Anteil der Arbeitslosigkeit, auch wenn er nur marginal zunimmt, es sind weniger Einnahmen in der Kasse drinnen. Die geringen Pensionen, die uns jetzt alle ins Haus stehen, wir wissen es alle, auch die Pensionsschere von Frauen, sind weniger Einnahmen in der Gesundheitskasse. Alle diese Dinge muss man in dieser Diskussion mitdenken und darum ist eben genau da ein Warnsignal ausgesendet worden, bevor diese Fusion gemacht wurde, bevor diese Fusion gekommen ist.

Wir tun uns einfach zusammen, und da war das Ziel der Fusion nicht, dass wir harmonisieren, dann hätten wir die Bauern und Gewerblichen gleich alle mithinein nehmen müssen. Das Ziel war ganz klar Machtverschiebung innerhalb der Gesundheitskassa von der Arbeiterkammer zur Wirtschaftskammer beziehungsweise von den Arbeitnehmer/innen, weil deren Geld ist es, auch wenn die Arbeitgeber etwas einzahlen, aber erarbeiten tun das die arbeitenden Menschen dort und nicht der Betrieb selber. Der Betrieb zahlt halt das auf einen Teil an, aber das hängt immer an den Lohnkosten, immer an den Kosten der Arbeitsleistung der einzelnen Menschen, und das müssen wir einfach auch immer im Blick haben, dass das die Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Bitte klatschen! Nein. (Beifall)

Und dass ich ja dann da hervorne schon öfter gehört habe, na ja die Kritik, die Oberösterreichische Gesundheitskasse oder Oberösterreichische Gebietskrankenkasse, damals hat sie so viel angespart, warum haben die Leistungen nicht gleich die Dienstnehmer oder die Versicherten eben bekommen? Das habe ich auch von der Frau Landesrätin oder Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin immer wieder gehört. Ich glaube, das geht ein bisschen ins Leere, das ist ein bisschen verkehrt, weil der sorgsame Umgang dieser Gelder, wann eben irgendwelche Notfälle eintreten, wenn es eben Verschiebungen gibt, dass man da auf einen Polster zurückgreifen kann, war auch in der Verantwortung Selbstverwaltung.

Und die haben das einfach auch gemacht und haben Rücklagen gebildet, und Oberösterreich hat das in vielen Bereichen vorgezeigt, wie man sinnvoll neue Angebote auch von Seiten der Kassa mitfinanzieren kann. Und ich bin, glaube nicht nur einmal da hervorne und habe öfter drüben geredet, bitte, kämpfen wir um unsere Leistungen, die wir aufgebaut haben, damit die dann ins Regelwesen für ganz Österreich rüberkommen. Das war das oberste Ziel an meiner Argumentation, immer gesagt, okay, jetzt haben wir diesen Salat da, jetzt schauen wir, wie wir das Beste daraus machen. Und schauen wir, dass das wirklich stimmt, dass alle die gleichen Leistungen bekommen, die auch gleich viel einzahlen.

Da bin ich bei dem Thema Risikoausgleich. Ich habe es schon angesprochen. Die Gesundheitskassa Österreich hat das meiste Risiko zu tragen. Die Beamten, die Selbständigen sind da ganz anders strukturiert auch von den Einnahmen, von den Beiträgen. Natürlich haben sie Selbstbehalte. Aber, wenn man es in Summe anschaut, ist das Risiko der Kassa, die Leistungen dort zu erbringen, viel geringer.

Und schauen wir uns alle die an, die gebietskrankenkassaversichert sind oder Gesundheitskasse und Selbständigen-Versicherung haben. Wo gehen sie denn hin? Die Leistungen werden meistens bei der Gebietskrankenkasse genommen. Das heißt, auch da ist eine Schieflage, also der Risikoausgleich wäre dringend notwendig.

Und dann wundert es mich schon sehr, dass der Chef der Österreichischen Sozialversicherung, der derzeitige, weil der wechselt ja alle halbes Jahr, Peter Lehner, klar sagt, na ja, brauchen wir nicht noch, haben keinen Risikoausgleich, machen wir nicht.

Also bei der Diskussion, wo ich ihn gehört habe, bin ich der Überzeugung gewesen, er hat sich noch nicht ganz so intensiv damit beschäftigt, er wird sicher reinwachsen. Aber wir tun alle halbe Jahre wechseln, und das ist sicher eine der schlechtesten Regelungen, die wir haben. Wir sollten da wirklich die Selbstverwaltung wieder viel stärker stärken. Ich bin sehr froh, dass der Bundesminister Rudi Anschober, aber auch die Bundesregierung klar gesagt haben, es wird keine weiteren Selbstbehalte geben.

Wir müssen schauen, dass wir da auch keine Leistungsverschlechterungen, aber auch keine Verschlechterungen bei den Ärzten zusammenbringen, weil sonst haben wir die Versorgungsprobleme wieder und dann hängt es wieder an den Krankenhäusern, und dann hängt es wieder an den Gemeinden und an den Ländern. Also, genau da müssen wir hinschauen, und da hoffe ich schon sehr, dass es ein Einvernehmen gibt, dass es eine klare Ansage auch seitens des Landes gibt. Wir wollen das verhindern, darum bin ich auch da dafür. Ich sehe das absolut als Verschlechterung. (Präsident: „Liebe Frau Kollegin! Darf ich auch dich bitten!“) Der Kollege Ratt, der hat so viel Zeit gehabt, ich werde das jetzt auch noch nutzen, weil es mir ganz wichtig ist in diesem Bereich. (Präsident: „Dann hast genau noch zwanzig Sekunden!“) Passt. Ich will weder etwas schlechtreden noch will ich etwas verharmlosen. Schauen wir, wie wir gemeinsam zu einer guten Lösung kommen im Sinne der Versicherten und der Patientinnen und Patienten. (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1306/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Ich weise die Beilage 1306/2020 dem Sozialausschuss zur Vorberatung zu. Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1307/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1307/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend den vorausschauenden Ausbau von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigung. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1307/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Christian Makor.

Abg. KO **Makor**: Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Zugegeben, es ist der vorliegende Dringlichkeitsantrag ein zweiter Versuch. Ein zweiter Versuch deswegen, weil wir ja im Rahmen des Budgetlandtags im Zuge der Debatte um den Nachtragshaushalt bereits einen ähnlichen Antrag auch eingebracht haben, der darauf abzielt, dass es zu einem vorausschauenden Ausbau von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigungen auch nach dem Jahr 2021 kommen soll.

Was ist der Hintergrund? Der Hintergrund ist der, dass das Land Oberösterreich, Sozialabteilung, einen Ausbauplan zur Zeit gerade umsetzt, die sogenannten 400 Plätze, die vereinbart wurden, aus Sicht der Sozialdemokratie der damaligen Debatte, ohne sie wiederholen und aufwärmen zu wollen, zu wenig und zu langsam, erinnere Sie daran, dass insbesondere durch die Reduktion der ursprünglich zugesagten fünfprozentigen Budgeterhöhung des Sozialbudgets, des laufenden, auf eine Reduktion auf drei Prozent und dann sozusagen „Drei-Komma-Prozent“ de facto es eben zu Einschränkungen gekommen ist.

Aufgrund dieser finanziellen engen Vorgaben es zu der Vereinbarung gekommen ist, dass man bis zum Jahr 2021 400 Plätze, de facto werden es immerhin 417 Plätze, wovon 194 bereits in Betrieb gegangen sind und 223 in den kommenden beiden Jahren noch eröffnet werden, dass mit diesen 400 Plätzen noch lange nicht das Auslangen gefunden ist.

Wie Sie alle wissen, und Sie werden in Ihren persönlichen Sprechstunden wahrscheinlich ebenso viele Interventionen von Betroffenen, Eltern mit Betroffenen, nicht nur Kindern, sondern Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Erwachsenen auch bei sich in der Sprechstunde haben, ist die Warteliste für Wohneinrichtungen, aber auch Tagesbetreuungseinrichtungen und Arbeitsplätze de facto ein viel, viel, viel größerer, als wir durch den Abbau mit diesen 400 Plätzen bis 2021 schaffen.

Daher muss es heute darum gehen! Und ich bitte wirklich, mir auch jetzt inhaltlich zu folgen. Warum reden wir heute von etwas, was wir 2022 brauchen? Muss es heute darum gehen, die Vorarbeiten dafür zu machen, dass nach dem Abarbeiten dieser 400, 417 Plätze es unmittelbar auch im Jahr 2022, 2023, 2024, also folgend, einen Plan für weitere derartige Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen gibt.

Die werden nicht von heute auf morgen und nicht binnen vierzehn Tagen und nicht einmal binnen weniger Monate geschaffen, geplant und umgesetzt, sondern da ist ein Vorlauf von zumindest eineinhalb, zwei Jahren und teilweise auch ein viel, viel längerer Vorlauf notwendig. Das heißt, wenn wir als Oberösterreichischer Landtag, und das Bekenntnis, ganz grundsätzlich höre ich ja sehr oft hier herinnen, davon ausgehen wollen, dass wir die lange, lange Liste auch ab dem Jahr 2022 abbauen wollen, dann müssen wir heute schon in die Gänge kommen, um 2022 auch tatsächlich in Umsetzung zu gelangen.

Und um das zu machen, bedarf es auch einer finanziellen Absicherung für dieses Vorhaben, und es geht jetzt vordergründig für die Investitionen. Natürlich kostet das dann auch mehr, weil auch der Betrieb etwas kostet, aber um die Investitionen auch dann tätigen zu können und heute schon die Planungen durchführen zu können, weil wer soll ernsthaft planen, wenn das Geld in Wirklichkeit gar nicht zugesagt ist, wenn wir das wirklich wollen, dann bedarf es einer finanziellen Zusage ab dem Jahr 2022 für diese zusätzlichen finanziellen Mitteln, was die Investitionen betrifft, sind das 23 Millionen Euro.

Ja, und es geht natürlich um mehr als nur um die zusätzlichen Betreuungsplätze. Mit diesen 23 Millionen Euro würden wir Investitionen ermöglichen, die für zusätzliche 500 Plätze in etwa,

die Möglichkeit schaffen, und dann ist noch immer eine Warteliste da, muss ich dazusagen, aber dann würde man zumindest den betroffenen Menschen, Familien eine Perspektive geben und ihnen auch Hoffnung geben, dass sie sehr schnell auch dieses Angebot nutzen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist einfach logisch, dass wir das jetzt machen müssen. Und wenn wir es wollen, dann sollten wir heute das Signal aussenden, ja, das Geld wird dann da sein, wenn wir es brauchen und dann kann mit den Vorarbeiten, mit den Planungen unmittelbar begonnen werden. Ich bitte Sie um Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Wall, bitte.

Abg. Wall: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Das Land Oberösterreich nimmt die Aufgabe, Menschen mit Beeinträchtigungen und ihre Familien bedarfsgerecht zu unterstützen, sehr, sehr ernst.

Unser Bundesland stellt für Behindertenleistungen im Ländervergleich die höchsten Mittel pro Kopf zur Verfügung. Es überrascht daher, dass trotzdem Betroffene auf einen dringend benötigten Wohn- und Beschäftigungsplatz warten müssen. Es ist dem großen Bemühen aller Beteiligten, sei es die Sozialabteilung, die Bezirkshauptmannschaften, die Sozialvereine zu verdanken, dass sich trotzdem in den meisten Fällen dann doch eine Lösung findet.

Was die mobile Betreuung betrifft, warten ebenfalls 182 Betroffene auf eine Unterstützung, wie wir aus einer aktuellen Anfragebeantwortung wissen. Auch bei Behinderten gilt das Motto mobil vor stationär. Mobile Hilfen sind ein wichtiges Angebot für pflegende Angehörige und können eine Übersiedlung in eine stationäre Einrichtung verhindern helfen oder zumindest hinauszögern. Das entspricht dem Wunsch der Betroffenen und hilft dem angespannten Sozialbudget.

Landesrätin Gerstorfer hat mit dem Finanzreferenten Landeshauptmann Stelzer ein Budget für 2020 und 2021 vereinbart. Der Landtag hat es im Dezember beschlossen. Es ist etwas befremdlich, wenn die SPÖ drei Monate später eine Zusicherung für zusätzliche Mittel für die nächste Legislaturperiode fordert. Die oberösterreichischen Regierungspartner ÖVP und FPÖ haben sich für einen Schuldenabbau entschieden. Die finanziellen Mittel sind beschränkt und alle Regierungsmitglieder aufgefordert, mit ihrem Budget sorgsam und sparsam umzugehen. Wo sind die Schwerpunktsetzungen des Sozialressorts, wo die Effizienzsteigerungsmaßnahmen? Die von uns Freiheitlichen initiierte Studie der Wirtschafts-Universität spricht von 90 Sozialorganisationen, die im Auftrag des Sozialressorts Sozialhilfeleistungen, Behindertenleistungen erbringen. Welches Einsparungspotenzial könnte das Land erreichen oder wäre möglich durch eine Reduktion dieser Trägervielfalt? Welche Leistungen könnte das Land vielleicht selber erbringen? Wann werden diese Dinge geprüft? Was ist mit den Verwaltungsvereinfachungen, was mit den Entflechtungen der Zahlungsströme, eine Maßnahme aus dem Sozialprojekt 2021, die umzusetzen wäre?

Damit könnten Einsparungen in der Verwaltung erzielt werden, damit mehr Mittel bei den Betroffenen ankommen. Statt Reformen kommt von der SPÖ immer nur der Ruf nach mehr Geld. Ich kann Ihnen versichern, auch uns Freiheitlichen ist es ein großes Anliegen, die Warteliste möglichst rasch und kontinuierlich abzubauen, und wir diskutieren darüber mit Ihnen gerne im Ausschuss. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer.

Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Besucherinnen und Besucher im Internet, auf der Tribüne, vor allem liebe Vertreter der Akademie der Volkskultur, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in unserem Land gibt es einen großen Konsens, ein klares Bekenntnis, dass Oberösterreich ein starkes Land ist, dass Oberösterreich ein Land ist, wo Leistung im Vordergrund steht, aber auch ein Bekenntnis, dass es gerade in einem kräftigen Land eine besondere Unterstützung für jene braucht, die aus welchem Grund auch immer nicht kräftig sein können.

Und wir haben einen zweiten großen Konsens in diesem Land, dass wir die großen sozialen Fragen immer versuchen im Miteinander zu lösen. Das gelingt bei der Herausforderung der Pflege trotz unterschiedlicher Positionen im Großen und Ganzen ganz gut. Es gibt Themen, da trennen uns Welten, wie bei der Sozialhilfe, vormals Mindestsicherung, aber es gibt auch Themen, wie die Menschen mit Beeinträchtigungen, für behinderte Menschen die Unterstützung, wo ich bisher den Eindruck hatte, dass wir hier Schulter an Schulter, dass wir hier den gemeinsamen oberösterreichischen Weg des Miteinanders gehen.

Und umso mehr bin ich schon leicht verwundert über den heutigen Antrag der SPÖ, etwas zu fordern, was sich erstens gar nicht in den aktuellen Budgetjahren befindet und zweitens, wo es eine ganz klare Zuständigkeit gibt der eigenen Landesrätin, der eigenen Landesrätin der Sozialdemokratie, die eigentlich genau für diese Frage eine rechtzeitige, eine gute Vorbereitung der Maßnahmen, der Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen auch zuständig wäre.

Wir als ÖVP bekennen uns, auch aus unserer christlich-sozialen Verantwortung, dass wir für Menschen mit Behinderungen besonders da sind. Schauen Sie sich den Bundesländervergleich an. Kein Bundesland tut für behinderte Menschen mehr als Oberösterreich.

Und auch wenn ich mir den gesamten Sozialbereich anschau, noch nie wurde in Oberösterreich so viel investiert für Sozialpolitik wie jetzt unter Thomas Stelzer. Alleine seitdem der neue Landeshauptmann seine Funktion übernommen hat, ist das jährliche Sozialbudget um über 100 Millionen Euro gestiegen, weil wir sagen: Ja, wir sind für eine starke Wirtschaftspolitik, aber umso mehr daraus ableitend auch eine starke Sozialpolitik.

Und das immer im Einvernehmen mit der Landesrätin, es hat die Gespräche im Herbst gegeben, dass wir das Sozialbudget gemeinsam über drei Prozent steigern möchten. Das Ergebnis war 3,7 Prozent im heurigen Jahr mehr für Soziales, 3,6 Prozent im nächsten Jahr mehr für Soziales, und das inkludiert ein klares Programm für den Ausbau von Wohnplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen, ganz konkret 417 Plätze, gemeinsam vereinbart zwischen Thomas Stelzer und der SPÖ Landesparteivorsitzenden Birgit Gerstorfer.

Und ich darf ein paar Zahlen sagen: Im letzten Jahr haben wir 129 Wohnplätze geschaffen als Land Oberösterreich. Heuer schaffen wir 96 Wohnplätze. Nächstes Jahr werden wir 127 Wohnplätze schaffen und selbstverständlich werden wir damit nicht 2021 aufhören, sondern werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode dieses Projekt fortsetzen.

Fakt ist aber, wir haben in diesem Haus ein Budget beschlossen für das Jahr 2020, für das Jahr 2021. Was wir beschlossen haben, setzen wir um. Wir werden für die Jahre 2022 und folgende dann bei den jeweiligen Budgetlandtagen ebenfalls wieder ein Budget beschließen. Wir werden uns ebenfalls wieder bemühen wie bisher, das gemeinsam mit der zuständigen Sozialreferentin auch quasi beschließen zu können. Und selbstverständlich wird es wieder

einen Schwerpunkt geben für Menschen mit Beeinträchtigungen, weil wir nicht sagen, wir sind zufrieden damit, dass Oberösterreich sowieso eh am meisten tut für behinderte Menschen, sondern weil wir sagen, da muss noch mehr geschehen, da haben wir noch mehr Verantwortung, und diese Überzeugung werden wir nicht am Ende des nächsten Jahres abgeben, das ist unsere DNA, das ist unsere oberösterreichische Verantwortung.

Der große Unterschied ist die Frage der Budgetierung. Wir sagen, dass wir jetzt in Zweijahreshaushalten unsere Schwerpunkte definieren. Die SPÖ hat heute den Plan vorgelegt, bereits am 5. März 2020, die Budgets für 2022, 2023, 2024, 2025 bis hin 2028 auch zu beschließen. Wir sind euch eh schon entgegengekommen mit einem Zweijahresbudget, aber ganz der Planwirtschaft annähern werden wir uns heute in diesem Landtag nicht. Ich glaube, was wir planen, was wir ankündigen, setzen wir um. Machen wir das bitte wie bisher miteinander. Es gibt zig Aussagen von uns, und an denen kann man uns auch messen, dass wir auch weiterhin hier einen Schwerpunkt setzen, weil wir uns dazu bekennen, dass wir für Menschen mit Beeinträchtigungen auch da zu sein haben. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Frau Landesrätin als Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Ja, mir kommt das als Folgeantrag. Ich hab im Dezember einen Antrag einlaufen lassen, wo man genau diesen Aktionsplan zu Wohnungen, zu Unterstützungsleistungen, um selbstbestimmt leben zu können, um Arbeitsplätze jetzt anfangen zum Planen und dazu gehört natürlich auch die finanzielle Absicherung. Darum war es uns ganz wichtig. Der Plan soll insbesondere auch die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele, die notwendige regionale Verteilung, sowie die Kosten darstellen.

Weil es nämlich auch ganz wichtig ist, zu schauen, wo haben wir denn in der Region Bedarf, damit wir auch als Gemeinden, als Sozialhilfverband, da einfach auch mitdenken, mitwirken können. Dass das mit der Finanzierung zusammenhängt, war uns allen klar, daher werden wir auch diesen Antrag unterstützen.

Und ja, es ist richtig, wir haben in der letzten Zeit und wir werden auch nachher noch viel bauen. Ich möchte aber jetzt einfach einmal darauf zurück hinweisen, weil so der explizite Drang, dass jetzt so viel Geld ausgegeben wird, ich kann mich erinnern, wie wir 2003 in die Koalition eingestiegen sind, Schwarz-Grün, war ganz klar unser gemeinsames Bemühen, das Sozialbudget um sieben Prozent jährlich steigen zu lassen. Es war eine Riesenherausforderung für das Land, aber vor allem für die Gemeinden, es heißt ja, auch in den Gemeinden steigt es immer mit. Damit wir genau da hinkommen, wo es immer wieder geheißen hat, wie können wir es vereinfachen, wie können wir schauen, dass die Zugehörigkeiten, wo gehört denn was hin, ob jetzt ein Mensch nach dem Chancengleichheitsgesetz eine Leistung kriegt oder nach dem Sozialgesetz? Also da haben wir immer noch Bedarf, das zu ändern, es braucht auch noch ganz klare Aussagen. Was wollen wir denn eigentlich bei den Wohnungen, wie wollen wir denn dezentral das verteilt haben? Es geht nicht nur um kleine Wohneinrichtungen, sondern zu schauen, was kann ich denn nutzen an Bestand, was schon da ist? Gerade auch im Sinne einer Belebung der Ortskerne, einer Belebung der Innenstädte, wo man da auch etwas machen könnte. Die Frage ist immer wieder, da bin ich auch immer wieder beim Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner, wie können wir von Haus aus barrierefreier denken, damit es eben möglich ist,

auch diese Wohnungen, diese ganzen neuen Errichtungen auch für Menschen mit Beeinträchtigungen besser nutzen zu können?

Ein Punkt zu den pflegenden Angehörigen: ich sage euch eines, die pflegenden Angehörigen können nicht mehr warten, sie können nicht mehr warten auf Unterstützungsleistungen. Ich habe fast täglich Anrufe von Familien und von Frauen, die sagen, jetzt habe ich 37 Jahre mein behindertes Kind gepflegt, was uns das erspart, das möchte ich gar nicht nachrechnen. Die kriegen fast keine Pension, sie haben sich zwar selber weiter versichert, das zahlt auch der Bund, die hängen nicht nur körperlich, sondern auch psychisch und finanziell wirklich durch, die können nicht mehr. Da hilft es nichts, wenn ich eine Vision habe, da muss ich relativ viele Angebote schaffen, die jetzt verfügbar sind, damit wir die wirklich entlasten können. Wir reden immer von der Entlastung der pflegenden Angehörigen, da haben wir meistens die Menschen, die ihre Eltern, ihre Großeltern pflegen, alte Menschen, das ist irgendwann absehbar, aber behinderte Kinder, behinderte Menschen pflegt man vom ersten Tag an. Da ist das Pflegegeld immer wieder ein Thema, die Einstufung, was wird angerechnet, welche Möglichkeiten habe ich, wo kann ich es hingeben? Wenn dann Müttern gesagt wird, gib dein Kind, wenn du es nicht mehr schaffst, in eine stationäre Pflege, es ist nicht so, dass sie das Kind nicht hergeben will, auch wenn das Kind schon 40 Jahre ist, sondern dass es auch keinen Platz gibt dafür. Das ist eigentlich teilweise eine Pflanzerei für Eltern mit behinderten Kindern, dass denen gesagt wird, du kannst es eh wo hingeben, das geht halt nicht. Wir müssen da alle gemeinsam, da sind wir alle aufgerufen, auch bei dieser Entflechtung der Finanzströme, liebe Kollegin Wall, ich weiß, davon reden wir schon lange. (Zwischenruf Abg. Wall: „Ja!“) Ich merke es immer wieder, dass das nicht unbedingt was mit Einsparungen zu tun hat, sondern einfach mit Klarheit für die Betroffenen, vielleicht können wir ein paar Überlegungen mit Einsparungen auf beratender oder koordinierender Stelle, die dann wirklich in die direkte Beratung bringen. Ganz wichtig wäre, dass die Leute vor Ort zum Beispiel mit Gemeindegewerkschaften, nicht nur im Altenbereich, sondern auch im Behindertenbereich unterstützt werden, damit sie das Angebot kennen lernen, damit sie auch ein paar Stunden hinauskommen. Da gibt es viele tolle Modelle in Oberösterreich, die vielleicht nicht so viel Geld kosten, uns aber langfristig viel Geld sparen, die Leute wirklich entlasten können. Daher werden wir diesem Antrag zustimmen, im Ausschuss natürlich auch das gemeinsam mit unserem Antrag weiter diskutieren, wie können wir da Verbesserungen schaffen? Danke. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals. Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1307/2020 zustimmen, eine Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist, ich weise die Beilage 1307/2020 dem Sozialausschuss zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlägt die Oberösterreichische Landesregierung im Rahmen ihres Antrages vor, die Beilage 1309/2020 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1309/2020 handelt es sich um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung durch eine bedingte Zusage des Landes Oberösterreich zur Schad- und Klagloshaltung der LAWOG im Fall eines etwaigen Nachteils aus der Verwertung von Liegenschaften, die zur Betreuung von Kindern/Jugendlichen im Auftrag der Oö. Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1309/2020 die

Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer, bitteschön.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne und auch zu Hause vor den Bildschirmen, sehr geehrte Landtagsabgeordnete, liebe Christine! Das Land Oberösterreich hat dafür Sorge zu tragen, dass zur Pflege und Erziehung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der vollen Erziehung sozialpädagogische Einrichtungen zur Verfügung stehen, neben den Landeseinrichtungen verfügen auch private Betreiber über die dafür erforderlichen Bewilligungen und Räumlichkeiten. Wie in anderen Bereichen des Landes haben wir auch in der Kinder- und Jugendhilfe vor, die Infrastruktur für den Betrieb von Betreuungseinrichtungen selbst zur Verfügung zu stellen. Dahinter stehen langfristige strategische Überlegungen, durch die Trennung von Infrastruktur und Betreuungsleistung können wir besser sicherstellen, dass die Liegenschaften auch bei einem Betreiberwechsel weiterhin für uns verfügbar sind und bleiben. Die betreuten Kinder und Jugendlichen können dann weiterhin in den gewohnten eigenen vier Wänden bleiben, stellt der Betreiber seine Tätigkeit ein, würde die Liegenschaft in der öffentlichen Hand bleiben, weiters könnten wir dadurch die Infrastrukturkosten direkt beeinflussen. Dadurch ergibt sich auch mittelfristig ein klarer finanzieller Nutzen für das Land Oberösterreich, im konkreten Fall planen wir den Erwerb von insgesamt vier Liegenschaften durch die LAWOG, dabei handelt es sich um bereits bestehende Standorte in Marchtrenk, in Langenstein und Enns, sowie um ein leerstehendes Grundstück in Langenstein. Der Gesamtwert der vier Liegenschaften liegt bei etwa 1,26 Millionen Euro, sie befinden sich derzeit im Eigentum der SMILE sozial GmbH, und sie sollen nach Übernahme durch die LAWOG an den Verein STI weiter vermietet werden. Auf dem leerstehenden Grundstück ist mittelfristig die Neuerrichtung eines Wohngebäudes durch die LAWOG anstelle des überalterten Objektes in Langenstein geplant, dieses soll dann nach der Fertigstellung an den Verein STI weiter vermietet werden. Da die LAWOG hier Investitionen zu tätigen hat, geben wir unsererseits die Zusage ab, dass diese Betreuungseinrichtungen weiterhin durch das Land entsprechend genutzt werden, dass die LAWOG andernfalls schad- und klaglos gestellt wird, alles grundsätzlich für einen Zeitraum von insgesamt 25 Jahren. Sollten also sozialpädagogische Einrichtungen geschlossen werden und der LAWOG dadurch Mieten entfallen, dann würde das Land Oberösterreich dies durch eine entsprechende Förderung kompensieren. Die Details für diese Schad- und Klagloshaltung entnehmen Sie bitte dem Antrag, da die Bewilligung der SMILE sozial GmbH per Ende April endet. Es wurde vereinbart, dass der Verein STI die drei Wohngruppen bereits ab April betreibt, dieser Übergang muss deshalb möglichst nahtlos und auch rasch erfolgen, um Betreuungsabbrüche bei den Kindern und Jugendlichen zu verhindern, gleichzeitig müssen die entsprechenden Kauf- und Mietverträge in Kraft treten. Ich ersuche Sie daher, dieser Regierungsvorlage die Dringlichkeit zuzusprechen. Danke. (Beifall)

Präsident: Bevor ich als Nächstem Herrn Klubobmann Hirz das Wort erteile, darf ich ganz herzlich in unserem Hause die Schülerinnen und Schüler der Berufsschule Attnang mit ihren Pädagoginnen und Pädagogen begrüßen, herzlich willkommen, ich wünsche ihnen einen interessanten Verlauf der Landtagssitzung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Gottfried Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Kinder- und Jugendhilfe leistet in Oberösterreich eine ganz wesentliche Arbeit für Kinder und Jugendliche, die in Notsituationen sind, sie leistet damit einen ganz wesentlichen gesellschaftlichen Beitrag, sie ist daher von der Politik auch dementsprechend zu unterstützen. Mit dem vorliegenden Antrag beabsichtigt das Land Oberösterreich die LAWOG zu

beauftragen, die Gebäudeinfrastruktur für sozialpädagogische Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bereit zu stellen. Es handelt sich dabei um eine Mehrjahresverpflichtung, daher ist auch der Oberösterreichische Landtag entsprechend damit zu beschäftigen, er hat es zu genehmigen, per Gesetz muss das Land Oberösterreich nach dem Jugendhilfegesetz die geeigneten sozialpädagogischen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Ich sage es gleich dazu, ich halte es für die strategisch richtige Entscheidung und Überlegung, dass das Land Oberösterreich die Infrastruktur für den Betrieb von Betreuungseinrichtungen dem eigenen Einflussbereich unterstellt. Die Trennung von der Bereitstellung der Infrastruktur und Durchführung der Betreuungsleistung hat meiner Meinung nach einen klaren Vorteil, erstens einmal, dass die Liegenschaft bei einem Betreiberwechsel für den Betreuungszweck weiterhin verfügbar ist, dass die betreuten Kinder entsprechende Kontinuität haben, was die räumliche Situation betrifft, und dass natürlich auch bei einer Einstellung der Tätigkeit durch den Betreiber der Wert der Liegenschaft in der öffentlichen Hand bleibt.

Ich möchte noch betonen, dass es hier nicht darum geht, dass hier Änderungen stattfinden sollen zu laufenden Verträgen und Betreibern, auch die Gebäude, die im Eigentum von Gebietskörperschaften, SHVs, von karitativ tätigen oder kirchlichen Einrichtungen sollen also so bleiben wie es ist, es ist eine Einzelfalllösung, die da vorgesehen ist. Konkret sollen vier Liegenschaften durch die LAWOG dieses Jahr erworben werden in Marchtrenk, Langenstein und Enns, Gesamtwert der Liegenschaften 1.260.000 Euro. Jetzt gehören die Liegenschaften der SMILE sozial GmbH, nach der Übernahme durch die LAWOG soll das dem Verein zur Förderung sozialpädagogischer und therapeutischer Initiativen weiter vermietet werden. Ich halte es auch für logisch, dass die LAWOG sagt, ich möchte aber eine Zusage über die entsprechende Nutzung der Betreuungseinrichtungen durch das Land Oberösterreich, dass sie das einfordert. Ich halte es auch für logisch, dass es eine bedingte Zusage zur Schad- und Klaglosstellung der LAWOG gibt, dass die auch von ihr eingefordert wird. Die vorliegende Mehrjahresverpflichtung regelt also im konkreten Fall das für die nächsten 25 Jahre, bei der Bedarfsplanung der Kinder- und Jugendhilfe aus heutiger Sicht geht man von einer gesicherten Auslastung für die nächsten zehn Jahre aus. Das heißt, das Risiko für das Land Oberösterreich hält sich eigentlich meiner Meinung nach in Grenzen.

Aber eine Frage habe ich schon noch an Euch oder an Sie. Man kann sich die Frage stellen, warum kauft eigentlich die LAWOG dieses Gebäude und nicht das Land Oberösterreich selbst, wenn das erklärte Ziel ist, dass man die Infrastruktur der Einrichtung in den Einflussbereich des Landes überführen möchte? Die Antwort ist jene, dass das natürlich zu tun hat mit einem Beschluss, den dieses hohe Haus gefällt hat, nämlich mit der Schuldenbremse. Weil wir keine Schulden machen dürfen, können wir auch diese Infrastruktur nicht entsprechend kaufen, wir brauchen mehr oder minder sozusagen eine Umgehungs konstruktion, damit wir das erfüllen können, was wir uns selbst auferlegt haben. Ich habe damals schon gesagt, es wird nicht nur immer Katastrophen geben, wo das außer Kraft gesetzt wird, sondern es soll auch eine eigene Entscheidung geben als Landtag, ob wir in bestimmte Bereiche investieren oder nicht.

Eine Anmerkung noch, ich hätte sicherlich diese Beilage auch gerne in einem Ausschuss noch beraten, aber ich akzeptiere die Begründung der Dringlichkeit, nämlich dass der jetzige Betreiber SMILE sozial GmbH mit 1.4.2020 an den Verein STI sozusagen übergibt, und daher werden die Wohngruppen mit 1.4.2020 übergeben. Insofern ist wirklich eine Dringlichkeit, wir werden der Dringlichkeit und natürlich auch dem Inhalt entsprechend zustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ulrike Wall.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich das Meiste gesagt, wir sind auch der Meinung, dass es grundsätzlich vernünftig ist, wenn das Land Oberösterreich die Infrastruktur für Betreuungseinrichtungen selber zur Verfügung stellt, es sichert eben den Einfluss auf die Infrastrukturkosten, wenn Umbaumaßnahmen oder Renovierungen notwendig sind. Es würde in diesem Fall, wenn es um eine Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung geht, sehr von Vorteil sein für die Kinder, wenn die Räumlichkeiten auch bei einem Eigentümerwechsel oder bei einem Betreiberwechsel weiterhin zur Verfügung stehen. Zwei Drittel der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen mit 50 Gebäuden befinden sich im Eigentum der öffentlichen Hand oder im Eigentum von karitativen oder kirchlichen Betreibern, da ist auch keine Änderung geplant. Ein Drittel wird privat betrieben beziehungsweise hat private Eigentümer, wenn auch hier keine generelle Umstellung vorgesehen ist soll eben im Anlassfall, wenn ein Umbau oder eine Adaptierung notwendig ist die LAWOG, wie wir gehört haben, die Liegenschaft ankaufen und an den privaten Betreiber dann vermieten. Es geht um die vier genannten Liegenschaften in einem Ausmaß über 1.260.000 Euro, dass die LAWOG das wirtschaftliche Risiko nicht selber tragen will, das ist verständlich, sollte doch einmal der Bedarf an Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen sinken und keine Nachnutzungsmöglichkeit sich ergeben, das Risiko ist allerdings beschränkt, wenn wir hören, dass laut Prognosen der Bedarf für die nächsten zehn Jahre gesichert ist. Dieses Risiko soll mit einer Förderung durch das Land Oberösterreich in Höhe zwischen 88.000 und 153.000 Euro für einen Zeitraum von 25 Jahren ausgeglichen werden. In Anbetracht der zeitlichen Komponente, weil eben mit 1.4.2020 bereits der Betrieb der genannten Kinder- und Jugendeinrichtung von der SMILE sozial GmbH übertragen wird auf den Verein STI und zeitgleich sollen die Kauf- und Mietverträge in Kraft treten. Wir unterstützen die Beilage nicht nur inhaltlich, sondern auch die Dringlichkeit. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Peter Oberlehner.

Abg. Bgm. **Oberlehner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben das Thema zu diesem Dringlichkeitsantrag wirklich sehr ausführlich behandelt, ich glaube, es ist wirklich so gut wie alles gesagt dazu. Die Frau Landesrätin hat die Fakten sehr, sehr gut dargestellt, Gottfried Hirz hat weitere Aspekte gebracht, denen ich mich auch nur anschließen kann, nämlich dass es hier auch um Sicherheit und Kontinuität geht, dass das Land hier diese Objekte übernimmt, wir damit auch gewährleisten können, dass es bei Veränderungen zu keinen Problemen in irgendeiner Form kommt.

Das einzige, wo ich mit dir, Gottfried, nicht ganz übereinstimme, das ist das Thema LAWOG, ich glaube, dass die LAWOG sehr wohl ein guter Partner für so ein Thema ist, dass wir hier als Land eine sehr, sehr gute Verbindung auch eingehen können. (Zwischenruf Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz: „Ich habe nicht gesagt, dass die LAWOG ein schlechter Partner ist, es geht darum, dass wir es selber machen!“) Du hast in Frage gestellt, ob es nicht auch ein System geben könnte, dass es das Land selber macht, ich glaube, dass das in Verbindung mit der LAWOG eigentlich dem gleich kommt, wie wenn wir es selber machen würden und der Partner so ein guter ist, dass es da keine irgendwelchen Sorgen geben kann, dass das nicht gut gehen kann und keine gute Sache werden wird.

Ich verstehe auch, dass die LAWOG diese Sicherheit braucht, das wurde auch schon gesagt, wenn ich vielleicht noch dazu sagen darf, von welchem Risiko reden wir eigentlich, das ist sehr, sehr gering. In zehn Jahren ist in diesen vier Liegenschaften höchstens zu erwarten, dass 88.000 Euro anfallen, nach 15 Jahren 109.000 Euro, nach 20 Jahren 131.000 Euro und nach 25 Jahren höchstens 153.000 Euro. Man geht davon aus, dass das gar nicht der Fall

sein wird, weil man ja doch hofft, dass diese Einrichtungen tatsächlich auch in dieser Zeit verwendet und entsprechend in Funktion sein werden.

In diesem Sinne kann auch ich für meine Fraktion nur sagen, dass wir sowohl inhaltlich diese Sache unterstützen, als auch der Dringlichkeit zustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals. Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1309/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1310/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1310/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Flexibilisierung der Berufsausübung in den Altenpflege- und Betreuungsberufen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1310/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Wall. Ich erteile es ihr.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Die demographische Entwicklung führt zu einem stetig steigenden Pflege- und Betreuungsbedarf. Es wird aber immer schwieriger, das dafür benötigte Personal zu finden. Eine der Möglichkeiten ist unseres Erachtens eine flexiblere Gestaltung der Berufsausübung in der Altenarbeit. Ich meine damit die Möglichkeit auch für nicht diplomiertes Personal, selbständig tätig zu sein. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Fachsozialbetreuer Altenarbeit, Pflegeassistent, Pflegefachassistent können derzeit gemäß dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz des Bundes nur unselbständig im Rahmen eines Dienstverhältnisses ihrem Beruf nachgehen. Eine freiberufliche Berufsausübung ist ausschließlich den Fachkräften des gehobenen Diensts für Gesundheit und Krankenpflege vorbehalten. Wir erwarten uns von einer Flexibilisierung, dass zum Beispiel bestehende Potenziale besser genutzt werden. Es gibt 30.000 Fachkräfte, wie wir wissen, die nicht im Pflegesystem aufscheinen. Die Freiheit, selbständig arbeiten zu können, würde den einen oder die andere Pflegekraft vielleicht zurückbringen in das System.

Wir denken auch an die Erleichterung von regionalen Initiativen. Zum Beispiel eine gemeindeübergreifende Tagesbetreuung, getragen von Ehrenamtlichen unter Aufsicht einer Fachkraft. Oder eine Landwirtin, die auf ihrem Hof die Ressourcen für soziale Dienstleistungen hat und bereit wäre, eine Pflegeausbildung zu machen, im Rahmen von Green Care sich ein zweites Standbein zu schaffen. Freie Bauern sind es gewöhnt, auch selbständig zu arbeiten. Vorzeigebeispiele gibt es zum Beispiel in Kärnten oder in der Steiermark, wo Altenbetreuungsleistungen auch in selbständiger Form erbracht werden. Derartige Projekte kann man weiterentwickeln und an die Gegebenheiten der jeweiligen Region anpassen.

Wir denken aber auch an Kostenersparnis. Wir wissen aus anderen Bereichen, dass es günstiger kommt, selbständiges Personal einzusetzen als angestelltes Personal.

Mehr Flexibilität bei der Berufsausübung von Fachkräften in der Altenarbeit ermöglicht neue Leistungsangebote. Ich bin überzeugt, dass selbständige Pflege- und Betreuungskräfte die

bestehende Angebotspalette, die wir bereits durch unsere Sozialorganisationen in den mobilen Diensten ja haben, entsprechend ergänzen können und einen wichtigen Beitrag zur bedarfsgerechten Versorgung unserer alten Mitbürger leisten.

Geschätzte Kollegen, wir vertrauen Säuglinge selbständigen Pflegemüttern an Kleinkinder selbständigen Tagesmüttern. Wir erwarten uns daher von der Bundesregierung, dass sie dieses Vertrauen auch den Pflegefachkräften entgegenbringt. Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung zur Dringlichkeit. (Beifall)

Zweiter Präsident: Bevor ich nun Kollegin Tausch ans Mikrofon bitten darf, möchte ich sehr herzlich die Berufsschule Attnang hier bei uns im hohen Haus begrüßen. Ich heiße sie herzlich willkommen und wünsche eine interessante Stunde hier im Oberösterreichischen Landtag. Nun darf ich Kollegin Barbara Tausch ans Mikrofon bitten.

Abg. **Tausch:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen im Oberösterreichischen Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Wenn wir an die demographische Entwicklung denken, können wir durchaus mit Freude feststellen, dass wir aufgrund unseres Wohlstands, der reichhaltigen und qualitativen Lebensmittelauswahl und der sehr guten Gesundheitsversorgung immer älter werden.

Die aktuelle Lebenserwartung liegt bei den Männern derzeit bei 79,3 Jahren und bei Frauen bei 84 Jahren. In 50 Jahren werden bereits 42 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre und 12 Prozent sogar älter als 80 Jahre sein.

Die Lösung der Pflegefrage wird hinsichtlich dieser Zahlen natürlich immer herausfordernder. Um den stetig steigenden Pflege- und Betreuungsbedarf zu decken, hat die neue Bundesregierung im Bereich der Pflege älterer Menschen zahlreiche wichtige Maßnahmen gebündelt. Es braucht hier einerseits große Lösungen, wenn man beispielsweise an eine nachhaltige Finanzierung der Pflege denkt. Es ist andererseits aber auch notwendig, an vielen kleinen Stellschrauben zu drehen, wie etwa bei der Unterstützung pflegender Angehöriger, der Weiterentwicklung des Pflegegeldes und insbesondere auch beim Personal und bei den Ausbildungs- und Berufsausübungsmöglichkeiten.

Die Festlegungen im schwarz-grünen Regierungsübereinkommen sind hier vielversprechend. Auch Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer hat bei der Übernahme der Landeshauptleutekonferenz deutlich auf die Pflegeproblematik hingewiesen und auch gesagt, hier muss unbedingt dringend etwas geschehen. Mit der vorliegenden Resolution wollen wir als Land Oberösterreich dem Bundesziel über die Flexibilisierung der Berufsausübung in den Altenpflege- und Betreuungsberufen Nachdruck verleihen.

Gemeint ist damit konkret, dass im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz ermöglicht werden soll, dass künftig auch Pflegeassistenten, Pflegefachassistenten und Fachsozialbetreuer Altenarbeit selbständig tätig sein dürfen. Denn derzeit ist die Selbständigkeit nur bei Fachkräften des gehobenen Dienstes möglich. Damit einhergehen soll auch eine Evaluierung der Befähigungen dieser Berufsgruppen sowie nötigenfalls eine Anpassung der Ausbildungen im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz.

Auch soll das Fördermodell der 24-Stunden-Betreuung für Betreuungsverhältnisse von zwei oder mehreren Personen bzw. auf Halbtagesbetreuungsangebote ausgeweitet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was würde das Mehr an Flexibilität bei der Berufsausübung von Fachkräften in der Altenarbeit bewirken? Es würde der Kostenersparnis dienen und weitere Leistungsangebote ermöglichen. Es würde bestehende Potenziale besser nützen, regionale Initiativen erleichtern, innovative Ideen entstehen lassen. Beispielsweise könnten, je nach regionaler Begebenheit, leerstehende Anwesen, Bauernhöfe, Gastronomiebetriebe und auch verfügbare Gemeinderäumlichkeiten durch alternative Halbtages- oder Tagesbetreuungsangebote entstehen. Also da gibt es durchaus ein reichhaltiges Angebot. Die Selbstständigkeit mit den einhergehenden innovativen Möglichkeiten ist wiederum eine Attraktivierung für das bestehende Personal.

Ich weiß, dieser Punkt, diese vorliegende Resolution wird den Pflegekräftemangel nicht zur Gänze lösen, jedoch ist es eines von vielen Mosaiksteinchen, was wir für unsere Pflegekräfte und für unsere Seniorinnen und Senioren tun können. Ich bitte daher um Zustimmung zur vorliegenden Resolution an den Bund, die Berufsausübung bei den Gesundheits- und Sozialberufen in der Altenarbeit zu flexibilisieren. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Peutlberger-Naderer.

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Sehr geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und auch die Damen und Herren vor dem Internet! Ja, wir brauchen mehr Pflegepersonal, das ist klar, und ja, wir haben als Politik Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Altenpflege- und Betreuungsberufe zu attraktivieren.

Nein zu freiberuflicher Berufsausübung in diesem Bereich. Und ich argumentiere das auch mit dem Vergleich, dass man nicht eine Altenpflege, die mehr oder weniger rund um die Uhr notwendig ist, mit Tagesmüttern vergleichen darf. Tagesmütter, das weiß ich aus eigener Erfahrung, da darf ich mein Kleinkind bis zu maximal 30 Wochenstunden hinbringen, und habe sozusagen die Restverantwortung natürlich und auch mein Kind zu versorgen. Wenn wir denken, dass ja viele Leute auch ein Familienmitglied pflegen und das mit mobiler Unterstützung machbar ist, ja, aber es ist ein Unterschied, ob ich einige Zeit ein Familienmitglied pflege, oder ob ich das zu meinem Beruf als Einzelperson mache.

Und wie sich die Unterzeichner dieses Initiativantrags vorstellen, soll es eben zu einer Kostenersparnis kommen, und das sehe ich insofern als fragwürdiges Ziel, weil das auf jeden Fall zu Lasten der meist Frauen geht, die sich dann, aus welchen Motiven auch immer, zu so einer freiberuflichen Berufsausbildung entschließen.

Es ist, und da bitte ich euch wirklich darüber nachzudenken, eine große Verantwortung, wenn wir als Politik Rahmenbedingungen schaffen und sagen, naja, das ist möglich und das ist möglich und machen wir es noch ein bisschen billiger. Es ist eine große Verantwortung, und ich sehe dann eine hohe Belastung für diese Einzelpersonen, und die sehen vielleicht selber die Grenze dann nicht so genau.

Und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind einfach gegen selbstausbeutende und unsichere Dienstleistungen dieser Altenbetreuung. Deswegen gegen die Dringlichkeit und auch gegen den Inhalt. Danke für die Aufmerksamkeit. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Völlig am Thema vorbei!“ Beifall.)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Ulli Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, ein spannendes Thema. Und was uns hier heraußen alle eint, dass wir hier einen besonderen Fokus darauf legen, das hat auch bei einer Diskussion vorher schon genauso stattgefunden, zu schauen, wie können wir das Pflegesystem, das Betreuungssystem sicherstellen?

Die Diskussion zeigt aber auch, dass wir immer zwei Sachen vermischen: Pflege und Betreuung. Pflege, in vielen Bereichen, gerade bei ganz schwer beeinträchtigten und schwer kranken Menschen ist etwas anderes und braucht andere Herausforderungen als die Betreuung, um eben auch den Tagesablauf gemeinsam zu gestalten, natürlich mehr als nur eine Heimhilfe. Also ich glaube, da muss man unterscheiden. Da haben wir alleine schon einmal zwei Gesetze. Eines ist ein Bundesgesetz, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, was im Antrag auch richtig erwähnt ist, wo eben genau diese Grenze gesetzt worden ist, was kann ich selbständig jemandem zumuten? Und auch da habe ich immer den Arzt auch noch bei den Hauskrankenpflegen zum Beispiel im Hintergrund, der einfach das auch noch kontrolliert und die Qualität versorgen muss.

Natürlich sind wir jetzt oft in Situationen, wo man sagt, eigentlich Institutionen, ja, haben wir nicht so viele da, gibt es auch die Möglichkeit andere Bereiche in der Betreuung auch auf selbständiger Basis zu machen? Da sind wir durchaus diskussionsbereit, weil wir auch bei den Regierungsverhandlungen, aber auch mit den Organisationen immer wieder geschaut haben, was sind denn so die Assets für jemanden, der den Beruf ergreifen will? Wo will er hin und was möchten sie denn machen?

Ich glaube, wenn man sich dem Antrag nähert, und wir werden auch der Dringlichkeit zustimmen, weil uns wichtig ist, dass das auf Bundesebene ehrlich diskutiert wird und weil wir da auch sehr viel Vertrauen in die Bundesebene haben, dass da in einer gemeinsamen Diskussion mit den Expertinnen und Experten das beste herauskommen wird. Man muss genau schauen, in welchen Bereichen wird geöffnet. Was darf und was kann denn dann die machen, welche Berufsausbildung, welche Qualifizierungen haben sie?

Ich glaube, da müssen wir auch noch ganz genau hinschauen, wie können wir diese besser verschränken, wie können wir das Sozialberufegesetz, das ist das zweite, auf was wir uns berufen müssen, was ja nur eine 15a-Vereinbarung ist, wo es überall ein bisschen Veränderungen gibt, wo nicht einmal das durchlässig ist zwischen den Bundesländern, wie können wir die besser verschränken und wie können wir gegenseitig da auch schauen, was können eben PflegefachassistentInnen in den Altenpflegeheimen machen, da haben wir auch schon einmal eine Resolution runtergeschickt, und da haben wir auch bei den Regierungsverhandlungen dahingehend auch ganz stark den Fokus draufgelegt. Aber umgekehrt, wie können auch Altenfachbetreuer/innen bzw. auch Behindertenfachbetreuer/innen in ein Regelsystem eingebunden werden? Also ich glaube, da muss man einfach auch schauen, es geht nicht nur um die Altenfachbetreuerin, sondern es geht einfach auch um die Behindertenfachbetreuer/innen, dass wir da einfach einen klaren Fokus haben, wie können wir das verschränken, damit wir nicht immer doppelt und dreifach die Strukturen haben?

Ganz wichtig ist auch, und das hat meine Vorrednerin Gisela angesprochen, die Frage der sozialen Absicherung der Tätigen. Weil das ist das Entscheidende. Wir wissen das jetzt schon, da rede ich noch gar nicht von der 24-Stunden-Pflege, sondern einfach auch alle, die im selbständigen Bereich sind. Es gibt ja einige Gesundheitsdienstleister, die selbständig arbeiten können, was das für eine Challenge ist, wie man da wirklich auch die soziale Absicherung gut

schaft, von den Betreuerinnen und Betreuern und wie diese auch in das System hineinpassen. Da geht es auch viel um Finanzierung. Wer zahlt das denn dann? Wie macht man denn das? Also wie kann man das auch gut händeln, damit das in das System, dass es auch versorgungswirksam wird? Weil sonst haben wir diejenigen, die es sich leisten können, und die kaufen sich eine Betreuungskraft zu, und andere, die haben die Möglichkeit nicht, die sind auf ein allgemeines System angewiesen.

Ich glaube, da muss man aufpassen, dass einerseits nicht für die Kundinnen und Kunden ein Problem entsteht, aber vor allem, und das ist uns allen glaube ich auch gemeinsam wichtig, ein gutes Arbeitsumfeld für die dort Tätigen sein. Wir wissen es, bei der mobilen Betreuung sowohl im Altenbereich wie auch in der Hauskrankenpflege, dass es eine riesen Herausforderung ist, dass es ganz schwierig ist, da Leute zu finden, weil sie eben auf sich allein gestellt sind und das oft auch eine Überforderung ist.

Und, obwohl es da auch eine Struktur dahinter gibt, aber trotzdem der direkte Kontakt mit den Patientinnen und Patienten ist dort.

Und der vierte Punkt, der mir ganz wichtig ist, oder der dritte Punkt, ist die Qualitätskontrolle. Wer kontrolliert? Wie wird die Qualität von der Ausbildung hin bis zur Betreuung, wie schaut man dort hin? Es gibt eine aufsuchende Kontrolle, alle die Pflegegeldbesitzer sind, weiß ich, habe ich jetzt mittlerweile mitbekommen auch bei meiner Tochter, kommt eine Kontrolle, die nicht nur eine Kontrolle ist, sondern vor allem auch ein Service ist. Und ich glaube, das müssen wir auch dann in dieser Hinsicht nutzen. Wir möchten es nicht nur im Sinne der Kostenersparnis denken, sondern wirklich im Sichern der sozialen Betreuung und Pflege unserer Menschen, die es bedürfen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt nun keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1310/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1311/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1311/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf Kollegen Rathgeb bitten, ans Mikrofon zu kommen.

Abg. Bgm. **Dipl.-Ing. Rathgeb:** Geschätzter Herr Präsident, hohes Haus, werte Zuhörer/innen auf der Tribüne und im Live-Stream! Der Dringlichkeitsantrag umfasst drei Punkte. Einerseits die behördliche Arrondierung von Jagdgebieten. Zweitens einen klar definierten Rahmen für den Einsatz von Nachtzielgeräten und damit in Verbindung auch eine Anhebung des Strafrahmens bei der Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorgaben.

Wenn wir zum Punkt eins schauen, behördliche Arrondierung, also Abrundung von Jagdgebieten, diese wurde ja 2016 wegen Deregulierungsmaßnahmen außer Kraft gesetzt. Die Praxis hat aber gezeigt, dass hier der Bedarf von behördlichen Arrondierungen gegeben ist. Daher wird diese behördliche Arrondierungsmöglichkeit wieder geschaffen. Das geht primär um Flächen, wo kein Einvernehmen zwischen den Jagdtausübungsberechtigten

zustande kommt, trotzdem aber eine ordentliche Jagdausübung kaum oder nur sehr schwer möglich ist. Das sind wenige Fälle, fünf bis zehn in Oberösterreich, doch für diese ist es eine Lösung.

Im Weiteren wird auch eine Übergangsbestimmung für bestehende behördliche Arrondierungen geschaffen, wenn eben mangels einer Einigung ebenfalls hier Lösungen notwendig sind.

Der Punkt zwei betrifft die Verwendung von Waffen mit Visiervorrichtungen für das Schießen bei Nacht, also konkret elektronische Bildverstärker oder auch Bildumwandler. Hier steht im Fokus eine Wildart, die sehr lernfähig ist, im Übrigen auch gut schmeckt, vor allem aber auch große Herausforderungen mit sich bringt, nämlich das Schwarzwild. Die Wildsau und die Zunahme von Schwarzwild ist europaweit ein Phänomen, das auch vor unseren Grenzen nicht Halt gemacht hat. Sie stellt eben genau die Landwirtschaft, aber auch die örtliche Jägerschaft und insgesamt die Gesellschaft vor große Herausforderungen, wie ich kurz ausführen darf.

Ziel ist es, diese Schwarzwildausbreitung durch effektive Bejagung mit dem Blickwinkel auf eine Seuchenprävention und eine Schadensverminderung abzusenken, vor allem im Hinblick auf die jüngsten Ausbrüche der afrikanischen Schweinepest. Auch vom Corona-Virus haben wir heute schon einiges gehört, das natürlich Betroffenheit und Ängste erzeugt. Die afrikanische Schweinepest gibt es in unserer Nähe, in Ungarn, in Polen, nicht weit entfernt von Österreich, und das erfordert eine präventive Schwarzwildbejagung auch bei uns. Es ist eine höchst ansteckende Tierseuche, die sowohl den Wild- aber auch den Hausschweinebestand betreffen kann. Wenn man sich die Auswirkungen ansieht, was alleine in China oder in anderen Kontinenten passiert, dann wird einem klar, dass hier Handlungsbedarf gegeben ist.

Das Virus ist zwar nicht auf den Menschen übertragbar, aber bei Wild- und Hausschweinen meist tödlich. Klar ist, immer wenn der Schwarzwildbestand steigt, steigt auch das Risiko des Ausbruchs dieser Tierseuche mit erheblichen Schäden für die heimische Landwirtschaft, die Wirtschaft insgesamt und vor allem auch für die Verbraucher. Wir haben daher, neben Warnungen von Jagdreisen in befallene Gebiete, einen besonderen Informationsfokus insbesondere auch darauf gelegt, dass entsprechende Hygienemaßnahmen, Biosicherheitsmaßnahmen zu beachten sind, dass Meldungen erfolgen, sobald verendete Wildschweine aufgefunden werden und nicht zuletzt, und hier bin ich wieder beim Antrag, dass auch der rechtliche Rahmen so angepasst wird, dass eine Ausbreitung der Tierseuche möglichst schnell unterbunden und eine rasche Eindämmung vorangetrieben werden kann.

In Oberösterreich hat sich der Schwarzwildbestand, nur dass man ein Gespür bekommt, in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt. Es gibt gebietsweise erhebliche Schäden. Es sind auch hier in diesem Haus durchaus Mandatäre, denke ich, die mit dem befasst waren und diese Hotspots, wie Vöcklabruck, Braunau und an der Grenze zu Tschechien kennen. Deutschland kann unter Ausnutzung aller Jagdmethoden, ob das ein Ansitz ist, revierübergreifende Bewegungsjagden sind, Frischlingsfallen, der Schalldämpfer, den wir hier herinnen erlaubt haben, aber jetzt auch die Nachtzieltechnik ist, bis hin zu elektrischen Zäunen, agieren.

Es ist wichtig, dass die Sicherheit selbstverständlich obersten Gebot ist, die Lebenssicherheit von Menschen nicht gefährdet wird und die Ruhe und Ordnung auch nicht gestört wird. Das ist auch gesetzlich vorgesehen, diese Verantwortung wird die oberösterreichische Jägerschaft natürlich weiterhin wahrnehmen.

Zur Seucheneindämmung soll der Einsatz von Nachtsichtgeräten generell erlaubt werden. In allen anderen Fällen braucht man eine spezielle Ausbildung, muss mindestens drei Jahre im Besitz einer gültigen Jagdkarte sein oder die schriftliche Zustimmung des jeweils Jagdausübungsberechtigten haben und das Ganze auf vier Jahre beschränkt.

Abschließend sage ich ein herzliches Danke an die Jägerschaft, vertreten durch Landesjägermeister Herbert Sieghartsleitner, an die Kammer und alle Grundeigentümer, vertreten durch Präsidentin Langer-Weninger, und natürlich auch an die Abteilung Land- und Forstwirtschaft, die das begleitet und auch federführend bei der Schwarzwildausbreitung in Oberösterreich, dem Leitfaden für die Strategie zur Schadensminimierung, war, namentlich Hofrat Hubert Huber, Frau Mag. Kopecky, ich weiß nicht, ob sie hier sind, und natürlich unserem zuständigen Jagd- und Agrarreferenten Hiegelsberger. Vielen Dank! (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Oberösterreichische Jagdgesetz wird ja heute gleich zweimal geändert. Einerseits haben wir Änderungen gemeinsam mit der Neuerlassung des Fischereigesetzes und der Umsetzung der Aarhus-Konvention, das diskutieren wir dann bei den Verhandlungsgegenständen, und andererseits haben wir heute den hier vorliegenden Vorschlag, der dringlich, als Initiativantrag, in den Landtag gekommen ist.

Es sind drei Punkte, die geändert werden sollen. Der erste Punkt ist die Arrondierung, die ja erst 2016 unter den schwarz-blauen Deregulierungsbestrebungen abgeschafft worden ist und jetzt wieder eingeführt werden soll, wenn es keine Einigung zwischen den Jagdausübungsberechtigten und den benachbarten Jagdgebieten gibt. Ich glaube, das ist ein kluger Vorschlag. Das heißt aber auch letztendlich und ist auch ein Beweis dafür, dass nicht jede Deregulierungsmaßnahme automatisch eine ist, die Sinn macht bzw. nicht überall, wo Deregulierung drauf steht, steckt automatisch eine Verwaltungsvereinfachung drinnen. Ich glaube, dass das etwas ist, was wir in Zukunft auch ein bisschen mitbedenken sollten.

Das Zweite ist die Anhebung des Strafrahmens von 2.200 Euro auf 10.000 Euro bei Verwaltungsübertretungen. Das halte ich für positiv, vor allen Dingen, wenn es schwerwiegende Übertretungen gibt, also Abschuss von streng geschützten Tieren, Abschuss in der Schonzeit, wenn Giffallen aufgestellt werden, wenn also illegale Fallen aufgestellt werden, dann ist es wirklich berechtigt, hier höhere Strafen zu verhängen.

Der dritte Punkt ist eigentlich der, warum wir heute hier diese Änderung vornehmen, nämlich die Verwendung von Nachtsichtgeräten zur Bejagung von Schwarzwild, kurz Wildschweinen. Begründet wird das mit der afrikanischen Schweinepest. Die Nachtsichtgeräte sollten meiner Meinung nach deshalb auch erlaubt sein, weil erstens einmal jetzt schon die Nachtjagd erlaubt ist, sich das Schwarzwild schwer bejagen lässt, in der Dunkelheit auch schwer zu erkennen ist und außerdem, du hast es schon gesagt, es sehr kluge Tiere eigentlich sind. Insofern ist mir wichtig, dass die Jäger gut sehen, weil ich froh bin, wenn sie einen gezielten Schuss abgeben können und eigentlich das auch sozusagen im Sinne der Weidgerechtigkeit ist.

Die gesetzlichen Bestimmungen sind, dass bei einem tatsächlichen Ausbruch der Schweinepest der Einsatz der Nachtsichtgeräte generell erlaubt ist. Abgesehen vom Seuchenfall gibt es Einschränkungen, die sind schon erwähnt worden, die Jagdkartenbefristung auf vier Jahre, Zustimmung des Jagdausübungsberechtigten. Ich halte das für klug und gescheit. Außerdem werden diese Einsätze auch wissenschaftlich begleitet.

Das heißt, ich unterstütze die Möglichkeit der Verwendung von Nachtsichtgeräten und ich glaube auch, dass es klug ist, dass man bei einem tatsächlichen Ausbruch der afrikanischen Schweinepest auch gleich entsprechende rechtliche Regelungen hat. Ich begrüße auch die Einschränkungen. Mir ist wichtig, dass die Verwendung auf das Schwarzwild begrenzt bleibt. Es ist ja so, dass, wenn es widerrechtlich verwendet wird, eine Verwaltungsstrafe bis zu 1.000 Euro vorgesehen ist. Das finde ich auch richtig. Ich möchte dazusagen, dass es auch sehr viele kritische Stimmen gibt. Es ist nicht so gewesen, das ist super, das geht quer durch die Parteien in Europa.

Ich möchte schon noch eine Kritik anbringen, und zwar an der Vorgangsweise. Wir haben hier keine Beratungen im Ausschuss, wir haben keine Möglichkeit, die Experten zu hören, es hat keinen Begutachtungsentwurf gegeben. Daher konnten die Bürgerinnen und Bürger, die NGOs auch keine Stellungnahmen abgeben. Wir haben gerade vor nicht ganz einem Jahr die Verwendung der Schalldämpfer beschlossen. Auch da hat es kein Begutungsverfahren gegeben, und es war ein Initiativantrag. Ich glaube schon, dass wir eigentlich die Bürgerinnen und Bürger mitreden lassen sollten. Ich heiße diese Praxis nicht für gut. Somit habe ich diesen Protest bekundet und wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Ing. Graf.

Abg. ÖkR **Ing. Graf:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher! Lieber Gottfried Hirz, ich gebe dir Recht, wesentlich ist, dass wir die angesprochene Verwendung von Nachtsichtgeräten oder Zielhilfen bei Nacht auf Schwarzwild beschränken. Aber ich gehe auch davon aus und bin überzeugt, dass uns allen hier herinnen klar ist, dass die aktuelle Seuchengefahr der afrikanischen Schweinepest, die vom Schwarzwild ausgeht, eine intensivere Bejagung erfordert, um ihre Population, die heute schon angesprochen wurde, auch entsprechend einzudämmen.

Dass bei diesem Nachkommen unserer Aufgabe der Jägerschaft wir zunehmend an unsere Grenzen der Möglichkeiten stoßen, ist auch Tatsache, weil, wie gesagt, Schwarzwild besonders stark auf die störungsintensiven Lebensverhältnisse reagiert, die inzwischen in ihrem Wildbiotop herrschen und daher durch die daraus folgende ausschließliche Nachtaktivität von Schwarzwild besondere Herausforderungen bestehen und automatisch eine Bejagung eben vorwiegend bei Nacht notwendig macht. Dabei sollten wir uns durchaus der möglichen technischen Hilfsmittel bedienen. Das sind einmal Nachtsichtgeräte. Wir müssen uns schon vor Augen führen, dass es darum geht, dass die Jagd, die einen öffentlichen Auftrag zur Erhaltung des Wildgleichgewichtes bzw. gegenüber der gesamten Kulturlandschaft hat, hier dieses Gleichgewicht zu erhalten. Das ist keine Kleinigkeit. Das sagt sich zwar sehr leicht, aber es ist ein gewaltiger Auftrag, der ein gewaltiges persönliches Engagement der Jägerschaft bedarf und vor allem auch Leidenschaft. Denn glauben sie mir, bei Nacht sich hinaus zu sitzen und zu hoffen, erfolgreich Schwarzwild zu bejagen, ist nicht immer lustig, aber im Sinne unseres öffentlichen Auftrags einfach notwendig. Wir beklagen uns nicht, aber es muss eben auch die Möglichkeit geben, das vernünftig durchzuführen.

Zum zweiten Thema dieser anstehenden Jagdnovelle, die angesprochene Arrondierung von Jagdgebieten, gibt es einen Anpassungsbedarf. Das ist ganz klar, weil wir in den letzten drei Jahren gesehen haben, dass der an sich richtige Vorgang, das außerbehördlich zu regeln, ein guter ist, aber es immer wieder unter manch beteiligten Jagdgesellschaften letztendlich zu keiner Einigung bei den Arrondierungsverfahren kommt und daraus würde eine erschwerte Bejagungssituation erfolgen. Das wollen wir alle nicht, auch wieder im Sinne unseres öffentlichen Auftrages, und deswegen soll diese zusätzliche Lösung per Behörde und per

behördlichen Bescheid durchaus wieder gegeben sein, und das wollen wir natürlich unterstützen.

Abschließend freue ich mich, wenn meine Anregung vom Dezemberlandtag bezüglich Nachtsichtgeräten heute auf fruchtbarem Boden fällt. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Peutlberger-Naderer, auch eine Jägerin.

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Geschätzter Herr Präsident! Tatsächlich bin ich keine Jägerin, aber ich interessiere mich natürlich für die Jagd und alles, was damit zu tun hat. Wir von der sozialdemokratischen Fraktion werden der Dringlichkeit auch zustimmen und zwar aus mehreren Beweggründen. Einmal haben meine Vorredner, besonders die Jäger darunter, mit sehr viel Expertise und Wissen aufgetischt, und wir haben ja auch in den verschiedenen Gremien des Landes bis hin zu den Bezirksjägertagen viel Expertenwissen, das präsentiert wird. Wir sehen auch den Umstand, dass, wenn man sich eines Nachtsichtgerätes bedient, man dann eine gewisse Sicherheitsfrage bedient. Uns ist das natürlich auch lieber, wir können absichern, dass der Jäger das Ziel auch erkennt und dass es nicht zu irgendwelchen tragischen Unfällen kommt, alleine schon aus dem Sicherheitsaspekt.

Es sei mir erlaubt, mit ein bisschen Schmunzeln, ich habe nachgefragt, und es gibt anscheinend in den Jagdgeschäften keine Nachtsichtgeräte zu kaufen, weil viele Jäger in ihrer Leidenschaft natürlich auch die modernste technische Ausrüstung und sozusagen für den Notfall der Wildschweineplage gerüstet sein wollen. Ich danke natürlich den Jägern und auch Jägerinnen, die es immer mehr gibt in unserem Lande, dass sie diesem öffentlichen Auftrag der Bejagung nachkommen. Ich habe auch mit dem Bezirkshauptmann unseres Bezirkes Linz-Land gesprochen, der bezüglich der Arrondierung diese bürokratische Hürde gerne trägt. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1311/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie die Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1316/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1316/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Verhinderung der Einrichtung von Atommülllagern in Grenzregionen. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Ich darf Präsidentin Weichsler-Hauer an das Mikrofon bitten.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Vielen Dank, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein wichtiges Thema, das wir hier dringlich zu behandeln haben. Ich denke, es ist ihnen genauso gegangen vor einigen Wochen, als wir erfahren haben, dass es schnelle und rasche Bestrebungen gibt, ein entsprechendes Endlager auch im deutschen Raum zu bauen. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Warum ist die Dringlichkeit so hoch? Weil natürlich alle einen entsprechenden Druck darauf haben, endlich einen geeigneten Endlagerort zu finden. Sie wissen, gerade in Tschechien wird seit 2017 entsprechend gesucht und aus mehreren Standorten ist zumindest die Perspektive

für heuer, dass zwei Standorte ausgewählt werden sollen. Dies wurde uns einmal angekündigt. Wir werden nächste Woche im zuständigen Antiatomgespräch mehr dahingehend erfahren. Aber die Gefahren, die davon ausgehen, dass ganz plötzlich an unseren Grenzen und mittlerweile auch in Deutschland, in Bayern, entsprechende Endlager entstehen sollen, sind deswegen so groß, weil bis dato es klar war, dass das dort entsprechende Gestein und die entsprechende Umgebung und der Untergrund nicht geeignet sind für Atomendlager.

Jetzt plötzlich sehr wohl ein Ansinnen in den Raum gesetzt wurde, naja, wenn wir sozusagen auch entsprechend die Container besser ausführen und hier bessere technische Voraussetzungen schaffen, dann wäre es durchaus auch denkbar und möglich, hier an unsere unmittelbaren Grenzen, das bis jetzt als gefährlich und nicht machbar eingestufte Gestein dafür verwendet werden könnte, dass die Atomendlager entstehen.

Wir diskutieren das in Oberösterreich schon seit längerer Zeit und ich sage auch deswegen, dass es einen Druck darauf gibt. Das erste Atomkraftwerk ist in Deutschland 1957 in Betrieb gegangen. Und Deutschland hat ja beschlossen, dass bis Ende 2022 der restlose Ausstieg erfolgen soll. Sechs oder sieben Atomkraftwerke sind im Moment noch am Netz. Das heißt, ich gehe davon aus, dass Deutschland das auch einhalten wird und entsprechend auch bis Ende 2022 abgestellt haben wird. Auf der anderen Seite kennen wir die Überlegungen und auch die Maßnahmen in Tschechien, wo der Druck, neue Kernkraftwerke bzw. neue Reaktoren entstehen zu lassen, ein immer größerer ist, und diese Gefahr potentiell rund um Oberösterreich ist.

Ich habe Ihnen schon einmal erklärt, wie schnell verunreinigtes Wasser bei uns in der Donau, mitten in unserer Landeshauptstadt landet. Das ist eine ganz, ganz kurze Zeit, das können wir nachrechnen. Und wir können mit diesen Dingen noch gar nicht wirklich umgehen. Und aus diesem Grunde braucht es einen gemeinsamen Schulterschluss. Einerseits muss Oberösterreich alles Mögliche tun, um seine Nachbarn, sowohl in Deutschland als auch in Tschechien, hier zu einem Umdenken zu bewegen. Auf der anderen Seite natürlich auch die Bundesregierung, die ja auch ein Partner dafür ist. Aber was wir brauchen, ist, es muss eine europäische Lösung dafür geben.

Es ist keine Maßnahme, die wir alleine, bilateral machen können, sondern hier brauchen wir auch die Europäische Union dazu, weil, und ich sage es auch immer wieder dazu, der Ausstieg aus dem EURATOM und ähnlich die dort vorhandenen Gelder bzw. auch jährlich eingestellt, bezahlten Gelder umzudenken oder umzuleiten sind und zwar für Ausstiegsszenarien und für vernünftige Lösungen, was auch Endlagerungen betrifft. Also ein klares Nein zu Endlager, Atomendlager an unseren oberösterreichischen Grenzen. Aber klar ist natürlich, dass hier Europa dringendst am Zug ist. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ecker.

Abg. ÖkR **Ecker:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns in diesem Raum einig, dass wir ein Endlager entlang der österreichischen Grenzen verhindern wollen und dass wir dagegen auftreten. Seitens der ÖVP haben wir das ja schon immer hier auch erklärt und mit einigen Resolutionen auch unterstützt. Aber nichtsdestotrotz wollen wir auch heute den gemeinsamen Antrag unterstützen und auch diesen Beschluss fassen gegenüber dem Bund und gegenüber der EU, dass es hier diese Endlager entlang der österreichischen Grenzen nicht geben darf.

Im Endeffekt sind wir umzingelt von Atomkraftwerken. Diese Atomkraftwerke sind noch teilweise im Betrieb, obwohl Deutschland den stufenweisen Ausstieg von der Atomenergie bis 2022 abgeschlossen haben sollte. Und dieser Beschluss wurde 2011 gefasst und 2019 wieder erneuert. Zurzeit stehen neun Reaktoren still und sieben sind noch im Betrieb. Im Endeffekt sind natürlich auch bei den Abbrucharbeiten Materialien, die immer wieder verseucht sind, zu deponieren. Und daher wird auch dort weiterhin das Problem auftreten, wo neue Lager zu suchen bzw. zu finden sind.

In Tschechien, haben wir schon gehört, ist ja der Ausbau der Atomkraft nach wie vor ein Thema. Hier wird auch geschaut, wie können in Zukunft Atomkraftwerke wieder gebaut werden. Zurzeit ist die Situation so, dass es in finanziellen Gegebenheiten daran scheitert und dass auch die Laufzeitverlängerungen der alten Atomkraftwerke für uns ein Problem darstellen. Aber die Frage der Lagerung des Atommülls ist auch dort noch nicht geklärt. Unsere ÖVP-Ministerin Elisabeth Köstinger bezeichnet das Vorhaben in Tschechien als massiv bedenklich. Der Ausbau der Atomenergie würde den Ausbau erneuerbarer Energie natürlich auch behindern. Österreich ist das einzige Land, das den Kampf gegen die Nutzung von Atomkraft als zentrales, nationales Interesse definiert und mittels Klagen auf europäischer Ebene dagegen vorgeht.

Vielleicht noch ganz kurz zur Lagerung von Atommüll. In Europa allein lagert über 60.000 Tonnen radioaktiver Abfall, der in Zwischenlager zurzeit gelagert wird. Diese Zwischenlager sind aber für eine langfristige Nutzung nicht konzipiert. Und daher wird es notwendig sein, dass hier in diesen Bereichen auch Endlager irgendwo zu suchen sind.

Ich darf noch hinweisen, dass Atommülllager in den Grenzregionen, zum Beispiel in Tschechien, in Dukovany 55.000 Kubikmeter zurzeit lagern, in Hostinné in Tschechien 1.690 Kubikmeter Atommüll, in Slowenien 9.400 Kubikmeter, in der Slowakei 22.300 Kubikmeter. Also das sind Mengen, die natürlich entlang der Grenze jetzt schon problematisch sind und in den nächsten Jahren natürlich durch die Abbrüche von Atomkraftwerken wesentliche Mengen noch dazu kommen.

Bis Ende der Lebensdauer könnten die Reaktoren bis zu 6,6 Millionen Kubikmeter Atommüll produzieren. Das heißt, das Zwischenlager ist auch schon eine Gefahr, aber das Endlager hat natürlich das Problem, dass es auf Jahrhunderte, ja nicht bis zu einer Million Jahre völlig abgeschirmt werden müsste und es natürlich praktisch unmöglich ist, diese Lager auch zu schützen bzw. auch unseren Vorstellungsmöglichkeiten das gar nicht so entgegenspricht.

Die aktuelle Suche nach Atommülllagern ist in Deutschland im Gange und es wurde sogar eine Bundesgesellschaft für Endlager gegründet, wo Standorte auch hier gesucht werden. Bis 2031 soll eine Lösung der Lagerung des Atommülls in Deutschland stattfinden und ich hoffe, dass sich der Herr Ministerpräsident Söder durchsetzt, der sich vehement gegen ein Atommülllager in Bayern ausspricht.

In Tschechien ist die Situation genau so, dass auch hier ein Endlager gesucht wird und hier auch dementsprechend die Endlager bis 2065 auch gefunden werden sollen bzw. in Betrieb gehen oder schon eingelagerter Atommüll vorhanden ist. (Präsident: „Herr Kollege Ecker, darf ich auch dich bitten, zum Ende zu kommen!“)

Ja, gerne. Unsere Forderung zum Abschluss ist natürlich wichtig und das darf ich noch kurz erklären. Es dürfen keine Einrichtungen von Atommülllagern in grenznahen Regionen errichtet werden, verpflichtende grenzüberschreitende UVP-Verfahren sind unbedingt notwendig und

die Verlängerungen der Atomkraftwerke müssen auch in Zukunft UVP-pflichtig werden und die Errichtung von Atom Mülllager im Hinblick auf die oberösterreichische Sicherheit in grenznahen Regionen verboten werden. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Cramer.

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen hier im Landtag! Weltweit wird intensiv nach Endlagern gesucht und auch geforscht. Und es ist auch notwendig, denn, es ist ja vorhin schon angesprochen worden, der täglich anfallende Müll aus den Reaktoren wird jedes Mal mehr und harret einer Lösung. Die Frage, und das ist auch der Grund, warum man so vehement, auch wir so vehement gegen die Atomkraft auftreten, dass dieses Problem, wenn man es ganz nüchtern und sachlich betrachtet, eigentlich nicht lösbar ist.

Denn eine Sicherheit über tausende, ja vielleicht sogar Millionen von Jahren zu gewährleisten, ist menschenunmöglich. Das heißt, es müssen Lager gefunden werden, die eine zumindest so weitgehende Sicherheit bieten, dass sie den schlimmsten anzunehmenden Gau, der passieren könnte, zumindest weitgehend ausschließen. Dass das eine Herausforderung ist, die nicht leicht ist, das kann sich jeder vorstellen. Nichtsdestotrotz ist es notwendig, dass es passiert.

Die Forderung, die hier, glaube ich, eindeutig erhoben werden muss, ist, dass wir all jene angedachten Lagerstätten, von denen man jetzt schon weiß, dass sie mit einer großen Wahrscheinlichkeit irgendwann zu einem Freisetzen dieser radioaktiven Strahlung führen kann oder wird, ausschließen. Und ob es möglich ist, Lagerstätten zu finden, die das also zumindest über eine menschlich vorstellbare Zeit garantieren, werden wir sehen. Und wir können es nur hoffen, denn die Alternative hieße ja, diese Zwischenlager in perpetuum ewig fortzuführen, was ja mit Sicherheit auch keine Lösung ist.

Was wir natürlich fordern können, und da sind wir uns auch alle einer Meinung, dass wir als Land, in dem wir von Anbeginn an ja Atomkraft abgelehnt haben, nicht sozusagen bestraft werden dafür, dass wir in unserer unmittelbaren Nähe jene Lagerstätten errichten, von denen wir jetzt schon wissen, dass sie diese Forderungen, die ich vorhin genannt habe, nicht erfüllen.

In diesem Sinne sind wir für diesen Antrag. In diesem Sinne hoffen wir, dass es gelingt, nicht nur aus dieser Technologie auszusteigen, die, wie wir wissen, nicht beherrschbar ist, und diese Erkenntnis hat sich leider weltweit noch nicht so richtig durchgesetzt, zumindest bei einigen nicht. Aber dennoch gilt es mit aller Vehemenz daran zu arbeiten, diese Erkenntnis auch bei jenen Ländern durchzubringen, die heute noch meinen, es gäbe keine Alternative zur Atomkraft.

Wir sind für diesen Antrag und ich hoffe, dass wir, dass die Bundesregierung, aber auch die Europäische Union es schaffen, hier vernünftige Lösungen zu finden im Sinne derer, die in weiter Zukunft, unsere Enkel und Urenkel und noch weiter hinaus, damit nicht betroffen sind. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir durchkommen. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ulli Böker.

Abg. **Böker:** Dankeschön. Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuseher/innen! Ich möchte einen Blick zurück in die Geschichte werfen, weil im April 1972 erfolgte der Spatenstich für das Atomkraftwerk Zwentendorf. Ich kann mich

relativ gut erinnern, bin doch leider oder Gott sei Dank schon ein etwas älteres Semester. Aber nach vier Jahren Bauzeit, ja, das stimmt. (Zwischenruf Abg. Bgm. Raffelsberger: „Ja, ja!“) Nach vier Jahren Bauzeit ist es auch tatsächlich fertiggestellt worden.

Aber ab dem Jahr 1975, und das war das Jahr, wo ich mein erstes Kind bekommen habe, kam es jedoch zu starken Protesten gegen das Atomkraftwerk. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.) Und ich war auch eine davon, die damals mit meinem kleinen Baby sozusagen mitprotestiert hat und ich war die Erste im Gemeindeamt, die dagegen unterschrieben hat, was manchen nicht so gefallen hat, weil sie geglaubt haben, dass ich dann auf jeden Fall gegen die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes bin.

Auf der einen Seite standen damals die Atomgegner, auf der anderen aber die Mächtigen dieses Landes und das war die SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky, die Gewerkschaft, die Industrie und auch die Handelskammer. Und Bruno Kreisky beschloss, das Volk über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes abstimmen zu lassen. Doch dieser Schuss ging nach hinten los. Und am geschichtsträchtigen 5. November 1978 verlas der damalige Innenminister Lanc das überraschende Ergebnis, dass es zwar mit einer knappen Mehrheit, nämlich 50,47 Prozent die Menschen Nein zu diesem Kernkraftwerk sagten. Somit war Zwentendorf Geschichte und hat auch in der politischen Landschaft einiges ins Wanken gebracht. Und ich möchte schon darauf hinweisen, dass gerade wir, diese grüne Partei eine ihrer Säulen in dieser starken Anti-Atombewegung hat, das heißt, seit knapp 50 Jahren engagieren uns wir Grüne für eine atomkraftfreie Energieproduktion.

Österreich hat aber nicht nur in der Politik und in der Bevölkerung nein gesagt, es hat auch eine ganz starke engagierte Zivilbevölkerung, die sich vor allem im Verein Atomstopp, atomkraftfrei leben, für dieses atomkraftfreie Österreich einsetzt. Und stellvertretend für alle Engagierten möchte ich hier zwei Namen nennen, die sich in der Anti-Atombewegung unglaublich verdient gemacht haben. Das sind Mathilde Halla und Friedrich Witzany, und beide haben auch bei dem Film mitgemacht, der heißt „Atomlos durch die Macht“. Den kann ich nur allen empfehlen. Da geht es um die Geschichte. Da geht es um die Gefahren. Und es ist wirklich interessant, sich diesen Film einmal genauer anzusehen.

Österreich hat sich gegen Atomkraft entschieden, und diese klare Haltung muss sich auch dadurch manifestieren, dass wir unsere Bevölkerung vor den davon ausgehenden Gefahren schützen. Atommülllager in der Kerntechnik bedeuten, und ich glaube, das ist eh schon gesagt worden, aber ich möchte es noch einmal betonen, radioaktive Abfälle auf ewig zu vergraben. Und die langen Halbwertszeiten, wir wissen es, von denen gehen extrem lange, lange, lange Zeitgefahren aus. Und es gibt weltweit keine sichere Lösung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Es will niemand diesen strahlenden Müll haben. Die Verantwortung wird einfach zukünftigen Generationen hinterlassen, und hier ist gemeinsam weltweit, europaweit, wir Österreicher alleine können das nicht, eine Lösung zu suchen. Und das geht auch in die Richtung, dass wir endlich aufhören, Atomkraftwerke zu bauen.

Aktuell gibt es nun fortgeschrittene Planungen in Deutschland und auch in Tschechien für Atommülllager in Grenznähe zu Oberösterreich. Dass diese Standortüberlegungen in Grenznähe zu Oberösterreich überhaupt möglich sind, liegt an der Lockerung der Kriterien für Atommülllager, in denen auch Gestein kommt, das nicht absolut wasserdicht ist. Und somit sind wir nun in Grenznähe zu Oberösterreich, und wir Grüne treten jahrzehntelang schon ein gegen Atomkraft, und wir werden uns auch dafür einsetzen, dass in den Grenzregionen zu Österreich und jetzt konkret zu Oberösterreich keine Atommüllzwischenlager und auch keine Atommüllendlager errichtet werden.

Und es ist sehr schön, dass wir hier einen Schulterschluss geschafft haben, wo wir einen Allparteien-Antrag haben, mit dem wir die Landes- bzw. Bundesregierung auffordern, sich genau dafür einzusetzen, und wir nehmen selbstverständlich diese Dringlichkeit an. Vielen Dank. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt nun keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1316/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1317/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1317/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend bessere Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigung. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf die Kollegin Roswitha Bauer bitten ans Mikrophon zu kommen und den Dringlichkeitsantrag vorzutragen und auch zu begründen.

Abg. **Bauer:** Sehr geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und auch im Internet! Ja, ich möchte mich gleich einmal zu Beginn bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, dass es gelungen ist, hier einen Vier-Parteien-Antrag zu formulieren und damit auch zu signalisieren, dass es uns allen wichtig ist, bessere Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigungen zu fordern und schlussendlich, dass diese auch umgesetzt werden können.

Wir haben das bereits in der letzten Jänner-Landtagssitzung auf der Tagesordnung gehabt und auch diskutiert. Nämlich den Bericht der Volksanwaltschaft. Und dieser Bericht hat wirklich klar und schonungslos die prekäre Lage für Menschen mit Beeinträchtigung mit einer Leistungsfähigkeit von unter 50 Prozent aufgezeigt. Und dass diese Situation ehestmöglich geändert werden muss, liegt auf der Hand, und ich freue mich wirklich sehr, dass das alle Fraktionen auch so gesehen haben.

Es kann einfach nicht angehen, dass diese Menschen, die in diversen Einrichtungen oder Werkstätten arbeiten und ohnehin schon durch eine Beeinträchtigung benachteiligt sind, dass diese auch in der Entlohnung und eben auch bei der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung enorm benachteiligt werden. Das ist ein Missstand, der so nicht länger hinzunehmen ist, weil er nicht nur in höchstem Maße diskriminierend ist, sondern auch zutiefst ungerecht, wenn man an eine mögliche Erkrankung denkt, diese Menschen haben keine Krankenversicherung, oder auch an das Altwerden dieser Menschen, die dann noch immer von der Sozialhilfe abhängig sind, weil diese auch keine Pensionsversicherung haben.

Ja, und worauf ich auch bereits im Jänner hingewiesen habe, nicht nur, dass wir damit allen diesen Menschen helfen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu haben und dadurch ein lebenswerteres Leben führen zu können, ist die Frage nach der volkswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit, denke ich, unbestritten. Es ist ein Gewinn für die Gesellschaft insgesamt, wenn es gelingen kann, dass wir diesen Menschen ermöglichen, von Leistungsempfängern zu Leistungsträgern zu werden, endlich wirklich ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, nicht mehr ein Mensch zweiter Klasse sein zu müssen, endlich eine adäquate Entlohnung zu bekommen.

Das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, steigert nicht nur den Selbstwert dieser Menschen, sondern vermittelt ihnen auch eine völlig neue Lebensqualität, und davon profitieren wir alle, davon bin ich fest überzeugt, daher ein Dankeschön an alle Fraktionen für diesen gemeinsamen Antrag, und es bleibt nur zu hoffen, dass er auf Bundesebene sobald und so rasch wie möglich umgesetzt wird. Dankeschön! (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Ulrike Wall.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Die Volksanwaltschaft hat gerade in einem Bericht aufmerksam gemacht auf die unbefriedigende Situation von Menschen mit Behinderung im Zusammenhang mit Arbeit und Beschäftigung. Seit vielen Jahren wird über das Thema fehlender sozialrechtlicher Absicherung von Menschen mit Behinderung diskutiert.

Viele Betroffene arbeiten in Behindertenwerkstätten oder sind in Beschäftigungstherapien. Je nach Fähigkeit und Grad der Beeinträchtigung sind sie in den Einrichtungen kreativ tätig oder verrichten auch sehr arbeitsmarktähnliche Tätigkeiten, zum Teil werden Massenwaren produziert mit ganz klaren Terminvorgaben für zeitgerechte Lieferung, oder sie erbringen auch Dienstleistungen in der Gastronomie mit klar geregelter Arbeitszeit. Trotzdem gibt es dafür statt Lohn nur Taschengeld, und das in sehr unterschiedlicher Höhe. Diese Tätigkeiten werden nicht als Arbeit gewertet, das heißt keine adäquate Entlohnung, keine sozialrechtliche Absicherung, keine Pension. Die Betroffenen bleiben immer abhängig von ihren Eltern oder einer Waisenpension oder von der Sozialhilfe.

Eine befriedigende Lösung zu finden stellt nicht nur aus finanzieller Sicht eine große Herausforderung dar, und zwar aufgrund der Bandbreite der Tätigkeiten, wie eben gesagt, gibt es Personen, die beinahe wie am ersten Arbeitsmarkt arbeiten bis hin zu schwerer Behinderten mit reinen Beschäftigungstherapien, ähnlich einer Tagesbetreuung. Und daraus leitet sich auch das unterschiedliche Ausmaß der notwendigen individuellen Betreuung ab, sprich Kosten für das Betreuungspersonal.

Die neue Bundesregierung hat sich in ihrem Programm vorgenommen, das Thema Lohn statt Taschengeld anzugehen und wird dafür hoffentlich auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Unter dieser Voraussetzung unterstützen wir diese Initiative gern. Dankeschön! (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Dr. Csar.

Abg. **Dr. Csar:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im hohen Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Meine Vorrednerinnen haben schon vieles gesagt und ich kann mich nur anschließen. Es ist eine Aufgabe unserer Gesellschaft, dass wir auf die Schwächeren in der Gesellschaft auch Rücksicht nehmen und sie genauso einen Platz in der Gesellschaft haben, weil Menschen mit Behinderung sind ein Teil unserer Gesellschaft.

Und wir als Politiker, wir als Politik haben die Aufgabe, alles zu tun, damit das Zusammenleben in der Gesellschaft gut ist, dass wir ein menschenwürdiges und wertschätzendes Miteinander leben können und dass wir fair miteinander umgehen. Die Volksanwaltschaft hat in einem Sonderbericht „Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung“ zahlreiche Missstände und Problembereiche aufgezeigt, die die Menschen mit Behinderung benachteiligen. Da ist es gut und wichtig, dass wir versuchen diese Benachteiligungen abzubauen und alles daran setzen, dass es besser wird.

Unter anderem wurde aufgezeigt, dass das AMS, das Arbeitsmarktservice nicht für die Menschen mit Behinderung zuständig ist, dass kein Arbeitslosengeld bezahlt wird. Es wurde darauf hingewiesen, dass nur ein Taschengeld bezahlt wird, wenn eine Art Beschäftigung gemacht wird und kein Lohn. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass keine sozialversicherungsrechtliche Absicherung besteht, das heißt kein Krankengeldanspruch besteht, kein Urlaubsanspruch besteht, aber auch, und das ist sehr problematisch, kein Pensionsanspruch besteht.

Und das ist natürlich alles wichtig, um auch ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Daher müssen wir alles daran setzen, um hier die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen. Gerade für Menschen mit Behinderung ist es wichtig, auch eine Krankenversicherung zu haben, gerade für Menschen mit Behinderung, aber auch für deren Eltern ist es wichtig, dass eine Pensionsversicherung besteht.

Wir wissen alle, dass wir nicht auf Dauer leben, und daher ist es für die Eltern ganz wichtig, dass man auch schaut, dass für ihre Kinder mit Behinderung auch Vorsorge getroffen wird, und daher ist eine pensionsrechtliche Absicherung etwas ganz Wesentliches.

Lohn statt Taschengeld ist einer der wesentlichsten Punkte, die aufgezeigt worden sind. Auch jetzt gibt es schon Möglichkeiten, dass Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung bekommen oder einer nachgehen können, aber das ist sehr gering und sehr selten, aber ein Dankeschön an die Unternehmerinnen und Unternehmer, die das jetzt schon ermöglichen und hier auch Plätze dafür zur Verfügung stellen. Ein Dankeschön aber auch den NGOs, die die Tagesheimstätten im Wesentlichen auch betreuen, dass wir hier auch Möglichkeiten haben, dass Menschen mit Behinderungen eine Beschäftigung bekommen und dieser auch nachgehen können.

Diese gehören weiterhin unterstützt und auch gefördert. Mit unserer heutigen Resolution hoffen wir, dass wir gemeinsam mit der Bundesregierung hier Maßnahmen setzen können. Die Bundesregierung hat im Regierungsprogramm zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen, aber auch gesichert, dass eine Finanzierung dafür vorgesehen wird. Wir freuen uns darauf, dass hier ein wesentlicher Schritt für unsere Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft gemacht werden und wir wissen auch eines ganz genau, dass wir als Politiker, wir als Menschen auch daran gemessen werden, wie wir mit den schwächeren Menschen in unserer Gesellschaft umgehen, daher bitte ich um Zustimmung. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Ulli Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, liebe Menschen mit Beeinträchtigung, die jetzt warten, was wir in Oberösterreich vorhaben, aber auch was der Nationalrat in den nächsten Jahren vorhat, damit es eine bessere Absicherung gibt.

Der Volksanwaltschaftsbericht hat ja mehrere Aspekte aufgezeigt, die sind schon erwähnt worden und es braucht auch mehrere Antworten darauf. Es waren keine unbekanntes Tatsachen, die er aufgedeckt hat. Von dem reden wir eigentlich schon sehr lange und das Thema soziale Absicherung, Menschen die eben arbeiten, eigentlich auch 38 Stunden in einer fähigkeitsorientierten Aktivität, habe ich schon ein paarmal dargelegt, weil meine Tochter, ja mittlerweile, glaube ich, seit fast 20 Jahren in dem Bereich arbeitet, ihre 38,5 Stunden arbeitet und bis zu 100 Euro Taschengeld bekommt. Ich bin für die Sozialversicherung zuständig, für die Krankenversicherung, später halt dann auch für die Pension.

Also ich denke mir, das ist nicht unbekannt gewesen. Dass wir jetzt einen Antrag da haben von der SPÖ, ist einfach ein nächster weiterer Schritt und ein wichtiger Schritt, kopiert aber einen Teil dessen heraus, was vorige Woche oder vor zwei Wochen im Nationalrat einstimmig auch mit allen Parteien beschlossen wurde, der ein bisserl weiter darüber hinaus geht, aber einfach diesen einen Punkt herausgreift.

Und ich glaube, ganz der entscheidende Punkt ist, dass man zuerst einmal hinschaut, wie wird denn das überhaupt beurteilt, ob Menschen mit Beeinträchtigung erwerbsfähig sind oder nicht? Sobald sie mehr als 50 Prozent Behinderung haben, sind sie erwerbsunfähig, somit fallen sie aus allen Statistiken heraus, aus allen Überlegungen des AMS und so weiter heraus, hier Maßnahmen zu setzen.

Das heißt, es braucht, und das ist eine Forderung, die auch schon sehr lange im Raum steht, auch der betroffenen Organisationen, es braucht einfach eine Erprobungsphase, was kann, wieviel kann die Person leisten, was kann sie leisten, was braucht sie für eine Unterstützung, um nicht automatisch aus dem System der Arbeitseingliederung herauszufallen?

Und der zweite Punkt, und da ist natürlich ganz klar und da möchte ich einfach ein bisserl auch die Stimmung wiedergeben, die einfach in vielen Diskussionen auf Bundesebene immer wieder stattgefunden haben mit den Interessensvertretungen beim Monitoringausschuss, wo alle dabeisitzen, auch die politischen Vertreterinnen und Vertreter.

Ja, ich stehe zu dem Thema Lohn statt Taschengeld. Das ist ein ganz ein wesentlicher Schritt, nur wie bei sehr vielen Dingen, die so ganz neue Systeme aufbauen, da muss man einfach ganz genau hinschauen, welche Systeme haben wir jetzt, was geht womöglich verloren, was kann das auch behindern? Und ich habe sehr, sehr viele Anrufe von Menschen, die gesagt haben, bitte passt auf, dass nicht dann gewisse Transferleistungen, die jetzt zum Beispiel an die doppelte Familienbeihilfe gekoppelt sind oder an das Pflegegeld gekoppelt sind, wegfallen.

Die Invaliditätspension fällt bei sehr vielen Menschen jetzt plötzlich auf einmal weg. Da wird genauer hingeschaut, weil es oft um Einsparungen geht. Aber das ist die Frage, kann ich mit Lohn statt Taschengeld genau das leisten, muss ich hinschauen auf die Transferleistungen, die dann womöglich wegfallen. Es darf bitte auch kein Lohndumping entstehen. Es kann nicht so sein für andere Bereiche, für Branchen, wo eh das Lohnniveau schon sehr niedrig ist, das sind auch Bereiche, die vielleicht auch für behinderte Menschen passen, dass ich das nochmal heruntersetze, weil die eben nur einen geringen Lohn kriegen. Und ich glaube, da muss man auch genau hinschauen, weil das tut der Wirtschaft nicht gut, dass man da plötzlich dann Sachen vermischt.

Auch die Höhe der Entlohnung ist ganz wichtig, ganz entscheidend. Ist es so, dass ich halt gerade einmal existieren kann, zum Verhungern zu viel und zum wirklich Leben zu wenig. Und ich glaube, da muss man auch aufpassen, da kann man sehr schnell überzogen sein. Und Faktum muss auch sein, es muss uns ganz klar sein, wir haben zwei Systeme eine Zeit lang parallel zu fahren. Wir haben die jetzige Version, dass wir alle Menschen, die bis jetzt was gearbeitet haben und in ein Alter kommen, wo sie nicht mehr arbeiten können, in eine Pension kommen und wir haben das neue System, wo die in eine Pension einzahlen. Also ich glaube, diese Übergangsphase muss man ganz gut berechnen, da muss man ganz genau schauen, was heißt denn das? Was heißt denn das auch für die, die jetzt im System sind, was heißt das für die Zukunft?

Damit ich überhaupt in so eine Chance komme, in diesen ganzen Bereichen arbeiten zu gehen oder auch weiter meine Arbeitsfähigkeit zu erhöhen, braucht es einfach die Bildungsangebote, braucht es die Unterstützungsleitung vom AMS. Das ist einfach ein ganz ein wichtiger Punkt, den auch der Volksanwaltschaftsbericht aufgezeigt hat.

Um eine neue Arbeitswelt zu schaffen, braucht es einfach auch die Wirtschaft dazu. Die Wirtschaft tut schon sehr viel und macht sehr viel. Und ich denke mir, man darf auch über eine Veränderung, ich sage jetzt nicht Erhöhung, das denke ich mir nur, nein ich sage eine Veränderung der Ausgleichstaxe reden. Weil wir haben viele kleine Betriebe, die sehr bewusst Menschen mit Behinderung eine Chance geben, die hereinnehmen und die gehören mehr gefördert als andere, die sich irgendwann ab einer gewissen Größe freikaufen können oder irgendwelche Jobs haben, die halt in einer eigenen Abteilung sind. Ich kenne da ein paar Firmen, die haben eine eigene Abteilung mehr oder minder, da sitzen die behinderten Menschen, die vorher in der Werkstatt das gemacht haben, die machen es halt jetzt im Betrieb, dann haben sie eine integrative Beschäftigung und können, oder sie haben die Leute vielleicht sogar auch angestellt, können das abhaken. Und das kann aber auch nicht die Lösung sein.

Ich glaube, da müssen wir gemeinsam mit der Wirtschaft und den betroffenen Organisationen gute Systeme finden, nicht einfach sagen, wenn man Ausgleichstaxe sagt, dann schreien einmal die Gewerkschaften oder da geht es eher um den Kündigungsschutz, da schreien die einmal nein. Und wenn ich Ausgleichstaxe sage, schreit die Wirtschaft nein. Ich glaube, da müssen wir uns zusammensetzen, um gute Lösungen zu finden, damit eben die Betriebe was haben davon und auch die betroffenen Menschen, weil die, die es machen, und das können mir wahrscheinlich viel auch bestätigen, profitieren nur allein die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der anderen Bereiche, die anderen Mitarbeiter profitieren davon, und in einem System, in einem Team ist das eine Bereicherung und kann es eine Bereicherung sein, wenn die nötigen Unterstützungsstrukturen da sind.

Ich will niemand, der behindert ist, irgendwo in eine Arbeit stecken, nur damit wir da jetzt ein Hakerl machen können, kriegt er ein wenig einen Lohn. Wenn die nicht betreut sind, dann ist das einfach eine Ausnützung, das wollen wir auch alle nicht. Ich glaube, da müssen wir gemeinsam schauen, dass quasi die Qualität passt. Und ich bin mir sicher, dass der Sozialminister, ich sage immer noch Landesrat, Sozialminister Anschöber hier in seinem Team, auch in Zusammenarbeit mit den Regierungskolleginnen und -kollegen, die dafür zuständig sind, da gute Lösungen auf den Weg bringt, damit wir da zu einem nächsten Schritt kommen zur Absicherung und zur Inklusion der Menschen mit Beeinträchtigung. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schliesse die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1317/2020, Initiativantrag betreffend bessere Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigung, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Weitere Dringlichkeitsanträge, die im Zusammenhang mit dem Thema der aktuellen Stunde stehen, werden wir unmittelbar im Anschluss an diese behandeln.

Und wir kommen nun zur Tagesordnung mit der aktuellen Stunde mit dem Thema: Oberösterreich als europäische Spitzenregion nachhaltig stärken. Ich darf dazu der Kollegin Mag. Helena Kirchmayr als Klubobfrau der ÖVP das Wort erteilen.

Abg. KO **Mag. Kirchmayr**: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, liebe Besucher und Besucherinnen auf der Galerie und im Internet! Hatten Sie in den letzten Monaten oder Jahren einen Schaden an Ihrer Wohnung oder an Ihrem Haus? War das Dach vielleicht undicht oder wollten Sie Kleinigkeiten umbauen? Haben größere Stürme Dachziegel verblasen oder der Nachbar im Stock einen Wasserschaden gehabt? Wenn das so war und Sie sind kein Selfman oder keine Selfwoman, dann sind Sie wahrscheinlich vor der Herausforderung gestanden, dass Sie einen Handwerker in halbwegs annehmbarer und schneller Zeit finden. Und das stellt sich als eine Herausforderung dar, nicht weil keiner kommen will, sondern weil die Auftragsbücher voll sind und uns die Fachkräfte in diesem Bereich einfach fehlen.

Tatsache ist, sehr geehrte Damen und Herren, der Fachkräftemangel, der Facharbeitermangel ist allgegenwärtig und Tatsache ist, unsere Unternehmen, und das möchte ich schon betonen, sind nur so gut wie ihre Mitarbeiter. Und wir wissen, dass Oberösterreich international vor allem deswegen so gefragt ist, weil das fachliche Know-how so unglaublich groß ist. Die Frage, die wir uns jedoch stellen müssen, lautet: Wie können wir mehr Menschen als Facharbeiter gewinnen?

Dazu gehören Aktionen des Landes, die ich lobend erwähnen möchte, das Talent Attraction Programm, bei dem Fachkräfte aus dem Ausland gezielt angeworben werden, das Projekt go mobile, das ist ein Anwerben von Fachkräften aus Restösterreich, der Fachkräftemonitor, der dabei unterstützt, strategisch zu planen und Mängel zu erkennen, bevor sie entstehen, die HTL-Karriere-Plattform, um KMUs auf der Suche nach Technikerinnen und Technikern gezielt zu unterstützen.

Und auch wenn wir mit unserem dualen Ausbildungssystem und der Lehre mit Matura internationaler Vorreiter sind und der Wirtschaftsmotor Oberösterreich wie geschmiert läuft, dürfen uns all diese Maßnahmen jedoch nicht davon ablenken, dass uns immer noch 30.000 Fachkräfte in Oberösterreich fehlen und wir uns weiterhin bemühen müssen, dem Bedarf nachzukommen. Wir verlassen uns aber nicht nur auf die gute Konjunktur, sondern wir pflegen unsere Stärken.

Eine gute Konjunktur, das Florieren des Marktes und der oberösterreichischen Produkte und Dienstleistungen sind keine Selbstverständlichkeit, sie verlangen eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Pflege. Ich nenne die Standortstrategie Upper Vision 2030, die wir erst im letzten Landtag beschlossen haben und einen Schritt dahingehend gesetzt haben, dass wir nachhaltig im Spitzenfeld der Regionen arbeiten, die Forschungsquote erhöhen und, am wichtigsten, den Wirtschaftsraum Oberösterreich gemeinsam mit den Unternehmerinnen und Unternehmern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiter zu entwickeln.

Und unser Markt verlangt Absicherung, um im Ernstfall gerüstet zu sein. Erst vor vier Wochen war von einem 160 Millionen Euro Verlust der voestalpine zu lesen. Auch wenn der Standort Linz keine Schuld daran trägt, so sind es einfach globale Ereignisse, globale Krisen, die da schwächeln, die ganze Industriezweige in einer globalisierten Welt schneller zu spüren bekommen als zuvor. Wenn in Wuhan die Menschen mit Grippe im Bett liegen, so spüren wir das auch in Oberösterreich. Und bereits beim Ausbruch von SARS vor 17 Jahren war das der Fall. Dass wir diese Entwicklungen mit Argusaugen beobachten müssen, ist vor allem für ein Industriebundesland wie wir es sind, das vom Export abhängig ist, selbstverständlich, aber ohne Panik und mit weiser Voraussicht.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Fälle einer erneuten Krise gerüstet zu sein, das ist vor allem auch Aufgabe der Politik. Mit dem vor zwei Jahren begonnenen Schuldenabbau mit Thomas Stelzers Chancen- statt Schuldenpolitik und mit der Voraussicht des Oberösterreichischen Landtags bei den Budgetbeschlüssen haben wir ganz klar einen Kurs eingeschlagen, der seitens der oberösterreichischen Wirtschaft, auch bei allen Betriebsbesuchen, bei allen Gesprächen bestätigt wird, nachhaltig als sicheren Wirtschaftsstandort das Bundesland abzusichern und damit Oberösterreich im Spitzenfeld der Regionen weiter nach vorne zu bringen. Das ist der Weg des Schuldenabbaus, das ist der Weg der Verantwortung, das ist der Weg unseres Landeshauptmannes, unterstützt von der Oberösterreichischen Volkspartei.

Es ist aber nicht nur eine verantwortungsvolle Politik, die unser Oberösterreich macht, es sind vor allem unsere Innovationsmotoren, unsere Unternehmen, vor allem unsere Mitarbeiter, denn dieser Innovationsgeist ist eine, ich traue mir zu sagen, oberösterreichische Besonderheit, die uns vor allem auf dem Weltmarkt so erfolgreich macht. Ich nenne ein paar Beispiele: Oberöreicher produzieren in der Luftfahrttechnik im Innviertel, die uns rund um den Globus bringt, Oberöreicher produzieren und entwickeln im Traunviertel die saubersten und modernsten Dieselmotoren, nebenan sitzt einer der international führenden Hersteller für industrielle Luftreinigung, Oberöreicher bauen im Hausruckviertel die modernsten Biomasseanlagen und helfen in der Speichertechnik, Oberöreicher aus dem Zentralraum sind Weltmarktführer bei Recycling-Anlagen. Oberöreicher aus dem Mühlviertel sind Vorreiter in Sachen elektrischer Speichertechnik. Ja, Oberösterreich ist Vorreiter in vielen Bereichen. Man hat mir gesagt, sogar beim Thema Bier, aber da traue ich mir jetzt keine Region zu nennen. Das muss jeder selbst beurteilen.

Ich komme schon zum Schluss. Wir sorgen dafür, dass der Nachschub an innovativem Geist nicht versiegt, denn auch die oberösterreichischen Gehirne sind Exportschlager. Mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung unserer Ausbildungssysteme tragen wir einen enorm wichtigen Teil dazu bei, dass Know-how, Forschung und Entwicklung und Innovation auch weiterhin Kernkompetenzen des Wirtschaftsstandorts Oberösterreich bleiben.

Zum Schluss gilt mein Dank unserem Landesrat, unserem Wirtschafts-Landesrat Achleitner, der seit seinem ersten Tag an mit Vollgas im Amt ist, und morgen sein, glaube ich, vierzehnjähriges, vierzehnmonatiges Jubiläum feiert, (Heiterkeit) vierzehnjährig, das sind schon die Wunschvorstellungen. Das ist beeindruckend, mit welcher Schlagzahl du da vorangehst.

Natürlich ein Dank gilt unserem Landeshauptmann Thomas Stelzer, der als Finanzreferent den Rahmen vorgibt. Er schafft Sicherheit, er waltet mit Weitsicht und ist ein Garant dafür, dass Oberösterreich auch weiterhin ein attraktiver Standort bleibt. Und natürlich bedanke ich mich bei allen Unternehmerinnen und Unternehmern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auch dafür verantwortlich sind, dass es den Menschen in Oberösterreich so gut geht. Ich danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Für 40 Jahre schaut du noch gut aus. (Heiterkeit) Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Evelyn Kattnigg.

Abg. **Kattnigg, BA (FH):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Galerie und im Internet! Der Titel dieser aktuellen Stunde, Oberösterreich als europäische Spitzenregion nachhaltig stärken, beschreibt ganz genau und gut die Ausgangslage, in der sich unser Bundesland gerade befindet.

Oberösterreich als Exportregion-Vorreiter muss sich nun umso mehr gegen Konjunkturrückgang und sich verändernde Rahmenbedingungen rüsten. Im EU-Wettbewerb der Industrieregionen stieg Oberösterreich bekanntlich vom 51. auf den 34. Platz auf, nach dem sogenannten Regional Competitiveness Index.

Das ist ein spezieller Index, wo drei Kriterien maßgeblich sind, die Industriequote, das Brutto-Regionalprodukt pro Kopf und die Bevölkerungsdichte. Mittlerweile spielt unser Bundesland wirtschaftlich also bereits in einer Liga der so starken Wirtschaftsregionen wie zum Beispiel Oberbayern. Oberbayern ist nach dem Index Nummer eins.

Laut Industriellenvereinigung generiert die oberösterreichische Industrie inklusive der industrienahen Dienstleistungen 878.000 Beschäftigungsverhältnisse und eine 60-Milliarden-Euro-Wertschöpfung. Ein Beschäftigungsverhältnis in Oberösterreich, in der oberösterreichischen Industrie, sichert zwei weitere Arbeitsplätze österreichweit.

Bis dato waren die Umstände auch sehr günstig für unsere Wirtschaft. Nun aber befinden wir uns laut Prognosen am Ende eines wirtschaftlichen Hochs. Die weltweite Konjunkturabschwächung und die laufenden Handelskonflikte bremsen das Exportwachstum und die Unternehmensinvestitionen. Jetzt kommen noch die negativen Effekte aus dem Coronavirus dazu.

Absagen von Messen und Veranstaltungen, wie zum Beispiel die ITB, die größte Reisemesse oder der Genfer Automobilsalon. Die OECD prognostiziert sogar eine Halbierung des Weltwirtschaftswachstums durch den Coronavirus und ja, auch die in ihrer Selbstherrlichkeit bei manchen schon religiöse Ausmaße annehmende Klimapolitik braucht wieder ein Update in Richtung Vernunft.

Nachhaltige Umweltpolitik ja, volkswirtschaftlich schädliche Klimahysterie nein. Sonst sehen wir im internationalen Vergleich bald alt aus. Andere Industrienationen wie Amerika, die wenig für den Klimaschutz tun, lachen darüber. Zur Klarstellung, die oberösterreichische Industrie agiert in punkto Nachhaltigkeit schon jetzt bereits sehr gut.

Die weltweit größte grüne Wasserstoffanlage ist am Gelände der voestalpine in Linz als Pilotprojekt in Betrieb. Die Betriebe der Sachgüterproduktion geben pro Jahr 340 Millionen Euro für den Umweltschutz aus. Das sind 45 Prozent der gesamten Umweltschutzausgaben der Industrie Österreichs.

Natürlich bedeutet das nicht, dass wir uns auf den Lorbeeren ausrasten dürfen. Aber ich warne davor zuzulassen, dass durch vorschnelle klimapopulistische Überregulierungen unsere Wirtschaft nachhaltig geschädigt wird. Diese Gefahr sehe ich in Anbetracht dieser türkisgrünen Bundesregierung durchaus gegeben.

Ein Blick nach Deutschland reicht. Die deutsche Automobilindustrie steckt in der Krise. Regelrecht herrscht eine europäische Dieselphobie. Alleine in der oberösterreichischen Fahrzeugindustrie sind 16.000 Menschen beschäftigt. Die Exportquote der heimischen Zulieferer beträgt 80 Prozent.

Für das Exportbundesland Oberösterreich wird die Entwicklung in der deutschen Automobilindustrie von besonderer Bedeutung sein. Viele Sublieferanten der Automobilindustrie haben Kurzarbeit angemeldet, wie zum Beispiel die Firma Bosch. Einige sind auch in Insolvenz gegangen.

Wir benötigen auch eine gute Infrastruktur für die Wirtschaft. Die Straßen sind die Lebensader des wirtschaftlichen Erfolgs. Ohne gute Infrastruktur keine Betriebsansiedelungen, keine Arbeitsplätze, kein Wohlstand. Unter Landesrat Steinkellner wird in Zukunft sehr viel Geld in den öffentlichen Verkehr investieren. Eine Erleichterung für Pendler, auch mit der Absicht, dass dem Wirtschaftsverkehr auf der Straße mehr Platz gemacht wird.

Anstehende Großprojekte sind zum Beispiel die Linzer Brücken. Auch das Erfordernis der neuen Mauthausener Brücke für die Wirtschaft ist ohne Zweifel ein großer Mehrwert. Entscheidend wird auch sein, die Osttangente mit aller Kraft voranzutreiben. Es gäbe dazu noch unzählige Projekte zu nennen.

Für mich als Abgeordnete des Wirtschaftsstandorts Steyr möchte ich natürlich auch die Westspange nicht unerwähnt lassen. Das ist eine maßgebliche Umfahrung von Steyr in Richtung Steyrtal. Sie ist erheblich wichtig für die Wirtschaft in Steyr.

Für einen Wirtschaftsstandort ist es notwendig, ständig mit unseren Unternehmern in Kontakt zu sein und angesprochene negative Entwicklungen und Baustellen ernst zu nehmen. Neben der uns bekannten Steuer- und Abgabenlast sind diese Baustellen langfristige infrastrukturelle Herausforderungen.

Dazu zähle ich auch den Breitband-Ausbau und natürlich das Fehlen von qualifizierten Arbeitskräften in der Region der Betriebsansiedlung. Aber immer mehr Unternehmer beschwerten sich auch darüber, dass Österreich, vor allem Oberösterreich, immer wirtschaftsunfreundlicher wird. Sie haben leider Recht.

Geplante große Wirtschaftsparks Oberösterreichs werden laufend beeinträchtigt und verhindert, obwohl sie viele Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Kommunalsteuern bringen würden. Beste Beispiele sind dafür FACC in Reichersberg, Banner in Pasching, Keba in St. Isidor.

Einige dieser selbsternannten Klimaprediger, welche Gemeinde um Gemeinde gegen Betriebsansiedelungen aufhüsen und dann alle Einspruchs- und Schutzrechte überstrapazieren, sollten auch einmal hinterfragen, welchen wirtschaftlichen Schaden sie dabei anrichten.

Natürlich dürfen wir bei einer guten Wirtschaftspolitik auch nicht auf die Forschung vergessen. An einem Mehr an Investitionen in die Forschung führt kein Weg vorbei. Vielfach werden Probleme von heute erst durch Technologien von morgen lösbar. Wir liegen derzeit in Oberösterreich bei einer Forschungsquote von 3,46 Prozent und wollen vier Prozent erreichen.

Abschließend möchte ich noch festhalten, wir haben sehr, sehr große Herausforderungen in der Wirtschaft zu bewältigen, Klimaschutz, rückläufige Auftragszahlen, mangelnde Investitionsfreudigkeit der Unternehmer, Kurzarbeit sowie Coronavirus. Wir wollen keine Klimaschutzhysterie-Politik, die der Wirtschaft schadet, Stichwort überzogene CO₂-Regulierung oder CO₂-Steuer. Denn die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und sichert letztendlich auch den Wohlstand Oberösterreichs.

Wir wollen der Industriestandort Nummer eins in Österreich bleiben. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Karl Schaller.

Abg. **Schaller**: Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist unbestritten, Oberösterreich ist das Exportbundesland Nummer eins, und die Zahlen belegen es. Zwei von drei Euros werden im Export verdient, und wenn man sich die oberösterreichischen Arbeitsplätze ansieht, so erkennt man, dass jeder zweite Job direkt oder indirekt am Export hängt.

Gerade jetzt, angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Situation, die auch durch das Coronavirus beeinträchtigt ist, besteht eine riesige Herausforderung und Verantwortung aller an und in der Wirtschaft Beteiligten, um größeren Schaden abzuwenden. Daher ein dreifaches Ja, wenn es darum geht, den Wirtschaftsstandort Oberösterreich mit seinen Unternehmen und seinen Arbeitnehmer/innen zukunftsfähig zu gestalten, um auch weiterhin im europäischen und globalen Wettbewerb so erfolgreich wie bisher zu bestehen.

Dazu gab es ja am 30. Jänner die breite Zustimmung aller Fraktionen zum strategischen Wirtschafts- und Forschungsprogramm #upperVISION2030, um sich gestärkt den aktuellen und künftigen Herausforderungen zu stellen, denn allen in diesem hohen Haus ist bewusst, es wird nur gelingen, wenn wir in den Betrieben die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Menschen sicherstellen können.

Gut ausgebildete Mitarbeiter sind ein, wenn nicht der wichtigste Standortfaktor für ein stabiles Wachstum. Zum Zweiten ist auch die Entscheidung, mit #upperVISION2030 eine Milliarde Euro, verteilt auf die kommenden zehn Jahre zu investieren, eine wichtige und richtige Entscheidung. Wir stehen vor großen Herausforderungen und teilweise dramatischen Veränderungen.

Da gilt es, ganz vorne dabei zu sein. Daher müssen Forschungs- und Entwicklungsergebnisse rascher als bisher in die Anwendung übergeleitet werden. Die laufenden Weiterentwicklungen von Technologien und Prozessen in Verbindung mit Werkstoffen bedeuten dabei nicht nur eine Optimierung von bestehenden Prozessen, sondern bringen unter anderem ganz neue Produkte hervor.

Dabei spielt das Tempo eine entscheidende Rolle. Zum Dritten, Stichwort Digitalisierung, die auf nahezu alle Lebensbereiche Auswirkungen zeigt. Datenbasierte Entscheidungen haben dabei einen immer höheren Stellenwert in der Vernetzung von Maschinen und Prozessen. Eine Grundvoraussetzung ist dabei die Akzeptanz der neuen Möglichkeiten beim Endverbraucher, vor allem, wenn es um das Thema Datensicherheit geht.

Daher, meine Damen und Herren, ist es so wichtig, dass alle Standortpartner und begleitenden Organisationen an diesem Programm mitgewirkt und mitgeschrieben haben. Die Politik, die JKU, die Fachhochschulen, die Upper-Austria-Research, die Sozialpartner, Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer Oberösterreich, sie alle haben sich an einen Tisch gesetzt.

Herausgekommen ist ein Bündel an Maßnahmen, welches Oberösterreichs Rolle als Exportwirtschaftsmotor und die Zukunftschancen unserer Menschen absichern sollen. Damit dieses Bild, worüber wir uns freuen, und worauf wir zu recht stolz sein dürfen, aber zu Geltung kommt, braucht es auch einen entsprechenden Rahmen, um Oberösterreich als europäische Spitzenregion nachhaltig zu stärken.

Denn neben Forschungsstrategien, Exportorientierung und Fachkräfteoffensive zählt auch eine hohe Qualität und Verfügbarkeit von leistbaren Kinderbetreuungs- und

Kinderbildungseinrichtungen, beginnend von der Krabbelstube über Kindergärten und Horte bis hin zur Ganztagschule, (Beifall) denn, wenn Mama und Papa an manchen Tagen etwas länger, manche könnten auch sagen, flexibler arbeiten, stellt sich sehr oft eine einfache Frage. Wo sollen die Kinder hin, wenn ich beziehungsweise wenn wir länger arbeiten?

Müssten dann nicht auch die Kindergärten und Schulen flexibler werden und ihre Öffnungszeiten ausdehnen? Meine Damen und Herren, wenn die Flexibilisierung der Arbeitszeit Oberösterreichs Wohlstand voranbringen kann, dann darf ein Konzept mit guten, ganztägigen und flächendeckenden Kinderbetreuungsangeboten nicht fehlen. Selbst die Wirtschaftskammer hält fest, dass für die Bewältigung des zunehmenden Mangels an qualifizierten Fachkräften Frauen eine Schlüsselrolle einnehmen.

Sie stehen allerdings trotz Qualifikation häufig nur begrenzt zur Verfügung, weil sie innerhalb der Familie immer noch die Hauptverantwortung in der Kinderbetreuung tragen. Die Industriellenvereinigung fordert seit Jahren den Ausbau der qualitativ hochwertigen Elementarpädagogik, weil das die späteren Bildungschancen erhöht, wenn Kinder, insbesondere im wichtigen Lernalter zwischen drei Jahren bis zum Schuleintritt, unter Gleichaltrigen gefördert werden.

Selbst der katholische Familienverband fordert Rahmenbedingungen, in denen Familien ihr persönliches Lebensmodell verwirklichen können, sehr zur Herausforderung der Kinderbetreuung mit den Ansprüchen der Erwerbsarbeit unter einen Hut bringen können, wenn sie sich für die Arbeitswelt entscheiden.

Meine Damen und Herren, jeder Euro, den wir als öffentliche Hand in die Kinderbetreuung investieren, ist somit ein dreifach gut angelegter Euro. Gegen den Fachkräftemangel, für bessere Zukunftschancen unserer Kinder und gegen die Altersarmut von Frauen. (Beifall) Apropos Frauen, ein weiteres Problemfeld am Weg zur europäischen Spitzenregion betrifft die Einkommensdifferenz zwischen Mann und Frau.

An dieser Stellschraube von Geschlechtergerechtigkeit gilt es zu drehen, um Frauen zu ermutigen, dass sie nicht bloße Zuverdienerinnen, sondern vollwertige Kräfte am Arbeitsmarkt sind. Der Gender-Pay-Gap, also die Lohnschere zwischen Männern und Frauen, ist in Österreich deutlich größer als im europäischen Durchschnitt.

Gemäß EU-Berechnung des Durchschnittsverdienstes verdienen Frauen um 20 Prozent weniger als Männer. Österreich liegt bei der Lohnschere deutlich über dem EU-Durchschnitt von 16 Prozent, und dies aber im negativen Sinn. Und Oberösterreich ist im Gender-Pay-Gap im Bundesvergleich leider Gottes sehr hoch ausgewiesen.

Übersetzt heißt das, eine vollzeitbeschäftigte Oberösterreicherin verdient jährlich um rund 12.000 Euro weniger, oder umgerechnet um einen schnittigen Kleinwagen, als ein Oberösterreicher, und das ist umso erstaunlicher, als Frauen die Männer bei den Bildungsabschlüssen längst überholt haben.

Nicht nur diese sachlich ungerechtfertigte Unterbezahlung ist für Frauen bittere Realität. Auch nach dem Erwerbsleben setzt sich diese Benachteiligung nämlich fort. Frauen erhalten im Schnitt nur die Hälfte jener Pension, die Männer bekommen, und sie sind daher besonders häufig von Altersarmut betroffen.

Daher ist es besonders dringlich. Die Leistungen von Frauen müssen nämlich entsprechend gewürdigt werden, und das monetär und nicht nur mit salbungsvollen Worten, denn Frauen leisten tagtäglich Enormes und tragen unendlich viel zu unserem gesellschaftlichen Wohlstand bei. (Beifall)

Vor diesem Hintergrund ist die zentrale Forderung der SozialdemokratInnen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und die Anhebung des kollektivvertraglichen Mindestlohns auf 1.700 Euro bei 40 Wochenstunden, mehr als berechtigt. Alles andere ist mehr als unfair. (Beifall)

Dabei ist es wichtig, die Orientierung an europäischen Spitzenregionen nicht bloß abstrakt in den Raum zu stellen. Erlauben Sie mir noch die Region Karlsruhe als Vorbildregion für den öffentlichen Verkehr, insbesondere, was die Erschließung des städtischen Einzugsbereichs durch Regionalbahnen anbelangt, zu empfehlen.

Dabei ist insbesondere die Preisgestaltung im öffentlichen Verkehr von Relevanz. So würde die Einführung eines preiswerten Jahrestickets für Oberösterreich eine umweltfreundliche, leistbare und sichere Mobilität für die Oberösterreicher/innen gewährleisten. 365 Euro jährlich sollen die Öffis in dem Bundesland kosten, hat die türkis-grüne Bundesregierung versprochen.

Wir erwarten uns daher auch eine rasche Umsetzung im Land und nicht ein Verräumen von Anträgen in irgendwelche Ausschüsse, um dieses wichtige Thema auf die lange Bank zu schieben oder gar daraus ein Begräbnis erster Klasse zu machen.

Die Zeit ist reif, dass nach den Vorreitern Wien, Vorarlberg, Tirol und Salzburg auch Oberösterreich seinen Beitrag zum Klimaschutz und zur weiteren Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel durch ein leistbares Jahresticket abliefert. Meine Damen und Herren, Oberösterreich ist ein schönes Land, das wirtschaftlich stark im europäischen Umfeld positioniert ist.

Um diese Stärke zu erhalten, muss man aber auch den angesprochenen Rahmen, der die Lebensbereiche der Menschen berücksichtigt, in den Mittelpunkt stellen, um als europäische Spitzenregion anerkannt zu werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächste hat sich die Ulli Schwarz gemeldet.

Abg. Schwarz: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich wirklich nur den Worten von meinem Kollegen Charly Schaller eins zu eins anschließen. Du sparst mir eine Minute reden. Danke!

Der Corona Virus hat uns ja alle ein wenig durchgerüttelt, vor allem auch das globale Wirtschaftssystem. Da merkt man, wie anfällig es ist. Die Verteilung von diversen Produktionsschritten in unterschiedlichen Ländern, keine Lagerhaltung mehr, just in time ist gehörig ins Schwimmen gekommen und wir überlegen jetzt. Das Wirtschaftssystem wird nicht mehr so sein wie vor dem Corona-Virus.

Ich glaube, das ist eine gute Nachricht. Weil man hier genau darauf schauen muss, wie kann man ein System so gestalten, dass es eben nicht gleich anfällig ist, sobald sich irgendwas global verschiebt. Mein Anliegen heute legt hier einen ganz speziellen Fokus auf die Klein- und Mittelbetriebe, auf die EPU's. Die Klein- und Mittelbetriebe, die EPU's sind 60 Prozent unserer Unternehmen. Sie sind die tragenden Säulen unseres Wirtschaftssystems in

Oberösterreich. Das ist auch eine ganz wichtige Kombination mit der Industrie, weil eines kann ohne dem anderen nichts sein.

Da ist uns ein Punkt ganz wichtig, die soziale Absicherung. Es muss ein Ende haben. Weg mit diesem Selbstbehalt bei Krankheit bei den Selbstständigen. Weg mit der Drei-Jahre-Nachverrechnung von den Sozialversicherungsbeiträgen. Das zieht manchen Unternehmen wirklich den Boden unter den Füßen weg. Das muss abgeschafft werden. Auch beim Krankengeld, ab dem 8. Krankheitstag muss es ausbezahlt werden. Nicht erst irgendwann. Ein Unternehmer, der selbst und ständig arbeitet und dann einmal krank ist, der braucht ein Geld und eine Unterstützung eben sofort und gleich.

Das ist einmal ein ganz ein wichtiger Punkt. Da rede ich noch gar nicht von dem ganzen Thema Scheinselbstständigkeiten. EPU's, die aus dem Betrieb rausgedrängt werden mit einer guten Ausbildung. Die plötzlich als Scheinselbstständige arbeiten und da nicht gut abgesichert sind. Das ist ein weiterer Punkt. Ein paar Schritte konnten in der letzten Regierungssitzung im Ministerrat ja beschlossen werden. Da braucht es aber auch noch weitere Maßnahmen.

Ich möchte noch einen Punkt rausgreifen, weil uns der ja auch allen ganz bekannt ist. Diese ganze Digitalisierung. Gerade der Handel und der stationäre Handel, auch der kleine Gemüsehandel im Ort sind mit dem herausgefordert. Es ist momentan eine digitale Welt und eine analoge nebeneinander und ein kleiner Betrieb, der ist nicht so fit und hat nicht die Zeit und auch nicht die Ressourcen, dass er alles weiß, um bei der Digitalisierung mitzukommen.

Ein Handelsbetrieb, der seine Produkte nicht wirklich umplatzieren kann, wenn wer googelt, und die Einkaufsmöglichkeiten sind andere geworden, an das müssen wir uns auch richten. Das ist bei den Apotheken genauso mit dem Onlinehandel, wie bei allen anderen Produkten, wo Willhaben oder Amazon immer vorne stehen und die eigenen Produkte oft ganz schwierig zu platzieren sind.

Hier braucht es eine Unterstützung. Darum haben wir das in unserem Antrag ganz klar reinformuliert. Eine Unterstützung, um eben bei der Digitalisierung voranzukommen. Da geht es einerseits um eine finanzielle Unterstützung, aber auch um ein Know-how, um eine Möglichkeit, um eine Plattform in der Wirtschaftskammer, gezielt und nicht nur alles über Linz, sondern wirklich auch in den Regionen draußen, hier Bereitschaft zu zeigen, mit den Betrieben gemeinsam. Was brauchen denn die vor Ort? Was müssen die machen?

Einen nächsten Punkt, eine Branche möchte ich herausgreifen, es gibt unendlich viele, die kleine handwerkliche Mittelbetriebe sind, usw., über die wir heute schon ein paar Mal gesprochen haben, die Gastronomie. Wenn die Gastronomie in einem Ort, in einer Gemeinde wegfällt, sind nicht nur zwei, drei Posten mit Einkommensteuer weg, sondern sind vor allem ein soziales Zentrum, ein soziales Miteinander weg. Darum müssen wir gemeinsam schauen, dass wir die Nahversorger, einerseits bei Lebensmittel, aber auch die Nahversorgung der Gastronomie im Vordergrund haben.

Hier geht es ganz klar um die Unterstützung bei der Digitalisierung. Einen Auftritt im Internet zu haben in Konkurrenz mit der großen Branchengeschichte, weil mit einem Mc Donalds muss ich mich auch konkurrieren können als heimische Wirtin im Ort. Da muss man einfach auch wirklich gut drauf sein.

Das Gleiche ist, dass man auch wirklich einen Ökobonus bekommt für das, wenn ich sage, okay, ich mache regionale, saisonale und biologische Lebensmittel. Ich mache das. Ich

bekomme einen Ökobonus. Ich kriege aber auch die Beratung und auch die praktische Unterstützung, und da geht es mir nicht nur darum, dass ich das abhaken kann, sondern die brauchen vor Ort jemanden. Weil der Wirt hat nicht die Zeit, dass er schaut, wo gibt es denn jetzt gerade das Bio- und regionale Kalbfleisch? Da braucht es eine Plattform. Wir haben schon Anfänge gestartet. Da denke ich mir, da müssen wir dranbleiben, weil das stützt unsere Region und das stützt auch unsere Gemeinden.

Einen Ökobonus auch bei dem Thema Abfallvermeidung. Alle Wirte kriegen vorgeschrieben, sie dürfen keine Plastikstrohalme mehr verwenden, nur jetzt läuft jeder Wirt herum und sagt: „Was tun wir jetzt denn eigentlich?“ Ich weiß es, mein Sohn testet die ganzen Sachen durch. Ist der Papierstrohhalm das Richtige? Nein, nicht wirklich! Gibt es einen gescheiterten Strohhalm, wie er früher war? Also all diese Dinge gäbe es schon. Aber jeder muss es sich selber suchen. Ich denke mir, da braucht es auch Unterstützung und so weiter.

Bei der Abfallvermeidung gibt es sehr gute Angebote von den Abfallberatungsstellen, eben über die ASZ. Ich glaube, hier braucht es einfach noch Unterstützung. Hier braucht es noch weitere Möglichkeiten. Damit eben genau das umgesetzt werden kann. Die Wirte wollen das machen. Sie haben natürlich schon genug Auflagen usw., da muss man überlegen, gibt es da noch eine Vereinfachung? Gibt es Unterstützungsmöglichkeiten für die Wirte? Damit sie eben genau diese Anforderung, die wir als Konsumentinnen und Konsumenten zu Recht haben, wir wollen wissen, was drinnen ist, wir wollen wissen, wie es gemacht wurde, wir wollen diese Kennzeichnung. Da müssen wir sie auch unterstützen, damit die Wirte nicht selber alles machen müssen, sondern dass da auch wirklich seitens der Wirtschaftskammer, seitens der Branchenvertretung nicht immer nur gesagt wird, was nicht funktioniert, was wieder eine Auflage ist, sondern wirklich, wie können wir gemeinsam ein gutes gemeinschaftliches Leben in einer Gemeinde, in einem Wirtshaus haben? Weil ich glaube, da passiert auch sehr viel für eine gute Entwicklung, für einen Standort, und internationale Betriebe werden sich dort ansiedeln, wo eine Gemeinschaft noch da ist. Wo man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommt.

Ein Punkt noch, bevor ich aufhören muss, das sind eben diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gesucht werden. In der Gastronomie noch viel mehr. Da brauchen wir, vielleicht müssen wir da noch einmal nachdenken, wie können wir da flexibler sein mit dem Anstellen der Aushilfen? Da gibt es mehrere Modelle. Es ist verdammt kompliziert, bis man da eingeloggt ist und den richtigerweise anmeldet.

Also, wir haben ein Gesetz gemacht, welches ich total unterstütze. Aber es ist ausgelegt worden für die Branchen, die das massiv ausnützen. Ein kleiner Wirt, ein Wirtshaus, der schnell eine Aushilfe braucht, weil ein Bus daherkommt, geht rüber zur Nachbarin und sagt: „Hilf mir!“ Dann muss man erst anfangen mit dem Anmelden und so weiter. Ich glaube, da müssen wir uns was überlegen. Müssen wir schauen, wie können wir sie da unterstützen? Damit eben genau diese Branche auch weiterbestehen kann in unserem Sinne.

Ich weiß, das ist nicht nur der internationale Zugang, aber genau das macht unsere Kultur aus, unsere Qualität aus. Deswegen kommen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu uns und sind bei uns Fachkräfte in Oberösterreich. Das wollen wir gemeinsam erreichen. Daher unser Antrag, diesen auch in dieser aktuellen Stunde mitzudiskutieren. Danke für die gemeinsame Unterstützung! (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Gerstorfer. In Vorbereitung Klubobmann Herwig Mahr.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Kollegen auf der Regierungsbank im Moment!

Das Anliegen der heutigen aktuellen Stunde, nämlich Oberösterreich auf dem Weg zur europäischen Spitzenregion nachhaltig zu stärken, können meine Fraktion und ich voll inhaltlich mittragen und unterstützen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es irgendjemanden in diesem Haus gibt, der das anders sieht, oder gar etwas anderes möchte.

Oberösterreich ist schon jetzt eine lebenswerte Region in Europa. Das haben wir den Oberösterreichern und Oberösterreichern zu verdanken, die mit Fleiß, Kreativität und Motivation die Dinge in die Hand nehmen und für Oberösterreich damit diese erfolgreiche Entwicklung möglich machen.

Ich möchte mich auch bei allen Oberösterreichern und Oberösterreichern bedanken, die ihren Beitrag leisten für diese so erfolgreiche Entwicklung. (Beifall)

Natürlich soll man sich nie zufrieden geben, und es geht immer besser. Um den Weg zur Spitzenregion in Europa zu beschleunigen, gibt es eine einfache Formel, die heißt: Investieren statt blockieren! Wir müssen vor allem in jenen Lebensbereichen Akzente setzen, in denen Oberösterreich derzeit noch Aufholbedarf zu anderen Regionen hat.

Diese Regionen finden wir in anderen Bundesländern, aber auch im benachbarten europäischen Ausland. Gerade wer von wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit spricht, muss den Oberösterreichern und Oberösterreichern auch die dafür notwendige Sicherheit und Flexibilität garantieren. Was können wir tun? Und zwar damit, dass wir Familien eine flächendeckende und hochwertige Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.

Gerade bei der Kinderbetreuung haben wir enormen Aufholbedarf im Vergleich zu den anderen Bundesländern, aber auch zu anderen europäischen Ländern. Umso mehr tut es mir leid, dass sozialdemokratische Initiativen für eine Verbesserung der Kinderbetreuung und damit auch für mehr Sicherheit für die Familien von der Mehrheit in diesem Haus abgelehnt werden. Durch dieses Blockieren werden wir den Weg zur Spitze nicht schaffen. Ich wiederhole, investieren statt blockieren muss hier die Devise sein! Investieren wir gemeinsam in die Kinderbetreuung und damit in die Familien in diesem Land! (Beifall)

Gerade in Zeiten, wo wir händeringend nach Fachkräften suchen, müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um die Rahmenbedingungen, gerade von Frauen am Arbeitsmarkt, zu verbessern. Es gilt die vorhandenen Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen zu beseitigen, auch das ist ein Bereich, wo wir nicht an der Spitze sind. Ganz im Gegenteil, dort haben wir den größten Unterschied aller Bundesländer!

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sage in diesem Zusammenhang nur zwei Zahlen. Wenn wir es schaffen, die Erwerbsquote von Frauen in Oberösterreich um ein Prozent zu heben, dann haben wir 4.700 zusätzliche Arbeitskräfte. Wenn es uns gelänge, die durchschnittliche Beschäftigung in der Teilzeit um eine Stunde zu erhöhen, von allen Teilzeitbeschäftigten, dann hätten wir 4.100 zusätzliche Vollzeitäquivalente. Das Potenzial ist da. Wir müssen nur die Rahmenbedingungen schaffen, dass dieses Potential für den Arbeitsmarkt auch genutzt werden kann.

Eine weitere wesentliche Grundlage für eine Spitzenregion ist natürlich auch die Verkehrsinfrastruktur. Die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs muss gerade für uns

Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern oberste Priorität haben, dazu gehört der Ausbau der Angebote ebenso wie ein leistbares und preiswertes Jahresticket, damit die Öffis auch tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Auch hier hatten wir, in diesem Haus, intensive Debatten, auch hier ist mehr Einsatz notwendig, um den Weg zur europäischen Spitzenregion zu gehen. Auch steht es in ihrem Regierungsprogramm aus 2015, aber es ist leider noch sehr wenig passiert.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete! Die von mir skizzierten wesentlichen Herausforderungen und die notwendigen Lösungen liegen in Form eines Antrages auf dem Tisch. Nägel mit Köpfen zu machen, was den Weg Oberösterreichs zur Spitzenregion in Europa betrifft, heißt auch, das zu lösen, wo wir noch nicht so gut sind, und daher ersuche ich um die Zustimmung zu unserem Antrag! (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Ing. Mahr. In Vorbereitung Herr Landeshauptmann Mag. Stelzer.

Abg. KO **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Zuhörer hier und im Internet! Es ist ja heute der letzte Tag der Wirtschaftskammerwahlen und daher auch eine gute Gelegenheit einmal im Zuge der aktuellen Stunde über das Thema zu sprechen. Die Anliegen, aber auch die Sorgen der Unternehmer zu thematisieren.

Das Land Oberösterreich kann durchwegs an Schrauben drehen, damit wir unsere Wirtschaftstreibenden unterstützen. Ich sage aber dazu: Unser Bundesland ist auf einem sehr, sehr guten Weg. Ich glaube schon, dass wir durch gezielte Förderungen und einen fokussierten Blick auf die Forschung auch die Zukunft von Oberösterreich und dem Wirtschaftsstandort durchaus in einem sehr, sehr guten Lichte haben.

Eine gute Standortpolitik besteht aber auch aus vielen weiteren Faktoren. Die insbesondere aber auch auf Bundesebene entschieden werden. Wir sollten nicht müde werden mit dem Vorantreiben des Abbaus der Bürokratie und der Abgabenlast. Ich glaube, das sind zwei wesentliche Faktoren. Glauben sie mir, ich als Selbständiger weiß, wovon ich spreche.

In manchen Branchen haben wir, zugespitzt, einen Fachkräftemangel. Aber das größte Problem ist einfach dieser Bürokratiemoloch, der den Unternehmen wirklich sehr, sehr schwer zu schaffen macht. Ich erinnere daran, dass wir den Kampf schon lange begonnen haben. Im Zuge der blauen Regierungsbeteiligung hat man ja sehr viele gute Sachen für die Wirtschaft auf die Reise geschickt. Ein paar Beispiele, die Reduktion des Steuersatzes auf Übernachtungen, die geplante und ausgearbeitete Steuerreform, die begonnene Kompetenzvereinbarung, das Aus für das sogenannte Gold Plating, die Zusammenlegung von Sozialversicherungsanstalten und und und.

Wir stehen nach wie vor zu diesen Reformen und werden schauen, dass sie auch konsequent umgesetzt werden. Aber es hat sich auch leider in der letzten Zeit einiges an Verschlechterungen und zusätzlichen Belastungen ergeben. Zum Beispiel die Einführung der Registriertassenpflicht, die Schaffung eines zentralen Kontenregisters für Behörden, die Verlängerung der Abschreibungen auf Betriebsgebäude, auch so ein Thema, die Recycling-Baustoffverordnung, die Allergenverordnung, das Energieeffizienzgesetz, und sie werden es mir gestatten, auch das Rauchverbot in der Gastronomie. Das Ziel für die Zukunft ist somit klar, effektive Rahmenbedingungen schaffen für einen erfolgreichen, attraktiven Wirtschaftsstandort, um die nachhaltige Reform sicherzustellen.

Wir brauchen einen modernen Wirtschaftsstandort mit einer effizienten und einer serviceorientierten Verwaltung. Wir brauchen faire Besteuerung. Das sollte in Richtung 40 Prozent gehen. Durch einfache, wirksame Steuersenkungen.

Keinesfalls können wir damit leben, dass es Erhöhungen von Steuern oder überhaupt neue Steuern gibt. Ich denke an die Vermögen-, Erbschaft-, oder CO₂-Steuer. Wir brauchen aber auch eine radikale Vereinfachung des österreichischen Steuerrechts. In den letzten 30 Jahren hat es 160 Novellierungen der Steuergesetze gegeben. Die sind mittlerweile so komplex geworden.

Es geht ja oft heute nur mehr darum, sich einen guten Steuerberater zu suchen, der sich dann das meiste für das Unternehmen herausholt, und das kann ja nicht und soll ja auch nicht Sinn dieser Übung sein. Jedenfalls muss es für unsere Unternehmer durch das Abführen von Steuern und Abgaben auf Lohn und Gehalt eine Erleichterung geben. Ich glaube auch, dass eine einzige, ich betone, eine einzige Abgabenstelle hier reicht. Zumindest steht das Versprechen, sage ich auch dazu, Abschaffung der kalten Progression erneut im Regierungsprogramm. Ob es sich tatsächlich in diese Richtung bewegt, das werden wir ja noch sehen.

Ich glaube, es ist die Pflicht der Politik in unserem Land die Rahmenbedingungen für die unternehmerische Freiheit unserer Wirtschaftstreibenden zu verbessern, denn Freiheit ist ein starker Motivator, um die Risiken auf sich zu nehmen. Nur so können wir die Spitzenleistungen erreichen. Ich glaube schon, dass wir auf einem sehr guten Weg sind, der maßgeblich ja natürlich auch zu einem Fortschritt und Wohlstand beiträgt. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Mag. Stelzer. In Vorbereitung Klubobmann Hirz.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher! Ich bin Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Landtags, sehr dankbar, dass Sie dieses zentrale Thema heute auch zum Schwerpunkt dieser Landtagssitzung machen, Oberösterreich als Spitzenregion nachhaltig zu stärken!

Denn es ist auch der zentrale Schwerpunkt für unser Land insgesamt, um ein so starker Standort bleiben zu können und vor allem auch um die gesicherte Lebensqualität, die wir haben, zu festigen und weiterentwickeln zu können.

Wir tun all das, was wir uns jetzt vornehmen, ja durchaus in herausfordernden Zeiten mit sehr brisanten Themen und auch mit sehr brisanten Problemlagen. Über eine haben wir heute zu Beginn der Sitzung schon gesprochen. Die Thematik der Erkrankungen, des Corona Virus. Wir konnten heute schon festhalten, wir können deswegen vernünftig und auch im Interesse unserer Bevölkerung damit umgehen, weil wir ganz, ganz viele in unserem Land haben, egal an welcher Stelle, ob im öffentlichen Bereich, ob in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen, in den Rettungsorganisationen, wo auch immer, die sich sehr kompetent darum annehmen. Wir haben Ihnen heute zu recht auch schon gedankt.

Andere Herausforderungen, die wir heuer auch schon erlebten: Stürme, Wetterkapriolen, die unzählige Einsatzkräfte auch in den Nächten gefordert haben. Leute, die da waren und da sind für uns, um die Probleme auch wieder zu regeln und um die Schäden wieder zu beseitigen. Die allermeisten von ihnen tun das freiwillig, ehrenamtlich, und auch dafür soll gedankt werden.

Oder aber eine andere zentrale Herausforderung, wir stehen momentan mitten in einer Diskussion, auch mit dem Bund, und mit vielen anderen Beteiligten, wie wir verlässlich die Pflege, für all jene die Pflege brauchen, absichern können. Organisatorisch, aber auch finanziell. Damit die Menschen, die das brauchen, auch bestens betreut werden. Sie werden zurzeit betreut. Die Herausforderung wird steigen. Sie werden aber deswegen auch bestens betreut, weil wir ganz viele haben, die sich darum annehmen.

Daher, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir uns heute darüber unterhalten, wie Oberösterreich den Weg zur Spitzenposition erfolgreich gehen kann, angesichts all dieser Herausforderungen, dann können wir eines mit großer Verlässlichkeit und Sicherheit sagen. Es sind unsere Landsleute, es sind die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die an verschiedensten Stellen arbeiten, die sich einbringen in den Unternehmen, Dienststellen, in ihrem Beruf, in ihren eigenen Betrieb, in den Einsatzorganisationen, die Hand anlegen, anpacken, die helfen, wo Hilfe gebraucht wird, die unterstützen, die forschen, die pflegen, die sorgen und vieles mehr. Und vor allem immer da sind, wenn und wo sie gebraucht werden. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Unser Oberösterreich ist deswegen so stark, weil sich die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher einbringen, unser Land der Möglichkeiten bauen. Und daher ist das unsere wahre Stärke und unser echtes Erfolgsgeheimnis, und darum glaube ich auch fest daran, dass wir die große Chance haben, dass wir wirklich an die Spitze der europäischen Regionen vordringen können.

Unsere Aufgabe, sehr geehrte Damen und Herren, ist es Möglichkeiten zu schaffen, dass die Landsleute erfolgreich sein können und all die Schwerpunkte, die sie sich vornehmen, auch angehen können und sie auch entsprechend umsetzen. Einen Rahmen, den wir ihnen bieten, aber auch mit Perspektiven, die wir ihnen aufzeigen, die faszinierend sind, die sie auch weiter nach vorne bringen, damit Unternehmen sich bei uns entfalten, damit Unternehmen zu uns kommen, Jobs sichern, Jobs schaffen und auch innovativ sein können und vor allem, dass sie nicht nur kommen, sondern dann auch bleiben.

Ein Vorteil in unserem Land, sehr geehrte Damen und Herren, gleichzeitig aber auch eine große Herausforderung ist, dass wir regional breit gestreut diese Stärke haben. Gott sei Dank. Unternehmen, die viele Arbeitsplätze bieten, wo immer man in unserem Land hinschaut und auch entsprechend hinkommt.

Das ist aber deswegen eine Herausforderung, weil wir ohnehin jetzt schon in Zeiten gehen, wo sich die Wirtschaftsentwicklung im Vergleich der vergangenen Jahre etwas verlangsamt, um nicht zu sagen normalisiert hätte und jetzt kommt eben noch die weltweite Herausforderung des neuen Virus dazu, die natürlich auch auf die internationale wirtschaftliche Entwicklung großen Einfluss hat.

Daher ist es gut, und wir werden es auch verstärken, dass wir regional gezielt in Bildung, in moderne Infrastruktur, in den öffentlichen Verkehr und auch in den Breitbandausbau investieren, und wir haben gerade erst vergangene Woche, der Kollege Steinkellner und ich, gemeinsam beispielsweise ein mehr als 300 Millionen Euro schweres Investitionspaket in die Bahninfrastruktur alleine im heurigen Jahr in Oberösterreich, vorgestellt, um zu zeigen, dass das nicht nur Überschriften, sondern dass das konkrete politische Handlungen sind.

Aber das sage ich auch dazu, um diese großen Vorhaben zu erreichen, um das Wirtschaften, Arbeiten und Leben in den Regionen auch weiter entwickeln zu können, brauchen wir auch

den Bund als Partner, Stichwort öffentlicher Verkehr, und wir brauchen auch die EU. Wenn sich die EU einen neuen finanziellen Rahmen gibt, dann muss dort auch die Regionalförderung, auch in den Ländern, die Nettozahler sind, einen großen Schwerpunkt bilden, weil nur dann kann es gelingen, dass wir auch regional eine breit aufgestellte Wirtschaft und Arbeitsplätze haben.

Wir haben, sehr geehrte Damen und Herren, zurzeit immer noch Rekordbeschäftigung im Vergleich der letzten Jahre, vor allem deswegen, weil wir eben auch ein stark exportorientiertes Land sind und weil wir, das ist ja bekannt, einen großen Teil der insgesamt in Österreich gegebenen Exporte aus Oberösterreich beitragen und deshalb, das möchte ich heute auch mit allem Ernst sagen, ist natürlich die Entwicklung des Coronavirus für uns auch eine Herausforderung. Eine, die uns zu Entscheidungen und Konsequenzen bringen soll und muss, aus meiner Sicht, Stichwort, auch Europa, auch Österreich, auch Oberösterreich muss wieder verstärkt ein Produktionsstandort sein und bleiben können, und wir dürfen nicht ausschließlich, auf welcher Grundlage immer, Produktionsstätten international verlagern.

Und das zweite, das möchte ich heute auch deutlich sagen: Wenn es nötig sein sollte, dass Unternehmen in Oberösterreich, die allein und ausschließlich aufgrund der Auswirkungen des Coronavirus Überbrückungen oder Unterstützungen brauchen, um wieder in Schwung zu kommen, um die Arbeitsplätze zu sichern und auch nachhaltig sich fortentwickeln zu können, dann wird natürlich auch Oberösterreich, gemeinsam mit der Bundesregierung zur Stelle sein, um Engpässe zu überbrücken und um zu helfen. Wir sind stark genug, wir haben zeitgerecht begonnen uns zu stärken, und daher werden wir da auch bei Notsituationen entsprechend einspringen können.

Insgesamt, sehr geehrte Damen und Herren, sind wir auf einem sehr guten Weg, es wurden heute die Regionen angesprochen, natürlich ist das auch ein Wettbewerb mit anderen Regionen, in dem schlagen wir uns, ich würde sagen, herzeigbar und passabel. Wir möchten ja noch weiter kommen, aber alleine im letzten Vergleichsindex Europas, der Vergleich der Industrieregionen Europas, die sich mit Oberösterreich vergleichen lassen, haben wir einen Sprung um 17 Plätze nach vorne gemacht und sind von Platz 51 auf 34 vorgerückt. Die Richtung stimmt, die Größe der Schritte stimmt, der Weg soll entsprechend weitergehen.

Und das sind aus meiner Sicht auch wichtige Botschaften an internationale Investoren, an Leute, die an Standorten interessiert sind, die zu uns kommen können, und es zeigt aber auch einmal mehr, und daher danke ich der Mehrheit dieses Hauses, dass geordnete Finanzen die beste Konjunkturgrundlage sind, weil geordnete Finanzen auch ein dauerhaftes, konjunkturunterstützendes Mittel sind, und daher ist das auch für mich eine Bestätigung des Weges, der sich in dreierlei Punkten zusammenfassen lässt: Erstens, eine konsequente Fortsetzung der Null-Schulden-Politik, von der ich hoffe, dass sie von manchen Seiten nicht weiter blockiert wird, denn Null-Schulden-Politik ermöglicht nämlich auch Investitionen in unserem Land. Zweitens, der jährliche Pakt für Arbeit und Qualifizierung, in dem wir gezielt für Qualifizierung und Weiterbildung eintreten und drittens aber auch die vom Standort-Landesrat Achleitner breit aufgestellte neue Standortstrategie #upperVision2030, die in nicht einmal ganz 10 Jahren ein Volumen von einer zusätzlichen Milliarde Euro für Wirtschaft und Forschung bewegen wird und daher unseren Standort kraftvoll weiterentwickeln wird.

Und eines, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich natürlich auch noch ansprechen. Ich habe von Wetterkapriolen gesprochen und Ähnlichem mehr. Für den weiteren Erfolg unseres Standortes und unseres Bundeslandes wird es auch von Bedeutung sein, wie wir mit Maßnahmen und Entscheidungen für eine intakte Umwelt erfolgreich sind. Und zwar in einer

Art und Weise, die auch unseren Unternehmen und Betrieben dadurch, dass wir für die Umwelt tätig sind, auch neue Chancen einräumt und ihnen neue Chancen auch bietet.

Und daher muss es gelingen und muss der Ansatz bei uns immer sein, dass Klimaschutz und erfolgreiche Standortpolitik aus einem Guss und unter einem Bogen gemacht werden. Wir haben begonnen, mit unserem landeseigenen Energieversorger noch stärker in die erneuerbare Energie zu investieren, die Wasserkraft noch weiter auszubauen, einen großen Schwerpunkt auf Photovoltaik zu setzen oder aber auch haben wir gemeinsam das Programm zur Luftreinhaltung in Linz gesetzt, und oberösterreichische Forschungseinrichtungen sind beispielsweise auch im Thema Energieeffizienz internationale Spitzenreiter und vorne mit dabei.

Und ich sage es gerne immer wieder und es gehört auch in dieser aktuellen Stunde gesagt: Wenn man sich heute auf der Welt anschauen will, wie umwelt- und menschengerechte Industrieproduktion auf höchstem Niveau geht und wer die sauberste Industrie der Welt sehen will, der muss nach Oberösterreich kommen. Eine Industrie, die produziert und Arbeitsplätze vor Ort schafft.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, das sage ich deswegen, weil ich sehr dafür bin, dass sich die Europäische Union dem Klimaschutz verstärkt widmet, ich sage aber auch eines deutlich dazu, dass darf nicht dazu führen, dass der Green Deal ein Atom Deal wird, denn das muss Hand in Hand mit erneuerbaren Energien gehen und es darf nicht denen Vorschub leisten, die sagen ja, ja, die EU setzt sich einen Klimaschwerpunkt, aber leider, leider werden wir das nur erreichen können, wenn wir weiter in die Atomkraft hineingehen. Wir zeigen vor, wie es anders geht, und wir möchten uns da auch zu einer Avantgarde in Europa entwickeln, die wir schon begonnen haben zu sein. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, so stark wir auch sind, so erfolgreich wir auch sind, so gesund wir auch sind, so chancenreich wir auch sind, wir werden uns trotzdem nicht von internationalen Entwicklungen und von internationalen Trends abkoppeln können, daher wird es auch weiter herausfordernde Zeiten geben, es wird Schwierigkeiten geben, es wird Probleme zu überwinden geben, aber Oberösterreich wird das alles meistern, so wie wir es auch bisher gemacht haben, aus allem, was sich uns anbietet oder aber auch entgegenstellt, das Beste zu machen. Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher können das.

Daher wollen und werden wir uns auch zur Spitze entwickeln, nicht als Selbstzweck, sondern weil das Ziel lautet dadurch die Lebenssituation unserer Landsleute hier ständig zu verbessern, damit sie ein gutes, ein sicheres und ein erfülltes Leben gestalten können und zwar in Oberösterreich, dem Land der Möglichkeiten. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Gottfried Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Kattnigg hat gesagt, dass Umweltfragen durchaus Betriebserweiterungen und Neubauten verhindern. Ich möchte entgegenhalten, ich glaube, dass Ökologie und Nachhaltigkeit und Wirtschaft kein Widerspruch sind. Gut zu wirtschaften heißt ja nicht zwangsläufig mit Ressourcen unachtsam umzugehen, da meine ich sowohl die menschlichen Ressourcen als auch die Umweltressourcen.

Ganz im Gegenteil, ich glaube, die besten Chancen ergeben sich dort, wo entsprechende Nachhaltigkeit besteht, und ich will jetzt nicht die Geschichte strapazieren, aber in den 12

Jahren, wo die Grünen hier Koalitionsverantwortung gehabt haben, haben wir, glaube ich, auch den Beweis geliefert, dass Wirtschaft und Ökologie zu verbinden sind. Es sind die ökologischen Branchen gewachsen, es ist ein positives Umfeld für die Betriebe entstanden, sodass sogar manche Marktführer geworden sind in Europa, aber auch global.

Wir haben stark in den Forschungsbereich investiert, und insgesamt waren der Klimaschutz und der Umweltschutz ein Wirtschaftsmotor für Oberösterreich, und Oberösterreich hat hier eine Vorreiterrolle eingenommen. Und mit der verschärften Klimakrise, jetzt muss ich ehrlich sagen, ich habe noch nie einen Winter erlebt, wo in Rutzenmoos keine geschlossene Schneedecke war, diesmal war es so, tut sich ein neues Verhältnis zwischen Ökologie und Wirtschaft auf, und der Klimaschutz ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.

Herr Landeshauptmann Stelzer hat es gesagt, Klimaschutz, intakte Umwelt, ganz wichtig und sie stellen auch eine ganz besondere Chance für die Wirtschaft dar. Besonders in einem exportorientierten und sehr erfolgreichen Wirtschaftsstandort, wie das Oberösterreich auch ist. Die heimische Wirtschaft habe ich kennengelernt als eine sehr innovative Wirtschaft, die im Endeffekt auch die Bereitschaft hat, hier die Chance zu nützen.

Nur was braucht eine ökologisch agierende Wirtschaft? Sie braucht Sicherheit, sie braucht Rechtssicherheit, sie braucht Planbarkeit und sie braucht eine Investitionssicherheit, und das waren auch Anträge, die wir im Oberösterreichischen Landtag, diese Rahmenbedingungen auch eingebracht haben. Ich erinnere nur an das Thema Vergaberecht, ein ganz wesentlicher Punkt, Stichwort: Chinesischer Granit, wo es, meiner Meinung nach, darum geht, ökologische und soziale Aspekte in den Ausschreibungsverfahren verstärkt zu verankern oder Stichwort: Schulessen aus dem Ausland, mit Beispiel Wels, wo das Mittagessen über tausende Kilometer nach Wels transportiert wird, da geht es darum, eigene Schulküchen zu bauen, biologisch regional, saisonal einzukaufen und damit erstens einmal die Umwelt zu schonen und zweitens stärke ich damit natürlich auch die entsprechende lokale Wirtschaft.

Und aktuell in Diskussion, die neue Raumordnungsnovelle. Wir haben einen umfassenden Antrag als Grüne eingebracht, und mir geht es vor allem darum, dass wir auch die Ortskerne und die Stadtkerne entsprechend stützen. Warum? Weil genau dort sich eigentlich die Klein- und Mittelbetriebe befinden, die in Konkurrenz sind zu den Einkaufszentren, zum Beispiel am Stadtrand, und daher hat also Raumordnung auch sehr viel mit dem Wirtschaftsstandort zu tun. Es geht darum, die Handwerks-, die Gastronomie-, die Handelsbetriebe vor allen Dingen auch in den strukturschwachen Regionen entsprechend zu unterstützen.

99,6 Prozent der wirtschaftstreibenden Unternehmen sind also Klein- und Mittelbetriebe, die sind der Pfeiler der Wirtschaft. Von uns gibt es einen konkreten Antrag heute, hier die finanzielle und soziale Absicherung von EPU und Kleinstunternehmen einzufordern. Das haben alle Fraktionen unterschrieben. Ich bedanke mich dazu ganz herzlich. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Peter Oberlehner.

Abg. Bgm. **Oberlehner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Das Thema dieser aktuellen Stunde Oberösterreich als europäische Spitzenregion nachhaltig zu stärken, halte ich schon deshalb für so gut und so wertvoll, weil es uns gleichsam auch bei der Ist-Analyse bewusst macht, wie gut unser Land der Möglichkeiten eigentlich jetzt schon in vielen Bereichen aufgestellt ist und in wie vielen Bereichen wir jetzt schon eine Spitzenregion in der Europäischen Union tatsächlich darstellen.

Ich glaube, da sollten wir durchaus auch ein bisschen stolz darauf sein und dürfen uns darüber freuen und dürfen das auch kommunizieren, aber gleichzeitig halte ich dieses Thema für so wichtig, weil es auch dazu führt, dass wir nachdenken, wo müssen wir denn noch besser werden? Wo haben wir noch Dinge, die vielleicht noch nicht ganz so sind, wie wir sie uns wünschen oder wo wir wissen, dass wir für die Zukunft uns vielleicht noch ein bisschen besser rüsten müssen, um auch in der Zukunft unsere Standards und unsere tolle Situation zu sichern?

Ein ganz wichtiger Bereich dabei ist der Bereich der Arbeitswelt insgesamt. Der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Qualifizierung und auch das Thema der Lehre und Ausbildung. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, glaube ich, dass es ganz wichtig ist, dass wir primär auch das Thema Sozialpartnerschaft, so wie wir es bisher leben, auch in der Zukunft leben, dass es ein gutes Miteinander gibt zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Arbeitgebern.

Ein gemeinsames Ziel dabei muss, meiner Meinung nach, sein, dass wir es ständig schaffen, sinnvolle, zeitgemäße und praktikable Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein gutes und attraktives Arbeitsumfeld schaffen, gleichzeitig aber auch der Wirtschaft die Möglichkeit geben, ihre Betriebe gut zu führen und entsprechend auch gut wirtschaften zu können.

Die Leistung aller arbeitenden Menschen schafft die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und sichert aber auch den Sozialstaat und stärkt damit aber natürlich auch den Standort Oberösterreich. Ein zentrales Thema, und das ist heute schon mehrfach angesprochen worden, ist das Thema der Fachkräfte, man spricht immer von Fachkräftemangel, ich glaube wir müssen vor allem auch von der Fachkräfteentwicklung sprechen. Was müssen wir tun, dass wir die Fachkräfte auch in der Zukunft sichern können? Wir wissen, dass es bei der derzeitigen Entwicklung im Jahr 2030 ca. 47.000 Fachkräfte weniger geben wird wie heute.

Viele Maßnahmen sind dazu notwendig um dem entgegen zu wirken, und entsprechende Maßnahmen werden auch hier bei uns ständig gesetzt. Ich denke dabei an die umfassende Arbeitsmarktstrategie gegen den Fachkräftemangel, das Programm Arbeitsplatz 2030, dass ein Pilotprojekt ist, dass wir in Oberösterreich hier hochgezogen haben und das von anderen inzwischen auch abgekupfert und nachgemacht wird.

Ein wichtiger Teil ist oder ein wichtiger Bereich ist auch der Pakt für Arbeit und Qualifizierung, der jährlich von der Landesregierung beschlossen wird. Im heurigen Jahr investieren wir in diesen Pakt, wo die Partner Land Oberösterreich, AMS Oberösterreich und Sozialministeriumsservice zusammenarbeiten, immerhin 247,12 Millionen Euro, das sind 15 Millionen Euro mehr als im Vorjahr, um 6,5 Prozent mehr. Und da geht sehr viel Geld in Richtung der Jugend, in Richtung der Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und Beeinträchtigungen, aber auch für die Qualifizierung der Fachkräfte. 98.000 Leute profitieren von diesem Pakt für Arbeit und Qualifizierung.

Ganz kurz nur schlagwortartig, welche Beispiele gibt es da: Erfolgreiche Jobinitiative für über 50-Jährige, arbeitsplatznahe Qualifizierung, ober Qualifizierungsverbund digitale Kompetenz. Ein ganz wichtiger Teil natürlich und Bereich ist die Lehre. Wenn wir von Fachkräften sprechen, von Facharbeitern, dann brauchen wir entsprechende Ausbildung über die Lehre, und das geschieht bei uns auch in einem ganz hohen Ausmaß, 5.400 Lehrbetriebe bilden derzeit über 23.000 Lehrlinge aus, aber auch hier ist es nicht so, dass wir sozusagen am

Plafond sind, wir müssen hier weiterentwickeln, und wir müssen vor allem die Wertschätzung der Lehre und der Facharbeit gegenüber der Gesellschaft weiterentwickeln, hier ist schon sehr viel geschehen, und ich glaube, wir sind auf gutem Wege, auch hier in der dualen Ausbildung die Zukunft entsprechend gestalten zu können.

Und zwei Dinge, die da dazugehören, sind das Thema Lehre mit Matura und umgekehrt Matura mit Lehre. Beide Bereiche boomen, kann man fast sagen, viele Menschen gehen diese Wege, und auch auf diesem Weg erhalten wir gute Fachkräfte und entsprechende Leistungsträger für die Zukunft. In diesem Sinne, glaube ich, dürfen wir festhalten, dass wir auf gutem Stand sind in unserem schönen Oberösterreich, aber es braucht viele Maßnahmen, um diesen Standard und diese derzeitige Situation auch in der Zukunft zu garantieren. Danke schön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächstem Redner darf ich Kollegen Rudolf Kroiß das Wort erteilen.

Abg. **Kroiß:** Sehr geehrte Präsidentin, werter Landtag, liebe Zuhörer auf den Rängen! Bei der aktuellen Debatte zu dieser Resolution möchte ich gleich zum Punkt Gewinnung und Qualifizierung von Fachkräften Stellung nehmen. Bis dato hat das Land Oberösterreich immer gut reagiert und seine Hausaufgaben gemacht. Mit zahlreichen Investitionen und Förderungen in den Bereichen Bildung, Forschung, Infrastruktur, aber auch in der Wirtschaft ist es uns gemeinsam gelungen, dass Oberösterreich zu einer der stärksten Regionen in Europa zählt. Die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache. Wir haben Beschäftigungshochstand, schon erwähnt. Wir haben beinahe 24.000 Lehrlinge im dualen Ausbildungssystem. Wir sind Exportweltmeister, Exportmeister in Österreich. 38,2 Milliarden Euro werden in Oberösterreich erwirtschaftet. Man darf sich über das Erreichte freuen. Man darf sich aber darauf nicht ausruhen.

Geht es nach der aktuellen WIFO-Studie, ziehen dunkle Wolken über den oberösterreichischen Wirtschaftsraum auf, denn dem oberösterreichischen Arbeitsmarkt fehlen aktuell 30.000 Fachkräfte, und die Zahl wird sich bis 2030 noch verschlimmern.

Besonders betroffen sind die Sparten Industrie, Gewerbe und Handel, aber auch der Dienstleistungsbereich. Deshalb muss, damit wir unseren erfolgreichen Weg in Oberösterreich weiter fortsetzen können, vor allem schnell gehandelt werden. Und das Gebot der Stunde heißt qualifizieren, qualifizieren und nochmals qualifizieren.

Aber wer glaubt, dass durch qualifizierte Zuwanderung oder durch Migration wir das Problem in den Griff bekommen, der irrt gewaltig. Im Gegenteil, das schafft nur noch zusätzliche Probleme.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir für qualifizierte Zuwanderer anscheinend nicht attraktiv genug sind, denn obwohl die Kriterien der Rot-Weiß-Rot-Karte 2019 evaluiert worden sind, das heißt, der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt erleichtert wurde, sind die Erfolge diesbezüglich eher bescheiden, und die sogenannte Autobahn der Talente, wie die Ministerin Schramböck erst vor kurzem in einem Interview gesagt hat, also, diese Autobahn sehe ich auch nicht auf Österreich zukommen. Dies sehe ich nicht.

Und ich möchte hier unserem ehemaligen Wirtschaftslandesrat Michael Strugl zitieren, der hier in diesem Haus einmal gesagt hat: Es macht Sinn, nur in Teichen zu angeln, in dem auch Fische schwimmen. Genau dieser Spruch trifft den Nagel auf dem Kopf, denn in ganz Europa werden Fachkräfte genauso gesucht wie bei uns in Oberösterreich.

Gleichzeitig sollen wir uns aber hüten, weil ja jetzt gerade in Wien die aktuelle Diskussion bezüglich der Rot-Weiß-Rot-Karte ist, dass hier die Anforderungskriterien noch weiter heruntergesetzt werden sollen, sollten wir uns hüten, genau diese Anforderungen noch weiter herunterzusetzen, sonst würden wir einen weiteren Verdrängungswettbewerb im unteren Bildungssektor Tür und Tor öffnen.

Mögliche zukünftige Asylmigranten, die gerade jetzt in Griechenland an der Grenze stehen, werden uns bei unserem Problem bei dem Fachkräftemangel bestimmt nicht nützen. Auch hier möchte ich eine Zahl präsentieren: Aktuell kann jeder dritte Migrant, der in der Vergangenheit nach Österreich gekommen ist, zurzeit nicht in den ersten Arbeitsmarkt zugeführt werden und braucht dementsprechend soziale Unterstützung. Deshalb heißt das Gebot der Stunde, damit wir diesen Wirtschaftsmotor in Oberösterreich nicht abwürgen, nochmals, ich wiederhole mich, Qualifizierung, Qualifizierung und nochmals Qualifizierung.

Hier möchte ich mich an dieser Stelle, wie meine Vorredner auch, bei den Verantwortlichen und Partnern für „Pakt und Arbeit und Qualifizierung“ recht herzlich bedanken. Hier wird, ich möchte jetzt auf die einzelnen Programme gar nicht eingehen, Besonderes geleistet. Sie leisten ja sehr viel für unser Land, aber dennoch muss uns klar sein, nur durch eine zusätzliche Intensivierung der betrieblichen und der berufsbegleitenden Ausbildung, die hier eine echte Alternative zur Rot-Weiß-Rot-Karte ist, nur so kann es uns gelingen, diesen bevorstehenden Kollaps in Oberösterreich, am oberösterreichischen Arbeitsmarkt entgegenzuwirken.

So ist in dieser WIFO-Studie nachzulesen, dass zukünftige gesamte Fachkräfteengpässe deutlich machen, dass eine Strategie zur Fachkräftesicherung, über alle Qualifikationen hinweg, notwendig ist. Gut ausgebildete Menschen sind ein wichtiger Standortfaktor. Ohne diese Fachkräfte von Morgen werden wir kein Wirtschaftswachstum erzielen. Deshalb macht es Sinn, so wie in dieser Resolution auch gefordert, zusätzliche Maßnahmen zur Gewinnung und Qualifizierung von Fachkräften zur Deckung des Arbeitskräftebedarfes umzusetzen und weitere Möglichkeiten der berufsbegleitenden Ausbildung zu ermöglichen.

Ein Beispiel ist die aktuelle, von der Wirtschaftskammer forcierte duale Akademie. Sie ist eine nette Ergänzung zur beschleunigten Lehre für Maturanten und Studienabbrecher. Manche Unternehmen bieten solche Zusatzangebote ja schon ohnehin in ihren Unternehmen an. Aber es ist gut, dass unser Angebot zur Berufsqualifizierung hier immer breiter wird, denn ein lebenslanges Lernen wird immer mehr zur Pflicht. Fazit, und ich möchte da meinen Klubobmann Mahr zitieren, der schon gesagt hat, Oberösterreich ist auf einem guten Weg. Ich möchte diesen Satz ergänzen, setzen wir heute Impulse, dass dies zukünftig auch so bleibt, daher ersuche ich um Zustimmung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächstem Redner darf ich Herrn Landesrat Stefan Kaineder das Wort erteilen.

Landesrat **Kaineder:** Danke Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Klimakrise ist eine Realität, und sie wird etwas machen mit der österreichischen, der europäischen, der oberösterreichischen Wirtschaft und das nicht, weil sich das irgendjemand wünscht, sondern weil die Menschen jetzt schon spüren, dass wir so nicht weitermachen können.

Ich erinnere daran, dass in den letzten beiden Sommern in der Peripherie in Oberösterreich es Haushalte gegeben hat, die haben den Wasserhahn aufgedreht und da kam nichts mehr. Reden Sie einmal mit Bäuerinnen und Bauern, was in den letzten Jahren auf den Äckern passiert ist, auf den Grünflächen passiert ist. Man kommt sehr schnell zu dem Schluss, dass

das, was die Wissenschaft uns seit Jahren, auch Jahrzehnten sagt, jetzt Realität wird, die Klimakrise ist real, sie ist hier und sie ist eine der größten Herausforderungen.

Und diese Herausforderung geht nicht vorbei an der oberösterreichischen Wirtschaft. Deshalb ist es eine wesentliche Frage, wie wir, ich finde auch in Oberösterreich schon Tradition, die Herausforderung zur Chance machen können? Also es geht in meiner Einschätzung nicht mehr darum, ob wir die Klimakrise ernst nehmen, ob wir das Wirtschaftssystem umstellen, ob wir einen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen schaffen, sondern eigentlich nur mehr wann und wie.

Und dafür brauchen wir ein Rezept, und es ist meine feste Überzeugung, die wichtigste Zutat bei diesem Rezept wird der Mut sein. Ich höre oft in Diskussionen, dass wir nicht zu weit nach vorne steigen sollen. Man muss vorsichtig sein, immer schauen, was machen die Nachbarländer, was machen die Nachbarkontinente, wer traut sich wie weit nach vor, und meine feste Überzeugung, und das kann man in der Geschichte auch der oberösterreichischen Wirtschaft sich gut anschauen, ist, eigentlich müssen wir nach vorne.

Eigentlich ist der Mut das, was uns jetzt weiterhilft. Wenn Ihr euch anschaut, was zwischen 2003 und 2015 auch mit einem der ambitioniertesten Energiewendeprogramme in Europas passiert ist in der oberösterreichischen Energiewirtschaft. Wir haben es geschafft, europaweit und auch weltweit durch die Innovationskraft der oberösterreichischen Wirtschaft Vorreiter zu werden bei Biomassekessel, bei Photovoltaik-Wechselrichtern, in der Solarthermie und so weiter.

Und es war nur deshalb möglich, weil die Politik gesagt hat, das ist uns so wichtig, in Oberösterreich gehen wir zwei Schritte nach vor. Es ist uns eigentlich nicht so wichtig, was die anderen machen. Ihr könnt euch in wirtschaftlich erfolgreichen Regionen dieser Welt, Kalifornien und so weiter, anschauen, wenn die Politik sagt, ich gehe zwei Schritte vor und die Wirtschaft innovativ genug ist, und da habe ich eine große Hoffnung, dass die oberösterreichische Wirtschaft das hinkriegt, dann entwickelt sich hier eine riesige Chance für die Wirtschaft.

In Wahrheit, Kollege Kroiß, hast du die Frage ja schon selbst beantwortet, nämlich du hast gesagt: Oberösterreich ist Exportweltmeister, 68 Milliarden Euro, glaube ich, wenn ich die Zahl mir richtig (Zwischenruf Abg. Kroiß: „38!“) gemerkt habe, 38 Milliarden Euro exportieren wir, jetzt braucht man sich als exportorientiertes Bundesland eigentlich nur die Frage stellen: Was wird denn gebraucht werden in den nächsten 25 Jahren?

Wenn sich die gesamte Welt darauf committed, dass 2050 kein Gramm CO₂ mehr ausgestoßen werden soll, was wird dort dann gebraucht werden? Und ich finde, es ist unsere Verantwortung, Vorreiterrolle einzunehmen, die zwei Schritte nach vor zu machen, weil diese zwei Schritte die ganz große Chance für die oberösterreichische Wirtschaft wären.

Warum sollen wir das, was wir bei den Biomassekesseln geschafft haben, nicht beim Holzbau schaffen? Dort wo CO₂ in Gebäuden gespeichert werden kann, und als zuständiger Landesrat für die Abfallwirtschaft muss ich euch sagen, die nicht Sondermüll produzieren bei der Dämmung, bei der Herstellung von Gebäuden, sondern mit dem Holzbau wir in Wahrheit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Das kann uns gelingen, wenn wir ambitionierte politische Rahmenbedingungen dafür herstellen. Bei der Mobilität dasselbe Bild. Die Kollegin Kattnigg spricht davon, dass der

Dieselmotor in einer Krise steckt. Ja, richtig! Weil ab 2050, wenn man die völkerrechtlichen Verbindungen, die wir eingegangen sind, ernst nehmen, jeder Liter Diesel auf hundert Kilometer genau ein Liter Diesel zu viel sein wird.

Das ist so. Die Frage ist nur: Wie gehen wir damit um? Da finde ich, sollte Oberösterreich mutig nach vorne gehen. Wir haben jetzt eine Bundesregierung, die sich ambitionierte Ziele gesetzt hat. Es wäre an uns jetzt, die oberösterreichischen Rahmenbedingungen genau danach auszurichten und daran werde ich zumindest in den nächsten Monaten intensiv arbeiten. Danke schön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächstem Redner darf ich Herrn Klubobmann Christian Makor das Wort erteilen.

Abg. KO Makor: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren aus der Regierung! Ja, unbestritten, Oberösterreich ist ein wunderschönes Land. Oberösterreich steht auch solide da. Wir alle können stolz auf die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre sein, die uns auch Möglichkeiten schafft. Wir können stolz auf unsere tüchtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf starke oberösterreichische Unternehmen sein, auf das alles können wir stolz sein.

Wenn wir von einer europäischen Spitzenregion reden, die Rankings sind bereits genannt worden, so ist insbesondere immer das wirtschaftliche Ranking in eurem Fokus. Und ich bin dem Landeshauptmann eigentlich sehr dankbar, dass er das Spielfeld der heutigen beantragten aktuellen Stunde zumindest um den Umweltschutz auch erweitert hat, weil im ersten Antrag, der uns zur Mitzeichnung übermittelt wurde, unbestritten wichtig, dass nachhaltige Forderungen für eine nachhaltige Wirtschaft und das nachhaltige Sichern der Spitzenregion bestehen bleiben, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Oberösterreich, bei aller Wichtigkeit von Exportquoten, bei aller Wichtigkeit von wirtschaftlichen Kennzahlen, aber Oberösterreich ist mehr, Oberösterreich ist viel, viel mehr.

Wenn es ein Oberösterreichischer Landtag, der zukunftsorientiert, und auch der Peter Oberlehner hat ein bisserl in diese Richtung auch gesprochen, darum bin ich eigentlich eh positiv überrascht, weil ich schon Angst hatte, da ein bisserl vor Scheuklappen auch zu stehen, wenn der Oberösterreichische Landtag zukunftsorientiert handeln möchte, kann er sich selbst loben für alles, was bisher geschafft wurde, ja, aber dann muss er insbesondere über jene Politikfelder und jene Politikbereiche debattieren und diskutieren, wo wir eben noch nicht in der Champions League, im europäischen Spitzenfeld sind. Wo wir in Wirklichkeit noch hinten nachhinken. Genau das ist auch die Motivlage unseres Antrags.

Zu dem hat aber noch keiner Stellung genommen. Außer die Grünen am Rande. Aber mir wurde informell signalisiert, dass er zwar die Dringlichkeit zuerkannt bekommt, aber inhaltlich abgelehnt wird, weil es natürlich darum geht, dass wir auch in anderen Lebensbereichen, nämlich genau in jenen, wenn du rausgehst da jetzt unten auf die Landstraße und fragst: Was ist dir in Oberösterreich wichtig? Dann wird nicht allen als erstes die Exportquote einfallen, sondern die Menschen haben ganz andere Sorgen und Probleme.

Wir haben halt versucht, zwei oder drei Sorgen und Probleme in unserem Antrag auch aufzuzählen, wo es uns darum geht, auch bei der Frage etwa der Kinderbetreuung, da haben die Menschen Sorgen, wie sie das gewährleisten können, bei der Frage des Klimaschutzes, wo wir als Oberösterreich den konkretesten und konsequentesten Weg dort beschreiten

könnten, wenn wir das Klimaticket 1-2-3 oder zumindestens für Oberösterreich unser umweltfreundliches Ticket: „Einmal zahlen, überall fahren“, umsetzen.

Das können wir selber machen, da hindert uns keiner daran, morgen damit zu beginnen, das auch tatsächlich umzusetzen, erst recht, weil es ja in eurem eigenen Koalitionsübereinkommen seit fünf Jahren ruht, ruht, da ist noch nicht recht viel passiert, das tatsächlich zu machen, und das Dritte und zugegeben, da war ein bisschen auch der Anlass der, dass Übermorgen Weltfrauentag ist und seit über hundert Jahren die zentrale Forderung gleicher Lohn für gleiche Arbeit nach wie vor an diesem Tag gefordert wird.

Man hat auch da etwas zusammengebracht. Man braucht das Erreichte nicht kleinreden. Nur bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit sind wir noch bei weitem nicht. Dass wir in diesen drei Lebensbereichen, die für viele Oberösterreichinnen und Oberösterreichern ganz persönlich wichtige Lebensbereiche sind, halt auch zum europäischen Spitzenfeld gehören sollten.

Genau das ist die Motivlage, in Wirklichkeit eine Absichtserklärung, weil, wie man das dann schafft im Konkreten, darüber können wir dann in den Ausschüssen, wie der Weg dann ist, wenn wir eh alle dasselbe wollen, wir noch ausführlich diskutieren können. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir als Oberösterreichischer Landtag in die Spitzenregion wollen, in Bereichen schon sind, dann sollten wir auch bei der Frage des Klimaschutzes, bei der Frage des öffentlichen Verkehrs, bei der Frage der Kinderbetreuung, bei der Frage der Familien und bei der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau den Ansporn haben.

Und das ersuche ich, um das bitte ich euch zu unterstützen und den Antrag zu unterstützen, weil es wäre nur fair und sinnvoll. Danke sehr. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen auf der Regierungsbank, hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin um diese aktuelle Stunde sehr dankbar, denn man hat in diesen Zeiten auch nicht vergessen, dass es Themen gibt, die für Oberösterreich, für Europa wichtig sind und dass es nicht unbedingt nur um das derzeitig beherrschende Thema des Coronavirus geht oder die Migrationskrise, sondern, dass es auch andere Themen gibt, die für diesen Wirtschaftsstandort immens wichtig sind.

Die Heimat zu schützen heißt, neben dem Schutz des Erreichten, dass wir auch dieses Land weiter entwickeln. Und Wirtschaftspolitik ist sicherlich kein einfaches Fach. Es ist ein komplexes Thema. Komplex wie die Bildungspolitik oder auch wie die Gesundheitspolitik, und es gibt halt auch unterschiedliche Ebenen, unterschiedliche Gestaltungsebenen und unterschiedliche Auswirkungsebenen.

Wir Freiheitliche in Oberösterreich, wir haben uns immer zu diesem Wirtschafts- und Industriestandort, auch zu diesem Produktionsstandort bekannt. Zu einem Standort, der wirtschaftliche Prosperität uns eingebracht hat, Arbeitsplätze sichert und Wohlstand, aber auch Unabhängigkeit und Freiheit, und dieser Standort ist auch die Grundlage unseres Sozialstaates oder auch unseres sozialen Landes.

Es gibt drei wesentliche Säulen, auf die ich mich heute konzentrieren möchte, wo ich denke, dass Oberösterreich weiter entwickelt werden soll und weiter entwickelt werden kann. Auf der

einen Seite soll Oberösterreich zur wesentlichen Wissensdrehscheibe werden von Unternehmern, von Denkern und auch von Forschern. Upper Austria soll für Innovation und auch für Aufbruchsstimmung auch stehen.

Und wir sollen weiterhin als eine wirtschaftliche Schlüsselregion auch gelten, die beständig Fachkräfte auch hervor bringt und diese auch, wenn es notwendig ist, diese tatsächlichen Fachkräfte auch anzieht. Wir brauchen aber keine Hilfskräfte, die kein Deutsch und auch kein Englisch sprechen können. Wir brauchen echte Schlüsselkräfte, die in diesem Land auch mitarbeiten oder auch Teil dieser Gesellschaft werden wollen.

Wir stehen zur Industrie. Wir stehen auch zur Produktion. Das ist das Wesentliche. Und wenn ich von Produktion spreche und von Oberösterreich, dann meine ich, wenn wir wettbewerbsfähig sein wollen, dass wir, wie gesagt, die besten Facharbeitskräfte hervorbringen müssen. Wir haben hier äußerst gute Leute.

Was Oberösterreich zum Stahlland gemacht hat und zu einem erfolgreichen Industriebundesland, das waren nicht billige Arbeitskräfte, sondern das war immer der technologische Vorsprung am Beispiel des LD-Verfahrens. Es war der Vorsprung durch das Know-how, durch gute Leute, ein Vorsprung durch Innovation, aber es war kein Vorsprung durch Lohndumping, zu keinem einzigen Zeitpunkt.

Und wir haben Weltmarktführer in Oberösterreich. Bekannt ist natürlich das Industrieunternehmen die voest in Linz, aber wir haben auch andere Unternehmen bis zur Weltraumforschung von der voest in Linz bis zu Peak Technologie GmbH in Holzhausen, das macht uns so vielfältig und auch so erfolgreich. Jetzt gibt es natürlich die, die Innovation gar nicht so positiv sehen, die sagen, ja bei jeder Entwicklung, da gibt es nicht nur Chancen, da gibt es auch große Risiken, dann wird diskutiert über eine Digitalsteuer, dann wird diskutiert über eine Wertschöpfungsabgabe, über eine Maschinensteuer wird auch diskutiert. Dabei vergisst man eigentlich in der Historie, wenn ein neues Berufsbild einmal entstanden ist, dann wurden dadurch weitere neue Berufsbilder auch geformt, weniger alte Berufsbilder auch abgeschafft, dies ist die schöpferische Kraft, die wir auch in diesem Land benötigen. Was wir brauchen ist, wenn wir heute von Europa sprechen, dann brauchen wir auch den Blick nach außen, dieser Blick nach außen ist ganz wesentlich, Oberösterreich war immer mobil, geistig waren die Oberösterreicher immer mobil, aber sie waren auch tatsächlich mobil, weltweit triffst du eigentlich für dieses kleine Land auch entsprechenden Persönlichkeiten an, Gott sei Dank.

Wer Industrie, Wirtschaft, Technologie und Innovation in die Welt tragen möchte, der muss diese Welt auch politisch besser verstehen, er muss auch diese Zusammenhänge in der Welt entsprechend erkennen. Ich denke mir, dass wir hier ein großes Problem insgesamt in Europa haben, dass die Geopolitik für viele ein Fremdwort geworden ist, da wünsche ich mir, dass wir in den nächsten Jahrzehnten die Geopolitik vielleicht noch besser verstehen, dass sich Europa entsprechend auch einbringt. Nämlich in den unterschiedlichsten Bereichen, wir sehen jetzt gerade, was es heißt, geopolitisch kein Faktor zu sein, wenn man von bestimmten Machthabern außerhalb von Europa abhängig ist, was bei uns in Europa passiert. Das wollen wir nicht, wir brauchen entsprechend geostrategische Aspekte, aber wir brauchen nach innen, das ist auch wichtig, Offenheit, wir brauchen Rechtssicherheit, dann können wir dieses Land auch zukunftsfähig gestalten, dann haben wir einen entsprechenden Wettbewerbsvorteil.

Natürlich, die Abgabenlast wurde heute bereits mehrmals erwähnt, die ist nach wie vor zu hoch, wir brauchen eine Senkung der Lohnnebenkosten, wir brauchen eine Senkung der Körperschaftsteuer, was wir vor allem nicht brauchen, das ist eine Wertschöpfungsabgabe,

eine Maschinensteuer und eine Digitalsteuer davon halte ich nichts. Wir brauchen eine Entschärfung der Gesetze, wir müssen uns aber hier nicht nur bundesweit einbringen, wenn man heute in der aktuellen Stunde schon von Europa spricht, sondern wir müssen uns auch in der Europäischen Union einbringen. Denken wir nur an die verschärften Bestimmungen im Bankwesen, die haben dazu geführt, dass weltweit gesehen die amerikanischen Banken, die uns Basel III auch eingebrockt haben, dies viel lockerer handhaben. Die Zügel sind in Europa aber viel fester angezogen worden und weiteres Ungemach in den nächsten Jahren droht, ein derartiges Ungemach, dass gewisse Kredite für mittelständische Unternehmen viel früher unter Umständen fällig gestellt werden müssen. Dann ist es nicht mehr so leicht, dass man vor Ort den Mittelstand unterstützt und durch eine Krise auch trägt, auf das müssen wir achten. Ich habe ein bisschen das Gefühl, wir haben zu viele Plattitüden, ich sage es offen, man kennt meinen Standpunkt dazu in der Klimaschutzdebatte, die jeden Tag in irgendeiner Art und Weise bemüht wird, als würde die Apokalypse morgen drohen, das ist nicht der Fall. Wir haben eher Probleme in diesem Zusammenhang mit dem Wettbewerb, wir haben planwirtschaftliche Ideen in Europa. Wenn vom neuen Green-Team gesprochen wird, dann frage ich mich, was heißt das im Konkreten? Das ist eine Überschrift, die irgendwann einmal mit Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen gefüllt werden muss. Wir haben keine liberale Wirtschaft mehr in Europa, wir haben nicht einmal in vielen Bereichen eine soziale Sichtweise der Wirtschaft, leider Gottes, wir haben in vielen Bereichen eine sozialistische Sichtweise. Ich bin eindeutig gegen jede planwirtschaftliche Methode und gegen jedes planwirtschaftliche Vorhaben, davor fürchte ich mich ehrlich gesagt noch viel, viel mehr, was sich hier derzeit abspielt.

Ich möchte auch Bezug nehmen auf diese Klimawandeldiskussion und Klimaschutzdiskussion und zu den ganzen Fragen der Ökosteuern, da haben wir noch nicht sehr viel heute gehört. Ökosteuern gibt es übrigens in Europa in manchen Staaten, in den skandinavischen Staaten zum Teil seit 20 Jahren gibt es dort übrigens Ökosteuern, die haben übrigens nicht zur Minimierung der CO₂-Emissionen geführt, das sind Länder, bis auf ein Land, das davon betroffen ist und höhere CO₂-Werte hat, die haben höhere CO₂-Emissionen als der Schnitt der Europäischen Union. Daran sollte man einmal denken, wenn man von dieser Ökologisierung spricht, es wird nicht zu einer Minimierung der CO₂-Ausstöße kommen, sondern es wird einfach zu Wettbewerbsnachteilen kommen, weltweit werden derzeit 1.400 Kohlekraftwerke entweder geplant oder errichtet, alles nachzulesen im deutschen Handelsblatt. Mit dem müssen wir uns auch beschäftigen, da brauchen wir einen Blick, der über Oberösterreich hinausreicht, auch über die Europäische Union hinausreicht. Wo wir aufpassen müssen, dass wir nicht am Ende zu einem Museum werden, diesen Sozialstaat nicht mehr erhalten können, dass es zu massiven sozialen Verwerfungen kommt. Das einzige, was Leute noch nach Europa anzieht, ist der Sozialstaat oder das Sozialwesen, das wollen wir nicht, sondern wir wollen ein wirtschaftlich erfolgreicher Kontinent sein, natürlich auch einer, der sozial ist, das ist ja überhaupt keine Frage.

Abschließend noch, es wurde heute einmal kurz erwähnt das 1-2-3-Klimaticket, das sind auch bisschen diese planwirtschaftlichen Ideen, alleine für den Verkehrsverbund Region-Ost 500 Millionen Euro Mehrkosten. Frau Kollegin Böker, wenn Sie da lachen, dann finde ich das ganz lustig, 500 Millionen Euro Mehrkosten, die gehen ab in den Investitionen, die gehen ab beim Ausbau der Infrastruktur. Das ist einfach ein Modell, das zum Scheitern verurteilt ist, aber das sieht man auch bei planwirtschaftlichen Ideen, das Geld ist abgeschafft, der Hausverstand ist abgeschafft, wenn das alles abgeschafft ist, dann ist auch ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort abgeschafft.

Abschließend, solche Ideen wird es mit uns nicht geben, wir werden mit Hausverstand eine vernünftige Politik machen, wo wir wettbewerbsfähig sind, wo wir auch wissen, dass das Geld

nicht irgendwo auf den Bäumen wächst, sondern das Geld einmal verdient werden muss, wenn man es verteilen will, wenn wir auch ein gutes soziales Niveau in unserer Heimat erhalten wollen. Vielen Dank. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Markus Achleitner. Ich darf mitteilen, dass er der letzte Redner zur aktuellen Stunde ist.

Landesrat **Achleitner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank und hier im hohen Haus, liebe Zuhörer im Saal und zu Hause! Ich bin dem hohen Haus sehr dankbar, dass wir heute diese aktuelle Stunde hatten. Warum? Der Titel ist gut gewählt, Oberösterreich als europäische Spitzenregion nachhaltig zu stärken, nachhaltig zu stärken heißt, nicht nur ein Loblied zu singen, sondern ganz klar auch einen Status quo zu machen und zu sagen, wo stehen wir, was kommt auf uns zu und was sind die Antworten darauf? Aber, das gehört am Anfang wirklich dazu für einen Standortlandesrat, dass man natürlich wertschätzt, was in Oberösterreich bis dato gelungen ist, in vielen Reden ist das angeklungen, wie gut Oberösterreich dasteht, nur dass wir ein paar Zahlen dazu haben. Wir haben 100.000 Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land, 670.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 23.500 Lehrlinge, so viele wie kein zweites Bundesland, und 5.700 Gründungen im Jahr alleine in Oberösterreich sind auch hier Spitze. Das ist schon die Basis für all das, was wir miteinander in der Politik dann immer miteinander diskutieren an Sozialleistungen, an Infrastruktur und so weiter, weil die oberösterreichische Wirtschaft, diese 100.000 Unternehmer und die 670.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das vorher erwirtschaften. Daher möchte ich zum Schluss dieser aktuellen Stunde zuerst ein Zeichen setzen hier aus diesem Haus, und ein herzliches Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und an die Unternehmer in Oberösterreich senden, denn die sorgen für unseren Wohlstand, herzlichen Dank. (Beifall)

Wenn wir dann hineinschauen, was denn die Treiber dieser oberösterreichischen Wirtschaft eigentlich sind, dann gibt es zwei Ansätze, einmal die Struktur, die Struktur in der Wirtschaft Oberösterreichs ist so, dass rund 90 Prozent Klein- und Mittelbetriebe sind, also Betriebe, die weniger als zehn Mitarbeiter haben, und dass wir natürlich exorbitant gute und zum Teil weltmarktführende große Industriebetriebe haben. Diese Wirtschaft ist aus meiner Sicht dieses Rückgrat, was sich wie ein Uhrwerk ineinanderfügt, die kleinen, mittleren und die großen Unternehmen gemeinsam machen die Wirtschaftskraft Oberösterreich aus, man profitiert voneinander, daher sind kleine nicht unwichtiger als große, denn es braucht das Gesamte für einen starken Wirtschaftsstandort. Was uns aber, da möchte ich einmal auf 1995 zurückschauen, als Österreich der Europäischen Union beigetreten ist, was wir durch diesen Beitritt zu dieser großen europäischen Familie, auch wirtschaftlich und als Wohlstandsstandort erreicht haben, das ist wirklich unglaublich. Wir haben in diesen Jahren beispielsweise die Warenexporte von zehn Milliarden auf knapp vierzig Milliarden Euro vervierfachen können, eine Leistung, die unglaublich ist, die wir alleine als Nationalstaat oder als Region nicht im Stande gewesen wären zu leisten. Unser Außenhandelsüberschuss, also das, was wir mehr in das Ausland exportieren als was wir importieren, das ist von zwei Milliarden auf neun Milliarden Euro mehr als vervierfacht worden. Auch die Dienstleistungsexporte sind auf vier Milliarden Euro gestiegen, das ist für mich die schönste Zahl, 1995 gab 2.800 Betriebe in diesem Land, die exportiert haben, heute sind das in etwa 11.500 Betriebe. Ich glaube, das zeigt, wie sehr wir von dem Beitritt zur Europäischen Union profitiert haben, wie sehr unsere auch kleinen und mittleren Unternehmen jetzt davon profitieren und in die ganze Welt verkaufen können, Stichwort Digitalisierung.

Weil die neueste WIFO-Studie heute herausgekommen ist, wie wir in Österreich als Nettozahler nach Brüssel profitiert haben durch Förderungen, dann haben wir im Zeitraum 1997 bis 2017 insgesamt 31 Milliarden Euro an Förderungen nach Österreich zurückbekommen, von diesen 31 Milliarden Euro österreichweit gingen fünf Milliarden Euro nach Oberösterreich. Das sind Förderungen in die Klein- und Mittelbetriebe, die dann eben für Arbeitsplätze in diesem Land gesorgt haben, soweit zum Status.

Was sind unsere Ziele? Die Ziele sind, dass wir ein moderates, stabiles und nachhaltiges Wirtschaften in Oberösterreich und Österreich sicherstellen können. Wir haben bis 2022 das auch in Zahlen festgemacht, es sollen die Exporte die 40-Milliarden-Grenze überschreiten, 42 Milliarden Euro wäre das Ziel für 2022, die Exportquote auf über 60 Prozent steigern, die Anzahl der Exportunternehmen auf 12.500 steigern. Wie tun wir das? Wir tun das, ich glaube, das ist wichtig für uns alle, mit einer klaren Internationalisierungsstrategie, Sie wissen, wir haben sehr oft darüber gesprochen, dass Oberösterreich in Österreich vorne ist, das ist gut und auch wunderbar. Das kann man erwähnen, nur das ist nicht mehr der Raum, wo Wettbewerb tatsächlich stattfindet, sondern wir haben zumindest Europa als den kleinsten Benchmark-Raum, den wir vergleichen müssen. Diese Internationalisierung, gepaart mit starken Investitionen in Forschung und Entwicklung, das ist die Zukunftsansage Oberösterreichs, damit wir so gut bleiben, wie wir das heute auch sind.

Ich war gerade die letzten beiden Tage mit einer Forschungsdelegation in Aachen, dort ist die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, eine der besten Hochschulen im ganzen Bereich Produktionsmanagement und Forschung und Entwicklung im gesamten MINT-Bereich. Die arbeiten an denselben Herausforderungen wie wir, die sind auch im Bereich Digitalisierung, Klimawandel, Energiewende unterwegs, sie sind ganz klar vernetzt innerhalb der Bildungssektoren, also Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, genau das, was wir in Oberösterreich auch machen, um die Sektoren zusammenzubringen. Wir haben ganz klar gemeinsam festgestellt, wichtig wird es sein, dass wir diese Forschungseinrichtungen und die Forschungsergebnisse, nämlich die Innovationen schnell in die Wirtschaft hineintransferieren können. Es war daher sehr schön, dass wir mit dieser Hochschule, die die europäischen Rankings meistens anführt, eine Kooperationsvereinbarung unterschreiben konnten mit unserer Upper Austrian Research GmbH. Das ist unsere außeruniversitäre Forschungseinrichtung mit über 80 Firmenbeteiligungen, wo wir genau diese Thematik und Innovation in die Wirtschaft gemeinsam tragen, gemeinsam international vorantreiben werden.

Die Forschungs- und Wirtschaftsstrategie wurde schon angesprochen heute, ich möchte hier heute wirklich noch einmal allen danken, die dazu beigetragen haben, die Bildungseinrichtungen, die Interessensvertretungen, dort funktioniert es, dass Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Industriellenvereinigung gemeinsam nachdenken, wie wir diesen Wirtschaftsstandort Oberösterreich gut weiter entwickeln können. Diese Strategie ist umfassend aufgestellt und hat eben ein Budget von einer Milliarde Euro zu Grunde gelegt, da heißt es ganz klar nicht mehr Fördergießkanne, sondern Förderstrahl, wenn wir das gemeinsam umsetzen, dann wird es so sein, wie es bisher war, dass Oberösterreich einfach das erfolgreichste und schönste Wirtschaftsbundesland in Österreich ist. Vielen Dank. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke Herr Landesrat, es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor, ich schließe somit die aktuelle Stunde. Ich darf sie darauf hinweisen, dass es noch vier Initiativanträge gibt, die inhaltlich in einem Zusammenhang mit dieser aktuellen Stunde stehen, sie tragen die Beilagen-Nummern 1312/2020 bis 1315/2020. Gemäß den Bestimmungen der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung sind diese Anträge unmittelbar nach der

aktuellen Stunde zu beraten, wobei zunächst einmal die Beschlüsse über die Aufnahme in die Tagesordnung und sodann die Sachbeschlüsse gefasst werden.

Wir beginnen nun mit dem Dringlichkeitsbeschluss zur Beilage 1312/2020, bei der Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend europäische Klimaschutzmaßnahmen mit erfolgreicher Standortpolitik vereinen. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1312/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe diese Wechselrede, ich lasse darüber abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1312/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Geschäftsantrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsbeschluss zur Beilage 1313/2020, bei der Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion erfolgreich fortsetzen. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1313/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe diese Wechselrede, ich lasse darüber abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1313/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Geschäftsantrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsbeschluss zur Beilage 1314/2020, bei der Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion in wichtigen Lebensbereichen beschleunigen. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1314/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe diese Wechselrede, ich lasse darüber abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1314/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Geschäftsantrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsbeschluss zur Beilage 1315/2020, bei der Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von Ein-Personen-UnternehmerInnen und KleinstunternehmerInnen. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1315/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede, ich lasse darüber abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1315/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, auch dieser Geschäftsantrag wurde einstimmig angenommen.

Aufgrund der soeben gefassten Geschäftsbeschlüsse kommen wir nun zur Behandlung dieser vier Anträge mit den Beilagen-Nummern 1312/2020 bis 1315/2020. Zunächst beginnen wir mit der Beilage 1312/2020, es ist dies ein Initiativantrag betreffend europäische Klimaschutzmaßnahmen mit erfolgreicher Standortpolitik vereinen. Ich darf Frau Kollegin Dr. Elisabeth Kölblinger um die Berichterstattung bitten.

Abg. Mag. Dr. Kölblinger: Beilage 1312/2020, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend europäische Klimaschutzmaßnahmen mit erfolgreicher Standortpolitik vereinen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1312/2020.)

Die unterzeichneten Abgeordneten ersuchen die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für deren Einsatz auf europäischer Ebene stark zu machen, um

sicherzustellen, dass die geplanten und notwendigen Klimaschutzmaßnahmen mit einer aktiven Standortpolitik vereint werden.

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich, ich darf die Wechselrede darüber eröffnen. Es gibt keine Wortmeldung. Ich schließe die Wechselrede und lasse darüber abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1312/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 1313/2020, das ist der Initiativantrag betreffend oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion erfolgreich fortsetzen. Um die Berichterstattung dazu darf ich Kollegen Alfred Frauscher bitten.

Abg. KommR **Frauscher:** Beilage 1313/2020, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion erfolgreich fortsetzen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1313/2020.)

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Ich lasse darüber abstimmen und bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1313/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir behandeln die Beilage 1314/2020, das ist der Initiativantrag betreffend oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion in wichtigen Lebensbereichen beschleunigen. Und um die Berichterstattung bitte ich Kollegen Hans Karl Schaller.

Abg. **Schaller:** Beilage 1314/2020, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend oberösterreichs Weg zur europäischen Spitzenregion in wichtigen Lebensbereichen beschleunigen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1314/2020.)

Dritte Präsidentin: Vielen herzlichen Dank. Wird das Wort dazu gewünscht? Dann eröffne ich hiermit die Wechselrede und zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Landesrat Achleitner! Super, dass du da bist, weil es geht jetzt auch um die Arbeitsplätze und um das Arbeitskräftepotenzial in meiner Rede. Ein kurzes Gedankenexperiment ersuche ich Sie zu machen, sich nämlich in das Jahr 2030 zu versetzen und einen Arbeitsmarkt vorzufinden mit Arbeitskräften, wo wir im Vergleich von vor 15 Jahren zurück um 23.000 weniger junge Menschen haben, die zwischen 15 und 25 Jahre alt sind, um 34.000 weniger Menschen haben, die zwischen 25 und 49 Jahre alt sind, und einen Arbeitsmarkt zu haben, wo wir um 42.000 Menschen mehr haben, die älter als 50 Jahre alt sind.

Und jetzt kommt es, das ist nämlich wirklich der Paukenschlag bei der Geschichte, diese 42.000 Menschen setzen sich zusammen aus 40.000 Frauen über 60 Jahre, weil sich das Pensionsantrittsalter in der Zwischenzeit entsprechend gehoben hat und nur um 2.000 Männer, von diesen 42.000 mehr als vor 15 Jahre zurück. Das ausgehend davon, dass keine Neuen dazukommen. Das wird aber passieren.

Es werden jährlich in Oberösterreich rund 7.000 Personen mehr dazukommen, weil sie von wo anders herkommen. Von diesen 7.000 Personen sind 90 Prozent aus dem Ausland. Weitestgehend aus einem Ausland, wo es keine Arbeitsmarktrestriktionen gibt. Das heißt, wir haben einen Arbeitsmarkt, der sehr, sehr aufnahmefähig ist, und wir haben einen Arbeitsmarkt, der vor allem, wenn man sich den Fachkräftemonitor ansieht, und wir wissen, dass wir im Jahr 2030 127.000 mehr Arbeitsplätze haben, dass uns ein Arbeitskräftepotenzial abgehen wird von rund 50.000 Personen. 50.000 Menschen, die nie in Oberösterreich zur Welt gekommen sind, 50.000 Menschen, die wir gar nicht hereinholen können, auch wenn wir wollten, dass sie hier arbeiten.

Und ein Vorredner heute, im Zusammenhang mit der aktuellen Stunde, hat Landesrat Strugl zitiert. Nämlich mit einem Zitat, man möge doch nur in einem Teich angeln, in dem sich auch Fische befinden. Und der Teich, in dem wir angeln können, sind die Frauen. Es gibt kein anderes Potenzial in Oberösterreich, das so in der Lage ist, eine Antwort auf den Fachkräftemangel zu geben wie die Frauen.

Frauen sind das Potenzial in Oberösterreich. Frauen sind deswegen das Potenzial in Oberösterreich, weil nur 70 Prozent der Frauen erwerbstätig sind, im Vergleich zu den Männern sind es 80 Prozent. Und jedes Prozent mehr in Oberösterreich bedeutet 4.700 zusätzliche Arbeitskräfte. Und jede Stunde mehr im Durchschnitt, die Teilzeitbeschäftigte arbeiten, bedeutet zusätzlich 4.100 Arbeitsplätze. Daher ist es ein Gebot der Stunde, dass wir die Frauen unterstützen und dass wir Rahmenbedingungen schaffen für die Frauen, dass sie auch arbeiten gehen können.

Und ein ganz wesentlicher Punkt dieser Rahmenbedingungen ist die Kinderbetreuung. Das ist unumstritten. Wenn ich keine Möglichkeit habe, meine Kinder betreuen zu lassen, dann kann ich auch nicht arbeiten gehen oder mein Beschäftigungsausmaß ausdehnen.

Und ich habe eine Tafel mitgebracht, die finde ich sehr spannend. Das ist eine Tafel eines neoliberalen Thinktank, nämlich der Agenda Austria, die zeigt, wo Oberösterreich in der Ganztageskinderbetreuung ist. Und da sind wir, das ist Agenda Austria, das ist kein SPÖ-Schild, das sind ganz eindeutige Daten. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Kirchmayr: „Ist das euer Ziel, alle Kinder in eine Ganztagesbetreuung zu bringen?“) Wenn wir keine Kinderbetreuung anbieten können, dann können wir auch nicht arbeiten gehen. Daher braucht es einen Rechtsanspruch, eine Wahlfreiheit. Und die habe ich nur dann, wenn ich wählen kann, ob ich arbeiten gehen will oder nicht. Und wenn ich will, dann soll ich eine Kinderbetreuung zur Verfügung haben. (Beifall)

Und das kann man sich schön anschauen in Frankreich. Das kann man sich anschauen in Schweden, das kann man sich anschauen in Finnland. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: unverständlich) Dort gibt es eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen. (Zwischenruf Abg. Dr. Ratt: „Die Karenzzeiten sind kürzer!“) Dort gibt es einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und dort gibt es auch deutlich mehr Geburten pro Frau, und deswegen sinkt das Arbeitskräftepotenzial auch dort bei weitem weniger als das in Österreich der Fall ist. Und dort haben wir natürlich auch ein Beispiel uns zu nehmen, wie wir Frauenpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Kinderbetreuungspolitik ausgestalten können.

Und daher geht es darum, Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, ganztätig, ganzjährig und kostenlos, sodass man in der Lage ist, wenn man es braucht. Und es gibt genug Frauen, die alleinstehend sind und arbeiten gehen müssen, um ihren

Lebensunterhalt zu erzielen, damit , wenn man es braucht, auch ein Angebot zur Verfügung steht. (Beifall)

Das ist in Wahrheit die Lösung für unseren Fachkräftemangel, weil es gibt kein anderes Potenzial in Österreich und in Oberösterreich, das so viel hergibt wie die Frauen für den Arbeitsmarkt. Wir schaffen nur nicht ausreichende Rahmenbedingungen. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke, als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hans Karl Schaller.

Abg. **Schaller:** Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir von der Sozialdemokratie hoffen natürlich mit diesem Antrag den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben, weil er auch die Sorgen der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher widergibt.

Warum ich das glaube, dass der Antrag eine breite Zustimmung erhält mit den Themen Ausbau der Öffnungszeiten, der Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, einfordern eines preiswerten Jahrestickets und dem Ausgleich des im Bundesländervergleich besonders hohen Einkommensnachteils von Frauen in Oberösterreich, hat einen ganz bestimmten Grund.

Ich habe mir in den letzten Tagen so ein bisschen die Medien angeschaut, und daher bin ich da sehr zuversichtlich. Beispiel eins: mir hat das sehr gut gefallen, was heute der Abg. Oberlehner gesagt hat. Richtig, eine wichtige Entscheidung ist, und das kommt auch in der Amtlichen Linzer Zeitung, Pakt für Arbeit und Qualifizierung 2020, kommt ja das vor. Es werden ja 247 Millionen Euro mehr oder weniger investiert. Und was steht da drinnen? Dass für jede und jeden Einzelnen oder einen Wirtschaftsstandort der Weg zum Erfolg führt über die Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung. Völlig richtig.

Na und um was es mir geht ist mehr oder weniger, es wäre ja schön, wenn wir diese Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, diese Chancen für die Familien, wenn wir die vorweg schon hätten, dann müsste es gar nicht so weit kommen, dass wir nachher 247 Millionen Euro in die Hand nehmen müssen. Im Kindesalter beginnt es mehr oder weniger mit der Elementarpädagogik und den Fähigkeiten nachher dann in den Schulen sich anzueignen. Diese Unterstützung würden wir gleich einmal vorweg brauchen, hätten wir mehr oder weniger das erledigt. (Beifall)

Zum Zweiten. Ich habe mir das angeschaut, was in den letzten Tagen, und ich glaube, da gibt es ja ein bisschen, ich bin ja begeistert. Leider Gottes ist jetzt die Frau Landeshauptfrau nicht mehr hier. Mah, da hinten. Hat mir gefallen. Gratulation! Ich kann nur sagen Gratulation, was da drinnen steht. Und zwar in der Rundschau beschrieben, natürlich ein riesiger Artikel, zu dem komme ich auch noch, der in den Oberösterreichischen Nachrichten drinnen war, Gender Gap. Der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen im Jahresvergleich ist zurückgegangen. Von 20,6 Prozent 2017 auf 20,2 Prozent im Jahr 2018. Das ist sensationell. Um 0,4 Prozent in einem Jahr, wenn ich das mir jetzt anschau, wenn ich die 20,2 Prozent jetzt ausgleichen will, in 50,5 Jahren habe ich dann mehr oder weniger das Ganze erreicht.

Ich glaube aber nicht, dass Sie das so meinen. Sondern mir hat das sehr gut gefallen, da bin ich beim Dritten, wie Sie da geschrieben haben, wir können uns nicht leisten, wegen falscher Rollenbilder das ungeheure Potenzial von Frauen zu verlieren, sagt Frauenreferentin Christine Haberlander. Sie sprechen mir aus dem Herzen. Genauso ist es. Mir hat auch das da herüber gut gefallen, weil es ist erkannt worden, es ist einmal wichtig, dass man das erkennt. Da steht

herinnen, ein krasser Unterschied ist bei den Pensionen zu verzeichnen. Das mittlere Bruttojahreseinkommen von Pensionistinnen in Oberösterreich liegt um 42,7 Prozent unter dem Einkommen von Pensionisten. Frauen bleiben im Alter daher stark von Armut bedroht. Ich appelliere daher an die Frauen, nicht in der Teilzeitfalle zu verharren. Sie sprechen mir mehr oder weniger, na sensationell, ich hab nie geglaubt, dass wir beide so eine Einigkeit einmal haben. Daher bin ich zuversichtlich, dass dieser Antrag die Mehrheit bekommt. Ich danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Severin Mayr.

Abg. **Mayr:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich jetzt noch kurz zu Wort gemeldet, weil dieser Antrag 1314/2020 drei ganz zentrale Bereiche unseres täglichen Lebens anspricht. Und da ist es jetzt wahrscheinlich kein Wunder, dass ich mich als Verkehrssprecher der Grünen einmal ganz kurz noch zum zweiten Punkt, der in diesem Antrag genannt wird, zu Wort melde, wo es darum geht, wie kann Oberösterreich europäische Spitzenregion im öffentlichen Verkehr werden, oder wie auch immer man das dann nennt. Europäische Spitzenregion, Champions League, wir haben uns ja da in der Vergangenheit mit Superlative das eine oder andere Mal schon fast überschlagen.

Und man muss schon sagen, wenn man sich europäische Spitzenregionen anschaut beim öffentlichen Verkehr, dann gehört dort Oberösterreich noch nicht dazu. Sie werden es wahrscheinlich in den Medien mitbekommen haben, was Luxemburg jetzt gestartet hat. Luxemburg startet mit dieser Woche den Nulltarif im öffentlichen Verkehr. Das allein reicht ihnen aber nicht, sie bauen nicht nur den öffentlichen Verkehr aus, sondern haben auch angekündigt, dass sie 1.200 Kilometer Radwege bauen werden.

Und ich verwehre mich dagegen, dass man immer sagt, man muss an der einen Schraube drehen oder an der anderen Schraube, ich bin zutiefst davon überzeugt, dass man an allen Schrauben drehen muss, wenn man den öffentlichen Verkehr ausbauen will. Da geht es einerseits um den Tarif, das wird ja, wie ich es mitbekomme in diesem Haus, vor allem von der rechten Seite noch differenzierter betrachtet, um es jetzt freundlich zu sagen. Es geht um den Takt und es geht letztendlich um die Geschwindigkeit. Diese drei Sachen muss man erreichen. Und da ist es auch nicht so, dass wir diese Diskussion zum ersten Mal führen.

Wir haben im Unterausschuss mittlerweile glaube ich zwei Anträge herumliegen, die sich mit einer günstigen Jahreskarte befassen, und Oberösterreich ist da, und das können wir dann gern noch in der nächsten Unterausschusssitzung diskutieren, bei weitem noch keine europäische Spitzenregion, da sind wir nicht einmal österreichische Spitzenregion. Da brauche ich nur nach Wien schauen, nach Vorarlberg, da brauche nach Salzburg schauen, oder nach Tirol. Dort überall kostet eine Jahreskarte einen Bruchteil dessen, was man in Oberösterreich zahlt. In Oberösterreich schafft man es, wenn man durch das Bundesland durchfahren will, dass man für eine einzige Strecke im Jahr 2.000 Euro zahlt. Das funktioniert in anderen Bundesländern um ein Sechstel dieses Preises. Und in Luxemburg, wie man sieht, funktioniert es noch einmal deutlich günstiger.

Und weil ich heute in der Früh recht interessiert gelesen habe, dass sich auch die Österreichische Hochschülerschaft an der JKU zu diesem Thema gemeldet hat. IMAS hat abgefragt für die Hochschülerschaft, was die drängendsten Probleme der Studierenden in Linz sind. Auf Platz eins, 90 Prozent sagen, es ist sehr wichtig, oder ein wichtiges Anliegen ist die Verfügbarkeit von günstigen Verkehrsmitteln, von günstigen öffentlichen Verkehrsmitteln. Und der Wert, den ich noch viel spannender finde, wenn man Studierenden ein günstiges

Semesterticket zur Verfügung stellen würde, dann können sich zwei von drei Autofahrer/innen vorstellen umzusteigen. Und das halte ich für einen maßgeblichen Wert, wenn man weiß, dass die JKU eine Universität ist, die öffentlich eine eher schwierige Anbindung hat und wo es noch sehr hohes Potenzial gibt, dass man den Anteil derer, die mit dem öffentlichen Verkehrsmittel dort hinfahren, auch noch hebt.

Wir haben auch schon darüber diskutiert, ob man das Jugendticket nicht endlich, und das war auch unser Antrag, der ebenfalls in einem Unterausschuss dahinschlummert, ob man das Jugendticket nicht endlich auch für Studierende öffnen sollte. Und ich weiß nicht, ob Sie wissen, was jemand, der 18 Jahre wird, in Ried im Innkreis zu Hause ist, der erst ein Jugendticket hat, dann Matura macht und dann in Linz zum Studieren anfängt, ob Sie wissen, was die Person dann für den öffentlichen Verkehr zahlt. 70 Euro waren es im Jahr davor. Und dann werden es 448 Euro, aber nicht im Jahr, sondern im Semester. Für zehn Monate im Jahr sind das dann knapp 900 Euro, die die Person sich entscheiden muss auszugeben für ein Öffi-Ticket. Da überlegt man es sich dann auch zwei Mal, ob man sich nicht doch ein Auto kauft. Wenn ich zuerst 70 Euro zahle und dann für den gleichen Weg, für weniger sogar, weil ich nur mehr die Strecke habe, dann auf einmal das Zwölfwache zahle. Also das sind bei weitem keine Tarife, die irgendwie auch nur das Prädikat europäische Spitzenregion einfallen lassen würden.

Unser Antrag für dieses günstige Studi-Ticket hat Rückenwind bekommen durch diese Befragung, die die JKU gemacht hat an der Uni. Hat Rückenwind bekommen durch all die Argumente, die bereits genannt wurden, wie dass zwei von drei Studierenden sich vorstellen können, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, wenn die Tarife nicht ganz so exorbitant sind, wie sie aktuell sind. Und ich würde dringend darum ersuchen, dass wir da im Unterausschuss etwas weiterbringen. Wir haben die Zahlen am Tisch liegen. Wir wissen, was es kostet, wenn man das Jugendticket auf alle bis 24, die studieren, ausweiten würde. Und ich frage mich ganz ehrlich, wenn alle Parteien, alle Klubs da herinnen, europäische Spitzenregion auf ihre Antragstitel schreiben, ob man das dann nicht ernst nehmen sollte und auch danach handeln sollte. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1314/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Beilage 1315/2020, dies ist der Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von Ein-Personen-UnternehmerInnen und KleinstunternehmerInnen. Ich bitte Kollegin Ulrike Schwarz, darüber zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Beilage 1315/2020, Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von Ein-Personen-UnternehmerInnen und KleinstunternehmerInnen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1315/2020.)

Die Oberösterreichischen Landesregierung wird aufgefordert bei der Bundesregierung dafür einzutreten, schnellstmöglich auf Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von EPU's und KleinstunternehmerInnen hinzuwirken und ein Förderprogramm für Digitalisierungs- und Ökologierungsmaßnahmen in EPU's und KMU's zu erarbeiten.

Dritte Präsidentin: Danke! Ich eröffne die Wechselrede. Es gibt keine Wortmeldung. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1315/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und zu den Beilagen 1303/2020 und 1311/2020. Bei der Beilage 1303/2020 handelt es sich um den Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Regelung des Fischereiwesens in Oberösterreich (Oö. Fischereigesetz 2020) erlassen und das Oö. Jagdgesetz geändert wird. Bei der Beilage 1311/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird.

Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs werden wir über beide Beilagen eine gemeinsame Wechselrede durchführen. Die Abstimmungen erfolgen im Anschluss getrennt über diese beiden Beilagen. Ich bitte nun Kollegen Georg Ecker über die Beilage 1303/2020 zu berichten.

Abg. ÖkR **Ecker:** Beilage 1303/2020, Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Regelung des Fischereiwesens in Oberösterreich (Oö. Fischereigesetz 2020) erlassen und das Oö. Jagdgesetz geändert wird. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1303/2020.)

Der Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft beantragt, der Oberösterreichischen Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Regelung des Fischereiwesens in Oberösterreich (Oö. Fischereigesetz 2020) erlassen und das Oö. Jagdgesetz geändert wird, beschließen.

Dritte Präsidentin: Danke! Ich darf um Berichterstattung für die Beilage 1311/2020 bitten, Herr Kollege Josef Rathgeb.

Abg. Bgm. **Dipl.-Ing. Rathgeb:** Beilage 1311/2020, Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1311/2020.)

Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen, der Oberösterreichischen Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird, beschließen.

Dritte Präsidentin: Ebenfalls herzlichen Dank für die Berichterstattung! Ich darf ihnen noch mitteilen, dass zur Beilage 1303/2020 ein Abänderungsantrag eingelangt ist. Dies ist die Beilage 1318/2020 und liegt auf ihren Plätzen auf. Ich eröffne nun die gemeinsame Wechselrede und stelle fest, dass dieser von mir gerade genannte Abänderungsantrag in die Wechselrede miteinbezogen wird. Zu Wort gemeldet ist Kollegin Gisela Peutlberger-Naderer.

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher! Ich darf meiner Freude Ausdruck geben, dass ich zu dieser Gesetzesmaterie, dem Oö. Fischereigesetz 2020 als Erste sprechen darf. Vielleicht beginne ich mit einem Überblick. In unserem schönen Bundesland Oberösterreich haben bereits 100.000 Menschen in ihrem Leben eine Fischereikarte gelöst. Auch ich habe dieses Hobby schon mit meinen Kindern betrieben, und es ist einfach schön, es ist eine starke

Verbindung zur Natur. Ungefähr 30.000 Menschen gehen regelmäßig ans Wasser und verbringen einen Teil ihrer Freizeit mit diesem schönen Hobby. Es ist für die meisten ein Hobby. Die wenigsten müssen davon leben.

Wenn man beim Fischereiverband Mitglied wird, zahlt man ungefähr 25 Euro im Kalenderjahr, und das berechtigt dann zum Erwerb von Lizenzen bei den einzelnen Fischereirevieren. Ich wohne in Kematen an der Krems und ich kenne auch einige, die dort fischen gehen. Der Frauenanteil betrug 2019 bei der Fischereiprüfung immerhin 16 Prozent. So wie bei den Jägerinnen wird dieser Anteil auch steigen.

Was ich nicht wusste, aber nachgelesen habe, ist, dass doch rund 130 Netzfischer an den Seen und rund 50 Netzfischer an der Donau dieser Profession nachgehen. Das hat mich überrascht. Ich erwähne es gerne, dass es hier auch zwischen den Netzfischern und den Anglern teilweise Meinungsunterschiede gibt, wie man denn die Rahmenbedingungen für die Fischerei in Oberösterreich regeln soll.

In der Diskussion, die im Unterausschuss durchaus engagiert geführt wurde und in der Hauptsache auch mit den Fachleuten beraten wurde, besonders Frau Mag. Kopecky hatte hier viel Expertise einzubringen, ist auch in der Frage der Führung des Ausfangverzeichnisses von unserer Seite angeregt worden, weil wir eben dachten, dass es eine zuverlässigere Fischereistatistik geben soll. Natürlich gibt es ein Für und Wider, und bei dem Tagesanklang ist es dann doch ein bisschen aufwändig, einen genauen Entnahmebestand zu führen.

Natürlich freuen wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass es auch behinderten Personen besser möglich ist, dieser schönen Fischerei nachzugehen. Wenn es um das unbeaufsichtigte Auslegen einer Angelrute geht, da gehen auch in den Fischereivereinen die Meinungen etwas auseinander. Man hält das schon für eine sehr strenge Aufsichtsmöglichkeit, wobei genau betrachtet möchte ich auch einer Meinung folgen, die sagt, wenn der Köder an der Angel ist, dann ist es schon wichtig, dass man eine weidgerechte Ausübung der Fischerei hier bevorzugt und dass man eben doch den Fischen, falls sich einer verfängt und nicht rechtzeitig eingeholt wird, ein gewisses Leid erspart.

Die Geschäftsführung der Fischereireviere wurde neu geregelt. Es hat den Vorschlag eines Rotationsprinzips gegeben, weil es eine Dynamik in der Geschäftsführung der Fischereireviere bringt. Unterm Strich hat man sehr viele Dinge jetzt novelliert, man hat auch einen umfangreichen Konsultationsprozess gehabt und somit ist diese Fischerei, diese ursprüngliche und schöne Möglichkeit, mit der Natur in Kontakt zu kommen, neu geregelt. Wir stimmen dieser ausverhandelten Novelle zu und die getrennte Abstimmung wird dann folgen. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke! Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Ecker.

Abg. ÖkR **Ecker:** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf auch zur Novelle kurz Stellung nehmen. Im Endeffekt sind ja schon einige Zahlen berichtet worden, dass es rund 100.000 Menschen gibt, die in Oberösterreich schon eine Fischereikarte gelöst haben. 30.000 Menschen gehen regelmäßig zum Fischen und der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Euro pro Jahr, relativ günstig für diese Freizeitbeschäftigung. Wir haben uns damit auch beschäftigt, wie die Änderung stattfinden soll und welcher gesetzliche Inhalt sich hier wiederfindet. Im Endeffekt geht es um eine umfassende Überarbeitung des oberösterreichischen Fischereigesetzes.

Das ist gelungen und auch modern hier in einigen Punkten niedergeschrieben. Es hat auch in diesem Zusammenhang eine Verwaltungsvereinfachung gegeben. Ich darf zu einigen Punkten kurz Stellung nehmen und sie auch vorstellen.

Im Endeffekt geht es um die Änderung des systematischen Aufbaus. Hier hat es gesetzliche Bestimmungen bzw. wurden Ziel- und Begriffsbestimmungen vorangestellt. Zweitens hat die Reduktion der fischereirechtlichen Regelungen durch Aufhebung von drei Verordnungen auch den Hintergrund, dass es eine Verwaltungsvereinfachung dort geben wird. Drittes Ziel ist die Erleichterung des Zugangs zur Fischerei für Kinder unter zwölf Jahren und Personen mit Beeinträchtigungen, was damit auch verbunden ist, dass man sozusagen auch das Fischen und das Interesse am Wasser und an den Fischen schon sehr bald wecken kann.

Außerdem gibt es Aus- und Fortbildungspflicht für Bewirtschafter und Fischereischutzorgane. Diese Fischereischutzorgane können diese Funktion im Laufe der Zeit, wenn sie sie nicht mehr ausüben wollen, auch wieder zurücklegen, was in der Vergangenheit nicht möglich war. Es hat eine Konkretisierung des Weidgerechtigkeitsbegriffes gegeben. Hier ist auch das Auslegen der Angel eingeflossen und hier wird auch darauf gesetzt, dass die Fischerinnen und Fischer diese Weidgerechtigkeit ausüben und auch sehr interessiert sind, dass sie den Fischen möglichst wenig Leid beim Fischen zufügen. Außerdem wird die fischereirechtliche Legitimation für eine künftige gegenseitige Anerkennung der Fischkarte in ganz Österreich vorbereitet.

Es gibt auch eine Umsetzung internationaler und unionsrechtlicher Vorgaben, wie die Aarhus-Konvention. Da haben wir lange darüber diskutiert, wie wir mit dem umgehen. Hier hat es eine Anpassung an andere Gesetze gegeben, dass die Möglichkeit einer nachträglichen Verfahrensbeteiligung von NGOs besteht und hier auch die EU-gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehalten und umgesetzt werden. Bei Vereinfachungen der Zuständigkeiten der Bezirksverwaltungsbehörden sowie beim Entfall von Feststellungsbescheiden im Zusammenhang mit dem Fischereibuch ist auch die Zuständigkeit geklärt worden. Das heißt, dass das nicht mehrere Behörden machen müssen, sondern dass das eine Behörde macht und es dann allgemein gültig ist.

Es gibt eine Klarstellung bezüglich der Besatzpflicht des Pufferbetretungsrechtes sowie der Fischfolgebestimmungen. Was in diesem Zusammenhang auch sehr wichtig ist, ist die Schaffung einer Möglichkeit an sogenannten Angelteichen, den Fischfang ohne Fischereilegitimationen auszuüben. Die Bestimmungen der Weidgerechtigkeit sind jedoch einzuhalten und die Ermöglichung der elektronischen Ausstellung einer Lizenz, Schaffung von Rahmenbedingungen, ist auch berücksichtigt. Es hat auch Angleichungen an das Jagdrecht gegeben in Bindung mit Gültigkeit und jährlicher Entrichtung einer Abgabe. Das heißt, diese zeitgemäße Bewirtschaftung von Fischwässern hat unter Berücksichtigung des aktuellen fischereifachlichen Wissensstands zu erfolgen. Diesem Grundsatz folgend wurde das neue oberösterreichische Fischereigesetz erarbeitet, welches eine aus meiner Sicht gelungene Verbindung von Ansprüchen der Fischerei und einer nachhaltigen ökologisch orientierten Nutzung der Fischbestände im Rahmen eines modernen Fischereimanagements darstellt. Ich bitte um Zustimmung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Nächster Redner ist Kollege Franz Graf.

Abg. ÖkR **Ing. Graf:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, hohes Haus! Man glaubt es kaum, das oberösterreichische Fischereigesetz ist in die Jahre gekommen. Nach zwölf Jahren ist jetzt doch etlicher Aktualisierungsbedarf und

Novellierungsbedarf. Ich bin froh darüber, dass man sich dabei jetzt bei der notwendigen Aktualisierung die nötige Zeit genommen hat, das nicht über das Knie gebrochen hat und somit eine praxisgerechte und moderne Gesetzeswerdung ermöglicht hat.

Herr Kollege Ecker hat schon einige wesentliche Punkte von den zum Beispiel notwendigen Verwaltungsvereinfachungen angeführt. Vielleicht ergänzend dazu noch ein paar von meiner Seite. Zum Beispiel ist kein Bescheid mehr dafür nötig, wenn ein Fischereiberechtigter seinen Wohnsitz ändert, oder auch keine Verwalter mehr zu bestellen sind, oder auch dass künftig die Anerkennung der Fischereikarte in allen Bundesländern möglich sein wird. Aber umgekehrt halte ich es für genauso wichtig, dass man gesehen hat, dass es manches Mal auch wichtig ist, dass man auch alternativlos sehr wohl einen Bescheid braucht, wie zum Beispiel, wenn es um die Feststellung eines Fischwassers geht bzw. in welchem Umfang es ein solches ist. Das geht nur mehr noch mit einer Bescheiderstellung.

Sinnvoll war ebenso meines Erachtens die Berücksichtigung, kurzfristig nämlich noch, der speziellen Situation der Seenfischerei im Salzkammergut, die bezüglich der Pächterfähigkeit, die ja nach drei Jahren Fischerkarte erwirkt wird, hier angemerkt haben, auch in ihren Fall die nötige Übergangszeit zu beachten. Auch halte ich es für zeitgemäß, ein Verbot der Wettfischerei auszusprechen. Das ist durchaus angebracht, genauso wie die schon angesprochene Umsetzung der Aarhus-Konvention, die natürlich aus EU-rechtlichen Gründen notwendig war und die meines Erachtens auch praxisgerecht und landeskonform gelungen ist.

Insgesamt handelt es sich dabei um 90 Abänderungen, die insgesamt durchaus zeigen, dass hier eine gründliche Überarbeitung gemacht wurde und im Ergebnis vorliegt. Im Resümee kann ich sagen, dass eine notwendige Aktualisierung und Konkretisierung stattgefunden hat, die mit etlichen brauchbaren Anlehnungen und Ableitungen vom oberösterreichischen Jagdgesetz praxisgerecht gestaltet ist.

Vielleicht noch, weil wir ja beide Beilagen jetzt gemeinsam behandeln, einen Satz zur Novellierung des Jagdgesetzes. Nur für die zwei Punkte, die ja eigentlich bei der Dringlichkeitsdebatte schon angesprochen wurden, bitte ich trotzdem hier an dieser Stelle um Unterstützung für die Jäger, sie bei der Erfüllung ihres Auftrages, des öffentlichen Auftrages zur ökologischen Erhaltung des Gleichgewichtes zu unterstützen und dieser Novelle ebenfalls zuzustimmen. Wir sehen jedenfalls beide Novellierungen grundsätzlich positiv und stimmen zu. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich darf nun Kollegen Klubobmann Gottfried Hirz das Wort erteilen.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf über die Neuerlassung des Fischereigesetzes ist also schon fast vor einem Jahr, also im Mai des Vorjahres, vorgelegen und ist in die Begutachtung gegangen. Es hat intensive Diskussionen gegeben, sehr emotionale Diskussionen, unterschiedliche Stellungnahmen, 25 Stellungnahmen wurden abgegeben. Es freut mich, und ich möchte es positiv erwähnen, dass viele Rückmeldungen auch aufgegriffen worden sind, wobei nicht jeder Konflikt hat beigelegt werden können.

Diese Neuerlassung hat prinzipiell sehr viele positive Änderungen. Ich möchte einige davon erwähnen. Erstens, ich finde es wirklich sehr, sehr gut, dass also konkret Kinder, die unter 20 Jahren sind, jetzt auch ohne Lizenz fischen können, wenn ein lizenziertes Fischer sie begleitet. Das halte ich für einen Fortschritt. Ebenso sehe ich das, dass die Menschen mit

Beeinträchtigungen jetzt die Fischerei ausüben können, wenn sie eine entsprechende Begleitperson mit haben, die also die entsprechenden Prüfungen abgelegt hat.

Es ist schon gesagt worden, die Weidgerechtigkeit ist konkretisiert worden. Ganz wichtig und super finde ich, dass endlich die Wettfischerei abgeschafft ist, also die Wettfischverordnung überhaupt komplett aufgehoben wird und dass also Lebendköder, also Wirbeltiere nicht mehr als Köder verwendet werden dürfen.

Was die Besatzmaßnahmen betrifft, so ist klargestellt, dass nur mehr noch heimische Wassertiere eingesetzt werden können. Auch eine ganz wichtige Sache. Und es ist auch klargestellt worden, dass also der Fischbesatz nur mehr noch gewässertypspezifisch vorgenommen werden darf. Also mehr oder minder, ich kann ja auch heimische Tiere an falschen Plätzen einsetzen. Also wenn ich einen Karpfen in einen Bergbach gebe, wird er wahrscheinlich nicht überleben. Also ist es auch gut, dass man das auch entsprechend einmal klargestellt hat.

Die Forderung der Traunsee-Fischer. Die Petition ist im Großen und Ganzen auch stellvertretend für die anderen Netzfischer, da schaue ich nach Gmunden zur Johanna Bors, also hier berücksichtigt worden und letztlich umgesetzt worden. Also ich glaube, das war auch sehr, sehr gut. Dass die Fischerei und der Naturschutz und die Jagd und der Naturschutz also untrennbar miteinander verbunden sind, ich glaube, da sind wir uns relativ einig in diesem hohen Haus.

Was ich wirklich nicht nachvollziehen kann, ist, dass bei dieser Neuregelung der oberösterreichische Umweltanwalt und die Umweltorganisationen bei einem Vollzug des Fischereirechtes keine starke Stimme bekommen haben. Weil natürlich diese Neuerlassung des Fischereigesetzes eine hohe umweltpolitische Relevanz hat. Das Fischereigesetz regelt den Schutz wildlebender Wassertiere, die Schonzeiten, den weitgerechten Fischfang, die Gewässerökologie. Also das alles wäre da drinnen.

Und ich habe im Unterausschuss und ich habe im Ausschuss eingefordert, dass der Umweltanwalt entsprechende Parteienstellung und Beschwerderecht bekommt, das ist im Übrigen auch eine Forderung des Landesrechnungshofes und eine Forderung der Umweltanwaltschaft selbst, und dass die Umweltorganisationen sozusagen eine Ausdehnung der Überprüfungsmöglichkeiten bekommen.

Aber Landesrat Hiegelsberger hat also im Ausschuss und im Unterausschuss ganz klar gesagt nein. Ich muss ja dazusagen, dass ich das ja befremdlich finde, dass der zuständige Landesrat jetzt nicht hier ist. Ich weiß, dass ein Landesrat da ist, der Fischer ist, aber trotzdem ist es im Endeffekt in der Agenda von Landesrat Hiegelsberger und es hat ja auch eine ganz unverblühte Begründung von ihm gegeben. Nämlich es fehlt der politische Wille, dieses zu tun mit der Begründung, das haben wir im Naturschutzgesetz auch so gemacht.

Wobei für mich diese Begründung nicht wirklich nachvollziehbar ist. Also logisch ist das nicht, weil ich in irgendeinem anderen Gesetz das so habe, darf ich es im anderen auch nicht machen. Das heißt, das ist also ein Zurückdrängen der Mitwirkungsrechte der Umweltanwaltschaft und der Beschwerderechte der Umweltorganisationen und wird also auf das EU-rechtliche Mindestmaß zurückgedrängt, und das ist wirklich für ein Bundesland, das also eigentlich den Umweltschutz und den Naturschutz groß vor sich herträgt und auch wirklich vieles tut dafür, eigentlich beschämend.

Das heißt, wir setzen aus dem Europarecht nur um, was wir absolut unbedingt tun müssen und keinen Millimeter mehr. Das ist deswegen auch unverständlich, ich sage es auch noch dazu, weil nach den Fauna-Flora-Habitat-Richtlinien, also der FFH-Richtlinie, EU-Richtlinie, wenn man den Anhang vier hernimmt, der im Gesetz besteht, also ich hätte noch gerne, dass auch du da zuhörst. (Zwischenruf Abg. ÖkR Ing. Graf: „Selbstverständlich!“) Wenn man den Anhang vier hernimmt, dann haben wir lediglich zwei Wassertiere, die überhaupt in Oberösterreich vorkommen. Das sind der Donaukaulbarsch und die gewöhnliche Flussmuschel.

Und alle anderen Tiere, die wir schwer geschützt haben, die gar nicht im Anhang vier vorkommen, sondern die im Anhang zwei und Anhang fünf drinnen sind, die geben wir nicht ins Gesetz rein. Also das ist ja unlogisch. Wenn ich jetzt hergehe, ich habe zwar die gewöhnliche Flussmuschel drinnen, aber die Flussperlmuschel nicht. Der Rückgang der Flussperlmuschel in unseren heimischen Gewässern in der böhmischen Masse ist wirklich absolut dramatisch.

Wir haben in der Gartenschau in Aigen-Schlägl oben eine eigene Station gehabt, wo also auf die Flussperlmuscheln hingewiesen worden ist und wie wichtig es ist, dass man entsprechend was tut. Es gibt ein tolles Artenschutzprogramm des Landes Oberösterreich, gefördert vom Naturschutzlandesrat, wo es eine Nachzuchtstation in Kefermarkt gibt. Ich habe sie selbst zusammen mit Kollegin Buchmayr besucht. Ein tolles Projekt.

Warum man jetzt genau das nicht hineinnimmt, das muss ich ehrlich sagen, das verstehe ich nicht, und das ist auch der Grund unseres Abänderungsantrages, weil zum Beispiel die Flussperlmuschel in Anhang zwei und Anhang fünf der FFH-Richtlinie drinnen ist. Es sind auch noch andere Tier- und Pflanzenarten drinnen. Da geht es vor allen Dingen um besondere Schutzgebiete.

Ich erwähne nur für alle, die ein bisschen was mit Fischen zu tun haben, die Esche. Ich erwähne den Huchen, den Donaustör, den Strömer, das Neunauge. Das sind die Tiere, um die es wirklich geht und die bei uns auch unter Schutz stehen. Und warum man die nicht mit hineingenommen hat, das ist wirklich etwas, was mich ein bisschen verblüfft hat. Und daher werden wir Grüne auch diesem Gesetzesvorschlag nicht in der Gesamtheit die Zustimmung geben.

Ich kann nur an die Abgeordneten ein Stück appellieren, dass sie sich also entsprechend für die Einbindung der Umweltschutzorganisationen einsetzen. Sie haben jetzt die Möglichkeit dazu, indem ihr diesem Abänderungsantrag, der euch vorliegt, auch die entsprechende Zustimmung gebt. Was steht drinnen? Ich breche es im Endeffekt herunter, es ist nämlich eine juristisch gar nicht so einfache Geschichte.

Es steht im Endeffekt drinnen, dass der Paragraph 46 um einen a-Absatz erweitert wird, 46a Parteienstellung für die Umweltschutzorganisationen, und dass die Beschwerdemöglichkeit für die Umweltschutzorganisationen im Paragraph 13 nicht nur für den Anhang vier von der FFH-Richtlinie, sondern auch Anhang zwei und fünf sozusagen gültig sind. Und das Gleiche machen wir beim Jagdgesetz im Paragraph 91, wo wir auch glauben, dass wir also auch hier die Aarhus-Konvention entsprechend umsetzen sollten.

Ich sage noch dazu, die Umweltschutzorganisationen sind eine zentrale Institution des Natur- und Umweltschutzes und vertritt die Umweltinteressen im öffentlichen Anliegen. Also nicht im Eigeninteresse. Und meiner Meinung nach haben sie eine hohe Kompetenz in den letzten

Jahrzehnten, und umso unverständlicher ist es, dass man auf diese wertvolle Expertise eigentlich verzichten sollte.

Ich habe jetzt gesehen, dass Landesrat Hiegelsberger gekommen ist. Also ich hätte schon noch einmal ganz gerne gewusst, warum man diese zwei Anhänge, den Anhang zwei und den Anhang fünf nicht hinein nimmt und warum das sozusagen nicht politisch gewollt ist. Ich sage es noch dazu, wenn der Abänderungsantrag nicht angenommen wird, dann werden wir, oder ich stelle gleich jetzt, ich weiß nicht, den Geschäftsordnungsantrag auf getrennte Abstimmung.

Geschäftsantrag auf eine getrennte Abstimmung über den Paragraph 46 Oö. Fischereigesetz und den Paragraph 91a Oö. Jagdgesetz. Ich weiß nicht, ob das jetzt dann schon gilt, aber auf alle Fälle hoffe ich, dass der Abänderungsantrag angenommen wird, dann braucht ihr über den Geschäftsordnungsantrag nicht abstimmen. Das wäre doch ein Angebot, oder? (Heiterkeit) Ich bedanke mich. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Gut. Zur Vorgangsweise. Wir werden dann hinterher über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen, aber er ist gestellt. Danke dafür. Und ich darf vielleicht noch darauf hinweisen, dass so wie Herr Kollege Hirz jetzt dafür plädiert hat, dass wir im Falle der Annahme des Abänderungsantrages auf eine zweite Lesung verzichten. Das muss ich ihnen auch mitteilen, damit sie also auch entsprechend jetzt noch argumentieren und ihre Wortmeldungen vorlegen können. Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Hiegelsberger, und er ist der letzte mir bekannte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt.

Landesrat **Hiegelsberger:** Geschätzte Präsidentin, hohes Haus! Wir haben sehr viel investiert auch in die Diskussion dieser Gesetzesvorlagen, sowohl das Jagdgesetz in der Initiative als auch das Fischereigesetz, das eine sehr lange Diskussion mit den betroffenen Parteien vorweggeschickt hat. Und wir haben versucht, auch die Stellungnahmen, die am Ende noch nach der Begutachtungsfrist gekommen sind, hier auch in der vollen Qualität in den Aussagen einzuarbeiten. Und es ist richtig, wie von dir angeführt, lieber Klubobmann, dass es politische Interessen gibt und dass es dahinter auch verfassungsrechtliche Gültigkeiten gibt, die wir natürlich in dieser Gesetzesvorlage auch abbilden.

Und ich kann nur wiederholen, es wird jetzt dich nicht zufriedenstellen, aber ich kann nur wiederholen, was wir im Ausschuss auch diskutiert haben. Es gibt eine sehr gute Grundlage über die Intentionen der Aarhus-Verordnung und die Angleichung in der FFH-Richtlinie, die im Oö. Naturschutzgesetz in dieser Form gestaltet wurde. Und es gebietet sich auch aus der Lesbarkeit und auch aus der Nachvollziehbarkeit, dass wir uns auch beim Gesetz in der Fischerei an denen angelehnt haben, sowohl den Bestimmungen im Naturschutz, als auch in den Fischerei-, als auch in anderen Rechtsmaterien eine Nachvollziehbarkeit in sich beinhalten.

Das dient natürlich auch der Lesbarkeit, das dient vor allem dazu, dass man nicht in einem Bereich sagt, hier sehen wir den rechtlichen oder politischen Zugang anders als in anderen Rechtsmaterien. Das wäre für jeden, glaube ich, der hier auch in der Juristik tätig ist, etwas schwierig nachvollziehbar. Das ist unsere Meinung zu diesem Gesetzesvorschlag. Ich kann nur das hohe Haus hier damit auffordern, diesem Gesetzesvorschlag zuzustimmen und damit auch einer notwendigen Veränderung im Gesetzesaufbau im Fischereirecht dem zeitgerechten Rahmen zu entsprechen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Herr Landesrat Hiegelsberger war der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen nun zur

Abstimmung. Wir werden dabei so vorgehen, dass wir zunächst über den Abänderungsantrag Beschluss fassen werden. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Abänderungsantrag mit der Beilagennummer 1318/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Abänderungsantrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Herr Klubobmann Hirz hat einen Geschäftsantrag gestellt, über den ich gemäß den Bestimmungen der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung nun die Wechselrede eröffne. Wünscht jemand darüber das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur getrennten Abstimmung. Wir werden bei der Abstimmung so vorgehen. (Zwischenruf Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz: „Wir müssen über den Geschäftsantrag abstimmen!“) Entschuldigung. Bei der Abstimmung werden wir so vorgehen, dass wir zunächst über den Geschäftsantrag von Klubobmann Hirz abstimmen auf getrennte Abstimmung und sodann gesondert über die Artikel I Paragraph 46 und über den Artikel II Paragraph 91a und im Anschluss dann über die restlichen Bestimmungen der Beilage 1303/2020. Ich ersuche nun die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem mündlichen Geschäftsantrag von Klubobmann Gottfried Hirz auf getrennte Abstimmung zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Geschäftsantrag ist einstimmig angenommen.

Aufgrund des soeben gefassten Geschäftsbeschlusses erfolgt nun die Abstimmung über die Artikel I Paragraph 46 und Artikel II Paragraph 91a der Beilage 1303/2020 und ich ersuche nun die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die diesen beiden von mir genannten Artikeln zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, die Artikel I Paragraph 46 und Artikel II Paragraph 91a aus der Beilage 1303/2020 sind mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Ich lasse nun über die restlichen Bestimmungen der Beilage 1303/2020 abstimmen und bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die den restlichen Bestimmungen der Beilage 1303/2020 zustimmen ebenfalls ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, die restlichen Bestimmungen der Beilage 1303/2020 sind einstimmig angenommen worden. Zusammenfassend darf ich feststellen, dass die Beilage 1303/2020 mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Ich bitte nun um Abstimmung über die Beilage 1311/2020. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 1304/2020, das ist der Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz betreffend den Bericht über die Tätigkeit des Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds 2019. Bitte Kollege Alois Baldinger um die Berichterstattung. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Baldinger**: Beilage 1304/2020, Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz betreffend den Bericht über die Tätigkeit des Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds 2019. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1304/2020.)

Der Ausschuss für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz beantragt, der Oberösterreichischen Landtag möge den Bericht über die Tätigkeit des Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds 2019, der der Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung vom 27. Jänner 2020 (Beilage 1294/2020, XXVIII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Danke vielmals. Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Baldinger, bitteschön.

Abg. **Baldinger:** Danke Herr Präsident! Wie ich schon letztes Jahr erwähnt habe, setzt sich der Landschaftsentwicklungsfonds aus Beiträgen der Abteilung Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Wasserwirtschaft sowie Straßenneubau und -erhaltung und Einzahlungen Dritter oder Inanspruchnahme von anderen Förderprogrammen zusammen. Im Tätigkeitsjahr 2019 konnten acht Projekte abgeschlossen und die laufenden Projekte weitergeführt werden. Es wurden im Jahr 2019 16 Projektvorschläge zur Sicherung von ökologisch wertvollen Flächen an den Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds eingebracht und bearbeitet. Drei Projekte wurden von den Antragsstellen wieder zurückgezogen und zwei Projekte konnten im Rahmen einer Beratungsleistung bearbeitet werden.

Ich darf Ihnen nun ein paar Projekte vom Landschaftsentwicklungsfonds etwas näher bringen. In der Gemeinde Klaffer am Hochficht wurde eine Fläche von 2,3 Hektar angekauft. Die Projektkosten belaufen sich auf 350.000 Euro. Durch den Erwerb von ökologisch wertvollen Flächen können naturnahe Infrastrukturen und Uferflächen zu den bestehenden Ökoflächen gesichert, sowie Überflutungsflächen entwickelt werden. Der Synergieeffekt in diesem Gebiet sind die Sicherung der natürlichen Gewässerdynamik, die Verbesserung des lokalen Biotop-Verbundes, die Entwicklung naturnaher Waldgesellschaften und die Sicherstellung einer extensiven Bewirtschaftung ökologisch wertvoller Pflanzengesellschaften.

Künftiger Eigentümer, Grundeigentümer ist die österreichische Naturschutzjugend, Ortsgruppe Haslach, die jetzt schon in der Böhmerwaldregion mehrere ökologisch wertvolle Flächen betreut. Und an dieser Stelle darf ich mich für den Einsatz sehr herzlich bedanken. In der Gemeinde Eitzing konnten durch Erwerb und Flächentausch Uferstreifen und Flächen für Renaturierung gesichert werden. Das ist bereits der zweite Abschnitt des Kretschbaches. Durch die Wiederherstellung der natürlichen Gewässerdynamik wird auch die Feinsegmentierung und der Schadstoffeintrag in das Gewässer vermindert. Durch den Erwerb von Uferstreifen werden auch Hochwasserabflüsse geschaffen, und im ehemaligen Gewässerbett werden Amphibienteiche angelegt.

In der Gemeinde Katsdorf wird ein Flächentausch zur Optimierung und Vorbereitung des geplanten Naturschutzgebietes Gusen ausgearbeitet. Flächen im Eigentum der LIG sollen als Naturschutzgebiet verordnet werden. Und um die Errichtung der Schutzziele zu optimieren, sollen zuvor Flächen getauscht werden, um möglichst zusammenhängende großflächige Uferstreifen zu sichern. Es entstehen dadurch auch wie bei den meisten Projekten Hochwasserabflussflächen, die wiederum sehr wichtig für den Hochwasserschutz sind. Diese und andere Projekte, die eingereicht wurden, sind sehr wichtig für die Flora und Fauna von Oberösterreich und helfen dabei, dass die Artenvielfalt erhalten bleibt. Wir nehmen den Tätigkeitsbericht des Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds zur Kenntnis. Danke! (Beifall)

Präsident: Danke vielmals! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Höckner.

Abg. Bgm. **Höckner**: Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Ja, wie schon erwähnt der Oberösterreichische Landschaftsentwicklungsfonds ist ein gemeinsamer Verwaltungsfonds der Abteilungen Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Oberflächengewässerversorgung sowie Straßenbau und -erhaltung des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung. Es ist also eine dienststellenübergreifende Einrichtung und dient der landesweit abgestimmten langfristigen Sicherung und Entwicklung von aktuell sowie potentiell ökologisch wertvollen Land- und Wasserflächen.

Er unterstützt Projekte, und ich werde sie nicht wieder im Einzelnen anführen, das ist schon ausreichend gemacht worden, aber Projekte wie die Unterstützung der Ergänzung des Biotopverbunds, die Verbesserung der Gewässerstruktur, Sicherung von Uferstreifen, Überflutungsflächen und Renaturierungsflächen und so weiter. Die Projekte wurden schon erwähnt, es wurde auch die Statistik erwähnt.

Auffallend ist im Budget im Jahr 2019 die Säule drei, also die Mittel der Zuzahlungen, Förderungen, zum Beispiel aus den ELER-Mitteln, was ja positiv ist und ich möchte hier nur noch ergänzen, das ist auch schon angesprochen worden, Landschaftsentwicklung ist oder Landschaft braucht Artenschutz und umgekehrt die Artenentwicklung, Artenschutz braucht die Landschaft, und die werden durch diese Projekte dementsprechend gesichert.

Natur-, Landschafts- und Artenschutz ist Detailarbeit und wir wissen, deren Bedeutung oder die Zusammenhänge werden oftmals schwer erkannt oder das Verständnis für Maßnahmen, das hält sich manchmal auch in Grenzen, denken wir an umfangreiche Fischaufstiegshilfen und dergleichen. Heute wurde schon der Stör und der Huchen genannt, die aber hier doch gefährdet sind und solche Maßnahmen dementsprechend auch brauchen.

Ich möchte hier, weil ich von der Detailarbeit gesprochen habe, auch die Naturparks in Oberösterreich erwähnen, wo wirklich Projekte im Detail ausgearbeitet werden, Projekte für den Kiebitz, für die Fledermaus, ich weiß nicht, ob wer die Birnbaumeule kennt, was das überhaupt ist, das ist kein Vogel, sondern ein Falter, eine Schmetterlingsart, aber das lernt man halt alles, wenn man in einem Naturpark wohnt und dort auch solche Projekte mitbekommt.

Es gibt hier wirklich in den Schulen, beispielsweise im Naturpark Obsthügelland, wo ich zu Hause bin, da gibt es die Naturparkschulen, wo wirklich auch dementsprechende Bewusstseinsbildungsprojekte schon initiiert werden, aktuell jetzt Landschaften voller Tonkünstler, also da wird auf die Geräusche dieser Insekten, Vögel und so weiter eingegangen. Letztes Jahr waren es die Flugkünstler, also die Kinder und Jugendlichen werden hier wirklich schon herangeführt an das Thema Artenschutz, Natur, Landschaftsschutz.

Ja und in diesem Sinne möchte ich mich wirklich ganz herzlich nur noch bedanken, erstens einmal bei den Kuratoriumsmitgliedern unter dem Vorsitz von Herrn Ing. Neubacher für die sorgsame und umsichtige Arbeit, aber auch bei allen Privaten, bei den Landwirten und Landwirtinnen, bei den Naturschutzvereinen, der Naturschutzjugend und so weiter, die hier wirklich auch solche Flächen betreuen, Initiativen setzen und ihr Engagement setzen. In diesem Sinne Dankeschön für diese Arbeit, danke! (Beifall)

Präsident: Danke vielmals! Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Präsidentin Weichler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer**: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Auch ich möchte mich kurz zu Wort melden und gleich einmal vorausschicken, auch wir bedanken uns für diesen Bericht und werden diesen auch so zur Kenntnis nehmen.

Wenn ich meinen Dank ausspreche, dann weiß ich, dass hier wirklich auch viel Arbeit gemacht wird, einerseits dient dieser Landschaftsfonds ja auch dazu, dass wirklich ökologisch wertvolle Flächen weiter behandelt oder weiter betrieben werden können und nicht dem Straßenbau oder sonst irgendwem zum Opfer fallen. Also hier wirklich herzlichen Dank an alle, die sich hier bemühen, entsprechend dazu beizutragen, aber natürlich auch danke an das Kuratorium. Es ist sicherlich nicht immer eine leichte Aufgabe im Rahmen dessen, was hier an möglichen Geldern zur Verfügung steht, diese auch richtig zu handhaben.

Ich glaube, dass man eines auch bemerken muss neben den Budgets, die hier aus den verschiedenen Abteilungen, wie der Land- und Forstwirtschaft, Straßenneubau und –erhaltung, der Wasserwirtschaft und auch der Abteilung Naturschutz eingebracht werden, es wird aber auch ein nicht unerhebliches Budget bewegt aus Dritten sozusagen im Sinne von Zuzahlungen oder Förderungen, die dann letztlich alle gemeinsam auch erst entsprechende Projektmöglichkeiten schaffen.

In dem Sinn danke, ich werde jetzt auch nicht die einzelnen Projekte anführen, die nächste Sitzung steht ja im April bereits wieder bevor für das Jahr 2020, wo über die nächste Tranche sozusagen diskutiert wird bzw. beschlossen wird. Und ich denke, dass es weiterhin eine gute und gedeihliche Entwicklung im Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds geben wird. (Beifall)

Präsident: Ich danke! Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Maria Buchmayr.

Abg. **Mag. Buchmayr**: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen im Oberösterreichischen Landtag! Es ist ja jetzt eigentlich schon das Wesentliche und ich denke auch das Wichtigste zu diesem Bericht über die Tätigkeit des Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds 2019 gesagt worden. Zur Sicherung und Entwicklung von aktuell und potentiell, und ich denke, es ist vor allem auch wichtig, hier in die Zukunft zu schauen, was sind denn potentiell auch wichtige und wertvolle Land- und Wasserflächen, wurde ja der Oberösterreichische Landschaftsentwicklungsfonds bei der Abteilung Naturschutz eingerichtet. Langfristige Sicherheit und Entwicklung von ökologisch wertvollen Land- und Wasserflächen liegt diesem Fonds, diesem Landschaftsentwicklungsfonds zu Grunde, ist die zugrundeliegende Idee und der Sinn und der Zweck, warum es eingeführt wurde.

Es wurde auch schon erwähnt, dass es eine dienststellenübergreifende Einrichtung ist, und vor allem auch diese wirklich mehrere Dienststellen umfassende Einrichtung halte ich auch für besonders wichtig, weil man wirklich hier die verschiedensten Blickwinkel, die verschiedenen Richtungen auch hier zusammenfasst, was den Schutz der Landschaft betrifft, und da geht es natürlich auch wirklich um professionelles Flächenmanagement zur langfristigen Sicherung einer nachhaltigen Bewirtschaftung, Pflege und Betreuung dieser Flächen.

Der Oberösterreichische Landschaftsentwicklungsfonds ergänzt die bereits bestehende Förderkulisse denke ich sehr gut und wird dort tätig, wo andere Programme zum Errichten der langfristigen Sicherung und Entwicklung ökologisch wertvoller Flächen nicht mehr ausreichen oder dann eben nicht hier wirklich so ganz punktgenau treffen. Für Flächenerwerb und

Flächenmanagement stehen nun also mit diesem Landschaftsentwicklungsfonds auch Mittel aus dem Landesbudget zur Verfügung.

Die acht im Jahr 2019 mit Hilfe des Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds erfolgreich abgeschlossenen Projekte sowie die zehn gerade laufenden Projekte, ein paar sind ja jetzt auch schon erwähnt worden, zeigen, dass hier die öffentlichen Gelder im Landschaftsentwicklungsfonds sehr sinnvoll eingesetzt werden. Danke auch an die Naturschutzabteilung, an die betreffenden Stellen für den Bericht, der uns hier immer jährlich vorliegt, wo ich mir denke, da bekommt man auch einen sehr schönen, auch sehr sichtbaren Eindruck sozusagen über die Projekte und was da auch getan wird.

Der Fonds ist ja ein zweckgebundenes Sondervermögen des Landes und wird von der Landesregierung entsprechend verwaltet. In der Regel bleiben diese Grundstücke entweder beim bisherigen bzw. eben beim aktuellen Grundstückseigentümer oder sie gehen zur Stiftung für Natur des Naturschutzbundes Oberösterreich oder sie gehen aber auch an die öffentliche Hand.

Bei den von diesem Fonds mitfinanzierten Projekten geht es meistens um Flächenerwerbe zur Sicherung von ökologisch wertvollen Magerwiesen, von Fettwiesen, von Feuchtwiesen oder Feuchtbrachen. Es geht um die Wiederherstellung von Extensivgrünland und um die Sicherung und Entwicklung von Uferrandstreifen und Renaturierungen, und ich finde das auch sehr gut, dass wir hier oft herinnen in den letzten Landtagssitzungen im vergangenen Jahr oder in den vergangenen Monaten auch über Artenschutz sehr viel diskutiert haben, und genau dieser Schutz und diese Sicherung von diesen ökologisch wertvollen Flächen sind da natürlich eigentlich das wichtigste Kapital, das wir haben und das wir auch entsprechend für die Zukunft schützen müssen.

Diese Projekte liefern nicht nur einen wichtigen Beitrag für den Naturschutz, also tatsächlich für Tiere und Pflanzen und deren Lebensräume, sie erfüllen auch wichtige andere zusätzliche gesellschaftliche Funktionen, wie etwa die Verminderung der Nähr- und Schadstoffeinträge in Gewässer durch Pufferflächen, die entstehen. Sie dienen der Sicherung von Hochwasserabflussflächen und von Hochwasser-Retentionsflächen und zudem dienen auch einzelne Projekte der Bevorratung ökologischer Ausgleichsflächen. Sie sehen also hier eine durchaus positive Bilanz und auch ein positives Zeugnis diesem Landschaftsentwicklungsfonds des Landes Oberösterreich gegenüber.

Auch ich möchte mich bedanken bei allen beteiligten Menschen, Einrichtungen, die hier mitgearbeitet haben, dem Gerald Neubacher von der Naturschutzabteilung, der hier federführend beteiligt ist, aber auch bei allen NGOs natürlich, beim Naturschutzbund, der hier auch sehr massiv beteiligt ist, und wir nehmen diesen Bericht natürlich zur Kenntnis. Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1304/2020, Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz betreffend den Bericht über die Tätigkeit des Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds 2019, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1305/2020, das ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die wettbewerbliche Vergabe von Busverkehrsdiensten in den Linienbündeln „Grieskirchen-Eferding“, „Zentralraum Linz-Steyr“, „Donaukorridor, Stroheim, Aschach-Alkoven-Meixnerkreuzung“, des Stadtverkehrs Braunau am Inn sowie des Ortsverkehrs Bad Schallerbach im Zeitraum 12. Dezember 2021 bis 5. Juli 2031. Ich bitte Herrn Abgeordneten Peter Handlos über die Beilage 1305/2020 zu berichten.

Abg. **Handlos:** Beilage 1305/2020, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die wettbewerbliche Vergabe von Busverkehrsdiensten in den Linienbündeln „Grieskirchen-Eferding“, „Zentralraum Linz-Steyr“, „Donaukorridor, Stroheim, Aschach-Alkoven-Meixnerkreuzung“, des Stadtverkehrs Braunau am Inn sowie des Ortsverkehrs Bad Schallerbach im Zeitraum 12. Dezember 2021 bis 5. Juli 2031.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1305/2020.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oberösterreichischen Landtag möge die aus der beabsichtigten wettbewerblichen Vergabe von Busverkehrsdiensten in den Linienbündeln „Grieskirchen-Eferding“, „Zentralraum Linz-Steyr“, „Donaukorridor, Stroheim, Aschach-Alkoven-Meixnerkreuzung“, des Stadtverkehrs Braunau am Inn sowie des Ortsverkehrs Bad Schallerbach im Zeitraum 12. Dezember 2021 bis 5. Juli 2031 sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Präsident: Danke vielmals! Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Handlos. Ich bitte um deine Rede.

Abg. **Handlos:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sei mir gestattet, bevor ich meine ganz kurze Rede beginne, dass ich der Kollegin Maria Buchmayr herzlich gratuliere zu ihrem neuen Job an der JKU in Linz, herzliche Gratulation!

Meine Damen und Herren, der erforderliche Nettozuschuss für das Land Oberösterreich beträgt 13,7 Millionen Euro. Im Ausschuss wurden alle Dinge und Details besprochen und einstimmig für gut befunden. Ich ersuche nun auch hier im hohen Landtag um Ihre Zustimmung und möchte mich vorab schon sehr herzlich dafür bedanken. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ferdinand Tiefnig.

Abg. **Tiefnig:** Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher zu Hause, verehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag! Ja, es ist eine gute Lösung, hier die Mehrjahresverpflichtung und die Wettbewerbsvergabe der Buslinien heute zu beschließen. Es geht ja hier um den Bereich, da ja im Jahr 2021 diese Vergabe, die im Jahr 2012 gewährleistet worden ist, endet, somit brauchen wir eine weitere Vergabe für die nächsten zehn Jahre.

Und bei der Vergabe wird auch wieder Rücksicht genommen besonders auf Strecken, die nicht so rentabel sind, um diese auch aufrechtzuerhalten und das sind zum Beispiel auch die Verbindungen St. Ägidi und Haibach, die teilweise nicht so gut genutzt werden. Aber es ist auch wichtig und es wird auch an Strecken ausgebaut, zum Beispiel auch in der Stadt Braunau wird erweitert, dass hier Menschen die Möglichkeit haben, auch schneller und sicherer in die Stadt zu kommen. Besonders wichtig ist es auch, im Bereich der Behinderten oder auch im

Bereich von Familien, wenn Frauen mit Kinderwägen hier dementsprechend Busse vorfinden, die dementsprechend zum Einstieg Anreiz geben.

Aber auch die Elektrifizierung dieser Busse ist für das Klima und die Ökologie ein wichtiger Schritt. Somit kann man sagen, es ist eine wichtige Entscheidung, die wir heute hier treffen. Die Summe ist ja schon genannt worden. Insgesamt sind es 20 Millionen Euro, von denen gut 13 Millionen Euro das Land Oberösterreich übernimmt. Das ist nur möglich, weil wir ein ordentliches und ein gutes Budget haben und weil wir dementsprechend ausgeglichen wirtschaften können, können wir uns auch solche Dienstleistungen leisten. Wir sehen es zum Beispiel im Bezirk Braunau, wie es nicht gehen kann, zum Beispiel die Salzburger Verkehrsdienste, wenn die herauskommen und die Übergabe in den Oberösterreichischen Verkehrsdienst ist, dann hat der Bus meistens eine Minute Verspätung, und im Endeffekt bleiben dann die Schülerinnen und Schüler in Palting stehen und müssen somit eine Stunde warten, damit sie den Anschlussbus wieder erreichen können. Hier wird wieder eine vernünftige Lösung gemacht. In diesem Sinne noch ein Dankeschön an alle Verantwortlichen, die hier mitgewirkt haben, und ich bitte um Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erich Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Danke! Geschätzter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Landesrätin, Zuhörer nicht mehr! Ja auch wir stimmen der Mehrjahresverpflichtung zu. Es wurde ja, wie bereits angesprochen, dementsprechend im Ausschuss diskutiert. Wichtig sind die Linienbündel Donaukorridor, Grieskirchen-Eferding, Zentralraum Linz-Steyr, die ja erstmals ab 2021 diese Vergabe bekommen.

Es wurde angesprochen der Ortsbus Bad Schallerbach, sozusagen der Kurti-Bus, wie er dort heißt, wo es auch um eine eventuelle Umstellung des Antriebes auf Elektrobetrieb gehen sollte. Und es ist beabsichtigt auch beim Stadtverkehr Braunau als eigenes Los, da ja dieses Los bereits 2012 schon erstmalig beschlossen wurde und der Bestand der Linien 891 und 892 weitergeführt werden soll.

Aber zu Schallerbach, ich habe mit der Amtsleiterin auch Rücksprache gehalten, ja, er ist wichtig, dort fährt ein Halbstundentakt, sozusagen mit dem Kurti, was wichtig ist und der Anbieter hat sich eben überlegt, auf Elektrobusse das umzurüsten. Hier ist halt leider die Finanzierung des Kurtis von 50 auf 33 Prozent reduziert worden, was sich mit einem zusätzlichen Aufwand von 25.000 Euro pro Jahr zu Buche schlägt.

Ebenfalls wurde mit der Stadt Braunau gesprochen, und da muss ich wirklich festhalten, im September wird der neue Bahnhof fertig mit dem Busterminal, was wirklich eine tolle Investitionsmaßnahme für den Bezirk Braunau darstellt, wo auch die Linienverkehre der ÖBB plus des Citybusses verkehren. Es wird sozusagen eine Drehschreibe mit dem Bus und Bahn ein gutes Angebot für die Region, für die Bevölkerung bedeuten. Auch hier ist die Finanzierung des Citybusses, der auch im Halbstundentakt fährt, nach Rücksprache von 50, und ohne irgendwelche Verhandlungen oder Einwände einseitig von 50 auf 33 Prozent gekürzt worden, was der Stadt Braunau ein Minus von 116.000 Euro beschert.

Die Finanzierung ist angesprochen worden, 22 Millionen Euro gesamt. Wenn man sich jetzt die Gesamtfinanzierung anschaut, hat uns ja der Dipl.-Ing. Haider mitgeteilt, dass zirka drei Millionen Euro als Reserve eingeplant sind, was man vielleicht auch für die Stadtgemeinde Braunau oder für Bad Schallerbach als Ausgleich verwenden könnte. Wäre nicht das erste Mal, dass man Unterstützung gewährt.

Aber zur Vergabe der Ausschreibungskriterien, möchte ich, wie öfters, ansprechen. Es ist meist nur 20 Prozent der Sonderkriterien für Qualität und Sozialstandard, davon 15 Prozent ist der Wert der Busse enthalten. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist im Ausschreibungswettbewerb nichts angesetzt.

Es regelt hauptsächlich über den Preis, also 80 Prozent über den Preis. Für die Mitarbeiter/innen sind unbedingt die Sozialkriterien einzufordern. Gibt es einen Sozialraum? Gibt es Möglichkeiten, sich zu waschen oder auf das WC zu gehen? Sind Stehzeiten oder die Umkehrzeiten auch eingerechnet?

Wir wissen ja aus vielen Regionen, wofür der Fahrer gar nichts dafür kann, es gibt Bereiche, der muss fünf, sieben, acht Kilometer unfreiwillig die Umkehrstrecken absolvieren und es wird nicht verrechnet. Auch die Lenkerpausen, die oftmals genommen werden müssen. Auch hier bitte ich diese in den Ausschreibungskriterien mit aufzunehmen. Wir stimmen der mittelfristigen Vergabe zu. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Severin Mayr.

Abg. **Mayr:** Dankeschön, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es war jetzt eh schon so euphorisch vorgetragen von meinen Vorrednern, was da alles besser wird, dass ich mir ersparen kann, das zu wiederholen, was es bei diesen Linienbündeln tatsächlich an Verbesserungen gibt.

Es ist allerdings etwas in diesem Antrag, das tatsächlich neu ist, auf das ich ganz kurz hinweisen will. Angesprochen worden ist er schon, der Kurtibus Bad Schallerbach. Es ist dort die Umstellung des Antriebs auf Elektrobetrieb beabsichtigt, und das halte ich sehr wohl für erwähnenswert, weil das ist ein sehr, sehr wichtiges Pilotprojekt, das auch Erfahrungen liefern kann in Bezug auf das, was es in Österreich Ähnliches an Pilotprojekten gibt.

Bei Elektromobilität haben wir auch schon sehr intensiv darüber diskutiert, aber wo wir uns zumindest einig sind ist, dass die Elektromobilität vor allem bei Bussen dazu beitragen kann, dass die Abhängigkeit vom Erdöl reduziert wird, dass man auf erneuerbare Energien umstellen kann, und letztendlich auch, dass der öffentliche Verkehr noch viel besser als bisher einen Beitrag zu einer Klimaneutralität und einer Klimafreundlichkeit leisten kann.

Es ist in Vorarlberg vor ein paar Wochen das erste Mal ein Elektrobus in Betrieb gegangen, und da ist man eigentlich vom Betrieb her schon relativ gut. Die haben mittlerweile eine Reichweite von 290 Kilometer. Die Fahrzeuge, die in Vorarlberg eingesetzt werden, vier Stück sind dort bereits unterwegs, sind zwölf Meter lang, und was, glaube ich, auch ganz wichtig ist, es ist zu hundert Prozent ein europäisches Produkt.

Wir werden uns mit dem noch viel mehr auseinandersetzen müssen. Es gibt eine EU-Richtlinie, die regelt, dass in Zukunft deutlich mehr Busse umweltfreundlich unterwegs sein müssen. 2025 müssen bei allen neu abgeschlossenen öffentlichen Aufträgen mindestens 45 Prozent der Busse alternative Antriebe besitzen.

Und ab 2030 ist diese Quote dann schon bei 65 Prozent. Wir sind erst mit 2021 dann mit einem Bus im Pilotbetrieb, sozusagen. Das läuft 2031 aus, also wir wissen, dass bei den nächsten Ausschreibungen, die wieder auf zehn Jahre sein werden, die ganzen Ausschreibungsmodalitäten und auch die Kriterien schon völlig anders aussehen werden als das, was wir heute beschließen.

Die Busse sind noch nicht alle technisch dort, wo wir sie brauchen, was die Reichweite betrifft, aber auch, was die Verfügbarkeit betrifft. Aber klar ist für uns alle, gerade in Bezug auf den Mikro-ÖV, dass sich da Etlliches tun wird. Ich begrüße es ausdrücklich, dass Oberösterreich diesen Weg jetzt auch zumindest einmal vorsichtig mit diesem einen Los beschreitet. (Beifall)

Präsident: Ich danke vielmals. Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1305/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1309/2020, das ist die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zur Schad- und Klagloshaltung der LAWOG in bestimmten Fällen. Ich bitte Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer über die Beilage 1309/2020 zu berichten.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Beilage 1309/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung durch eine bedingte Zusage des Landes OÖ zur Schad- und Klagloshaltung der LAWOG (Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft für OÖ) im Fall eines etwaigen Nachteils aus der Verwertung von Liegenschaften, die zur Betreuung von Kindern/Jugendlichen im Auftrag der Oö. Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1309/2020.)

Die Oberösterreichischen Landesregierung beantragt, der Oberösterreichischen Landtag möge

1. diese Regierungsvorlage gemäß § 25 Abs. 5 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuweisen sowie
2. die sich aus dem beabsichtigten Abschluss der Vereinbarung mit der LAWOG (Gemeinnützige Landeswohnungsgenossenschaft für OÖ) über eine bedingte Zusage des Landes Oberösterreich zur Schad- und Klagloshaltung im Fall eines nachgewiesenen Nachteils aus der Verwertung von konkret bezeichneten Liegenschaften gegebenenfalls resultierende Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Präsident: Danke für die Berichterstattung, und ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist niemand. Damit schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1309/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen zur Beilage 1310/2020, das ist der Initiativantrag betreffend die Flexibilisierung der Berufsausübung in den Altenpflege- und Betreuungsberufen. Ich bitte Frau Abgeordnete Ulrike Wall über die Beilage 1310/2020 zu berichten.

Abg. **Wall:** Beilage 1310/2020, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Flexibilisierung der Berufsausübung in den Altenpflege- und Betreuungsberufen. Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1310/2020.)

Der Oberösterreichischen Landtag möge beschließen: Resolution. Die Oberösterreichischen Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Möglichkeiten einer Flexibilisierung der Berufsausübung für die Altenpflege- und Betreuungsberufe umzusetzen.

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung, und ich eröffne die Wechselrede. Es ist offensichtlich niemand zu Wort gemeldet. Daher kommen wir zu Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1310/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1316/2020, das ist der Initiativantrag betreffend Verhinderung der Errichtung von Atommüllagern in Grenzregionen. Ich bitte Frau Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer über die Beilage 1316/2020 zu berichten.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Beilage 1316/2020, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Verhinderung der Errichtung von Atommüll-Lagern in Grenzregionen. Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1316/2020).

Der Oberösterreichischen Landtag möge beschließen: Die Landesregierung wird ersucht, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten und bei der Bundesregierung sowie im Rahmen der Europäischen Union dafür einzutreten, dass weder ein Atommüll-Endlager noch ein Zwischenlager in Grenzregionen zum atomkraftwerkfreien Österreich errichtet wird.

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1316/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1317/2020, das ist der Initiativantrag betreffend bessere Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigung. Ich bitte Frau Abgeordnete Roswitha Bauer über die Beilage 1317/2020 zu berichten.

Abg. **Bauer:** Beilage 1317/2020, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend bessere Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigung. Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1317/2020.)

Der Oberösterreichischen Landtag möge beschließen: Die Oberösterreichischen Landesregierung wird aufgefordert, sich im Interesse von Menschen mit Beeinträchtigung bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die sozialversicherungsrechtliche Absicherung für Beschäftigte in einer Werkstätte oder anderen Tagesstrukturen möglichst rasch umgesetzt wird und Standards für eine würdige Entlohnung festgesetzt werden, wobei eine bundesseitige Finanzierung sicherzustellen ist.

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Damit schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1317/2020 zustimmen, ein

Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind. Beilage 1319/2020, Initiativantrag betreffend automatisches Pensionssplitting während der Kindererziehung. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1320/2020, Initiativantrag betreffend Transportverbot von Lebendschlachttieren aus der EU und in die EU, die Beilage 1321/2020, Initiativantrag betreffend Initiativen zur Lebensmittelkennzeichnung bezüglich Herkunft und Tierhaltungsform, diese beiden Beilagen werden dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1322/2020, Initiativantrag betreffend die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen des Oberösterreichischen Landtags, diese Beilage wird dem Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1323/2020, Initiativantrag betreffend gendergerechte medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung von Frauen bis ins hohe Alter gewährleisten, diese Beilage wird dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Damit ist das Programm der heutigen Sitzung erschöpft. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 16.33 Uhr)